

Thilo Sarrazin: Wenn ich Vorsitzender der SPD wäre...

Nummer 24 – 13. Juni 2019 – 87. Jahrgang
Fr. 9.– (inkl. MwSt.) – Euro 6.90

DIE WELTWOCH



Der frechste Politiker der Schweiz

SVP-Nationalrat Andreas Glarner geht in sich.

Von Roger Köppel

Wann ist das Boot voll?

So viel Zuwanderung verkraftet die Schweiz. *Von Philipp Gut und Beat Gygi*

«Greta wird es schaffen»

Jean Ziegler über das baldige Ende des Kapitalismus.

Von Jürg Altwegg

4 194407 006904 24

The Breitling Surfer Squad
Sally Fitzgibbons
Kelly Slater
Stephanie Gilmore



AIR
LAND
SEA
SUPEROCEAN



BREITLING
1884

#SQUADONAMISSION

BREITLING BOUTIQUE
GENEVA • LAUSANNE • LUCERNE
ST. MORITZ • ZERMATT • ZURICH

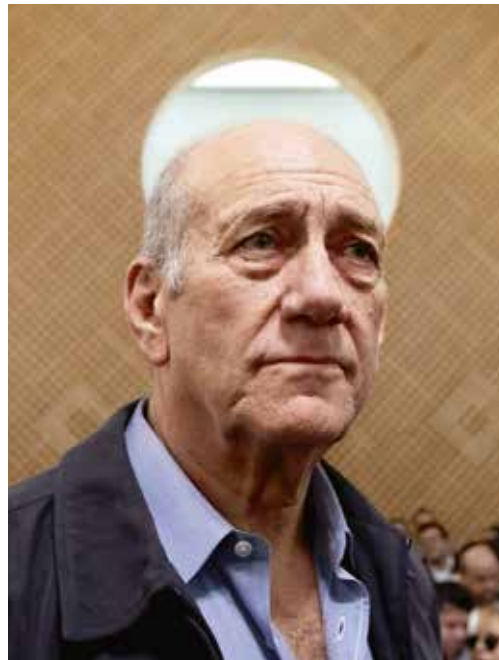
Das Asylwesen komme in ruhigere Fahrwasser, die Integration von Flüchtlingen mache Fortschritte, Bund und Kantone erleichterten ihnen den Übergang in eine geregelte Beschäftigung – das Staatssekretariat für Migration verbreitet Optimismus und stellt der eigenen Arbeit ein gutes Zeugnis aus. Der grosse Asylzustrom von 2015 ist schon fast vergessen. Aber wenn man näher hinschaut, ziehen sich tiefe Spuren bis in die heutige Zeit. Die Folgekosten der damaligen Behördenentscheide sind immens und zeigen sich erst jetzt mit aller Deutlichkeit. Zudem kommt nun eine Kostenwelle auf die Gemeinden zu, nachdem der Bund die Asyl-Finanzierung nach fünf Jahren nach unten abschiebt. Auch die Zuwanderung von Ausländern im Rahmen der Personenfreizügigkeit hat milliardenschwere verborgene Kosten, sei es in der Klimapolitik, der Altersvorsorge oder im Strassenverkehr. **Seite 16–19**



Klagefreudiger Konkursjongleur: Detlev X.

Es gibt alte Bekannte, die einen Gerichtsreporter in losen Abständen durch seine Karriere begleiten. Der 58-jährige Deutsche, der letzte Woche wegen eines Millionenbetrugs in Zürich die Anklagebank drückte, gehört in diese Kategorie. Reporter Alex Baur war schon in den 1990er Jahren auf diesen Mann aufmerksam geworden, der mit sturer Regelmässigkeit inaktive Firmen kauft, verschuldet und dann in die Pleite treibt. Trotzdem findet sich sein Name nicht im Internet. Der klagefreudige Konkursjongleur brachte mit prominenten Freunden und Juristen nicht nur Journalisten zum Schweigen, er bewirkte auch die Löschung aller Hinweise über seine Person auf Google. Diverse Strafverfahren gegen den Berufspleitier endeten entweder mit Freisprü-

chen oder bedingten Warnstrafen. Doch diesmal will sich die Staatsanwaltschaft nicht länger auf der Nase herumtanzen lassen: Beantragt sind viereinhalb Jahre Gefängnis sowie ein Geschäftsverbot. Das Urteil steht noch aus. Dies zeigt exemplarisch, wie schwer sich unsere schwerfällige Justiz mit solchen Fällen tut. **Seite 30**



Pragmatiker durch und durch: Ehud Olmert.

Wäre er ein Elfenbeinturm-Ideologe, könnte man seine Rezepte zur Lösung des Palästina-Konflikts ignorieren oder als weltfremd abbuchten. Doch Ehud Olmert, Vorgänger von Benjamin Netanjahu als Premierminister Israels, ist ein Pragmatiker durch und durch: Er strebte als Regierungschef den Frieden an, indem er zu sehr weit gehenden Kompromissen bereit war. Jetzt, da das Weisse Haus einen neuen Anlauf zur Lösung des hartnäckigen Streits um das Heilige Land lanciert hat, wollte Pierre Heumann von Olmert wissen, wie er die Chancen des Trump-Plans einschätze und warum er vor zehn Jahren gescheitert sei. **Seite 44**

Jean Ziegler, der gerade seinen 85. Geburtstag gefeiert hat, ist weder leise noch altersweise geworden. Nach wie vor hört er das Gras wachsen – das jetzt durch Greta Thunberg verkörpert wird. Schliesslich ist auf die Linke nicht mehr allzu viel Verlass und Che Guevara bei der Jugend ein bisschen in Vergessenheit geraten. Das jüngste Buch des unverbesserlichen Weltverbesserers ist ein Appell an die Enkel, innerhalb einer Generation den Kapitalismus abzuschaffen. Von Jürg Altwegg, der ihn in seinem Haus in der idyllischen Genfer Landschaft besuchte, liess er sich dabei nicht beirren. **Seite 50**

Ihre Weltwoche

Impressum

Herausgeberin: Weltwoche Verlags AG, Förlibuckstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich
Die *Weltwoche* erscheint donnerstags.
Redaktion: Telefon 043 444 57 00, Fax 043 444 56 69, E-Mail-Adressen: vorname.name@weltwoche.ch, leserbriefe@weltwoche.ch
Verlag: Tel. 043 444 57 00, Fax 043 444 56 07, E-Mail: verlag@weltwoche.ch
Internet: www.weltwoche.ch
Abo-Service: Tel. 043 444 57 01, Fax 043 444 50 91 E-Mail: kundenservice@weltwoche.ch
Jahresabonnement Inland Fr. 346.– (inkl. MwSt.)
Schnupperabonnement Inland Fr. 38.– (inkl. MwSt.)
Weitere Angebote für In- und Ausland unter www.weltwoche.ch/abo

Gründer: Karl von Schumacher (1894–1957)
Verleger und Chefredaktor: Roger Köppel
Chefredaktion: Philipp Gut (Stv.), Beat Gygi (*Wirtschaft*)
Produktionschef: Lukas Egli

Redaktion:
Michael Bahnert, Rico Bandle (*Leitung Kultur*), Alex Baur, Erik Ebneter, Katharina Fontana, Urs Gehrig (*Leitung Ausland*), Hubert Mooser, Christoph Mörgeli, Florian Schwab, Roman Zeller (*Volontär*)

Redaktionelle Mitarbeiter:
Miroslav Barták, Peter Bodenmann, Silvio Borner, Henryk M. Broder, Peter Hartmann, Pierre Heumann, Andreas Honegger, Mark van Huisseling, Hansrudolf Kamer, Peter Keller, Wolfram Knorr, Wolfgang Koydl, Franziska K. Müller, Matthias Matussek, Daniela Niederberger, Linus Reichlin, Thomas Renggli, Chris von Rohr, Peter Ruch, Peter Rüedi, Thilo Sarrazin, Kurt Schiltknecht, Beatrice Schlag (*Los Angeles*), David Schnapp, Claudia Schumacher, Hildegard Schwaninger, Eugen Sorg, Sacha Verna (*New York*), Tamara Wernli, Max Wey, Sami Yousafzai (*Pakistan/Afghanistan*), Kurt W. Zimmermann
Produktion: Benjamin Bögli, Roy Spring
Layout: Daniel Eggspühler (*Art-Director*), Karin Erdmann
Bildredaktion: Jasmin Karim (*Assistentin*)
Korrektur: Cornelia Bernegger (*Leitung*), Viola Antunovits, Renate Brunner, Nadia Ghidoli, Sandra Noser, Katharina Dillier, Dieter Zwicky
Sekretariat: Sabine Mähner (*Leitung*), Inga Huber

Verlag:
Verlagsleiter: Sandro Gianini
Anzeigenverkauf: Gabriel Lotti, Brita Vassalli
Anzeigen-Innendienst: Samuel Hofmann (*Leitung*)
Tel. 043 444 57 02, Fax 043 444 56 07
E-Mail: anzeigenid@weltwoche.ch
Online-Vermarktung: Jonlinio GmbH
Tarife und Buchungen: weltwoche@jonlinio.com

Betriebsleiter: Guido Bertuzzi
Druck: Print Media Corporation, PMC, Oetwil am See

*Die Wiedergabe von Artikeln und Bildern, auch auszugsweise oder in Ausschnitten, ist nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Redaktion gestattet.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird keine Haftung übernommen.*

Der *Weltwoche*-Inhalt ist gedruckt auf Recyclingpapier, das aus 100 % Altpapier hergestellt wird. Es schont Ressourcen, Energie und somit die Umwelt.

Der frechste Politiker der Schweiz

SVP-Nationalrat Andreas Glarner treibt wieder einmal alle auf die Palme, Freund wie Feind. Sein Facebook-Angriff auf eine Lehrerin ging nach hinten los. Der Übereifrige musste sich entschuldigen. Was steckt dahinter? Wahnsinn? Genie? «Meine Mission», sagt der allseits Angefeindete. Von Roger Köppel

Ist er der frechste Politiker der Schweiz? Der Schlimmste? Oder einfach nur der mutigste? Nationalrat Andreas Glarner packt sein Handy aus. Er zeigt auf dem Bildschirm eine lange Liste anonymer Anrufe. «Für die bin ich jetzt das Arschloch», sagt der bald 57-jährige Unternehmer aus dem Aargau. Und lässt gleich durchblicken, dass eine solche Einschätzung kein korrektes und schon gar kein umfassendes Urteil über seinen Charakter sei.

Wir treffen uns vor einem Sessionstag im Foyer des Berner «Bellevue»-Hotels. Glarner ist früh unterwegs. Er steht jeweils um 4.15 Uhr morgens auf, um halb sechs hatte er seinen ersten Termin. Jetzt sitzt er vor üppigen Tapeten, drahtig und hellwach, bei einer Tasse Kaffee. Wir sprechen über Stil und Provokationen in der Politik. Und vor allem reden wir über seinen Angriff auf eine Zürcher Lehrerin, der landesweit Schlagzeilen machte.

Feindliche Übernahme

Was genau ist passiert? Letzte Woche bekam Glarner von einer entrüsteten Mutter eine Whatsapp-Meldung. Es handelte sich um eine Nachricht auf dem offiziellen Textkanal der Primarschule Falletsche in Leimbach bei Zürich. Was die Mutter aufregte: Die Lehrerin offerierte der ganzen Klasse per SMS, an einem muslimischen Feiertag freizunehmen. Die Mutter ärgerte sich. Es könne ja nicht sein, dass an Zürcher Schulen Muslime an ihren Feiertagen einfach freinehmen könnten. Feindliche Übernahme. Brisant in diesem Zusammenhang auch der Name einer Co-Schulleiterin: Esen Özkan Kul.

Glarner musste sich nicht zweimal bitten lassen. Auf Facebook veröffentlichte er – «weil es mir den Hut lupfte» – gleich das SMS sowie den Namen der Lehrerin und die Mobiltelefonnummer der Klasse. Seine Freunde forderte er auf, die Frau anzuprangern, ihr persönlich die Meinung zu sagen. Im medialen Gewitter ging unter, dass es nicht die Privatnummer, sondern lediglich die Nummer des Schulhandys war. Aber egal: Die Entrüstung war gigantisch. Internet-Unhold Glarner, so der Tenor, betreibe auf Kosten einer jungen Frau mit miesesten Methoden politisches Ego-Marketing und hetze nebenbei gegen seinen Lieblingsfeind, den Islam.

Peinlich für den Aargauer: Die Lehrerin hatte nichts Unrechtes getan. Die Zürcher Bildungs-

direktorin Silvia Steiner stellte sich wie andere prominente Politiker hinter die Angegriffene. Ihre SMS-Auskunft sei korrekt gewesen, Glarner's Attacke hingegen daneben. Sollte die Lehrerin Strafanzeige erstatten, stehe sie, die Bildungsdirektorin, hinter ihr. Sogar einzelne SVP-Kollegen gingen auf Distanz oder stimmten in den Kritiksturm ein. Nach anfänglichem Widerstand knickte Glarner am Wochenende ein: Auf Tele Züri bat er die Lehrerin «in aller Form» um Entschuldigung.

«Ein grosser Fehler»

Zwei Tage später wirkt der Zerknirschte immer noch reumütig. Normalerweise perle so ein Getöse spurlos ab, aber das hier habe ihm schon zugesetzt. Es sei ein grosser Fehler gewesen. Handkehrum: Ohne Namensnennung würde heute niemand über den Islam an Schweizer Schulen reden. Er hätte aber die Lehrerin zuerst anrufen und die Rechtslage genauer abklären sollen. «Mein Verhalten war unüberlegt», gibt er ohne Zögern zu. Sogar seine beiden Töchter, 21 und 23, hätten ihm beim letzten Sonntagsbrunch massiv aufs Dach gegeben. Wieder kramt er sein Handy raus und zeigt eine Textnachricht der Jüngsten, die ihm dann doch zur Entschuldigung auf Tele Züri gratuliert: «Gut gemacht, Daddy.»

Nein, er habe kein «Aufmerksamkeitsdefizit», versichert Glarner. Er spüre während eines Facebook- oder Twitter-Shitsturms keinen Kick. «Ich bin Überzeugungstäter. Nur die Mission zählt.» Glarner formuliert Sätze, für die ihn die Medien hassen oder auslachen, aber er meint es ernst: «Ich will die Schweiz retten.» Und eines seiner zurzeit wichtigsten Themen ist der Islam, der «ihm grosse Sorgen» mache. Glarner zitiert einen Schulleiter aus dem Kanton Schwyz, der ihm unlängst Folgendes auf den Weg gegeben habe: «Toleranz ist die letzte Tugend einer untergehenden Gesellschaft.»

Klar, Islam klingt gefährlich, aber wieso geht er auf eine kleine Lehrerin los und nicht auf die Grossen, auf die Mächtigen in der Politik? Glarner fühlt sich missverstanden. Er habe keine Angst vor den Grossen, aber es sei für ihn unvorstellbar gewesen, dass der Kanton Zürich islamische Feiertage im Schulbetrieb bereits offiziell anerkenne. Ob wir in der Schweiz schon den Verstand verloren hätten? Sein Irrtum: Er habe angenommen, ja sei sich todsicher

gewesen, dass die Lehrerin eigenmächtig gehandelt habe, gegen Recht und Gesetz. «Das war falsch, und das bedauere ich zutiefst.» Er habe die Falsche getroffen. Nicht die Lehrerin, das Schulsystem sei das Problem.

Glarner zückt Statistiken. Er hat für alle seine Themen Charts und Daten greifbar. «Ich spiele nicht den Helden, mir geht es um ein ernstes Problem.» Der Islam breite sich in Europa aus. Letztes Jahr sei auch in Berlin der Name Mohammed schon der gebräuchlichste Name neugeborener Buben gewesen. In England sei es ganz schlimm. Er bekomme zahllose Zuschriften von Schweizer Lehrern, die ihren Unterricht umstellen müssten, weil die Muslim-Kinder während des Ramadans nicht zu gebrauchen wären; auch Schulreisen, Schullager oder Sporttage würden einfach abgesagt. «Einer sagte mir, eine muslimische Familie habe von ihm verlangt, während der Fastenzeit keine Prüfungen mehr durchzuführen.»

Eine Art Winkelried

«Ja, es stimmt», er sehe sich als eine Art Winkelried, als einen, der sich traut, Dinge auszusprechen und anzupacken, um die andere einen grossen Bogen machen. Sozialprestige sei ihm unwichtig, in der Politik wolle er nichts werden. Kritiker, die sich nach der Facebook-Affäre an Glarner die Schuhe abputzen, übersehen leicht, dass er als Gemeindeammann von Oberwil-Lieli während zwölf Jahren über Parteigrenzen hinweg respektiert gewesen ist. Unter seiner Leitung gelang es der Gemeinde zum Beispiel, die Steuersätze auf den tiefsten Stand im ganzen Kanton Aargau abzusenken.

Er könne vermitteln und präsidial sein, erklärt Glarner, aber als Nationalrat müsse er auch Pflöcke einschlagen. Berührungspunkte

Irgendwie steht meistens eine Kamera in der Nähe, wenn er eine seiner Aktionen durchzieht.

kennt er kaum, und wenn Not am Mann ist, legt er selber Hand an. Vor ein paar Jahren gab es auf einer Zufahrtsstrasse aus dem Kanton Zürich nahe der Kantonsgrenze einen Belagsschaden. Anstatt das Problem zu lösen, stellten die Zürcher eine Verkehrsampel auf. Die Autos stauten sich bis weit in den Aargau. Glarner telefonierte, doch es passierte nichts. Schliesslich montierte er die Ampel auf Zürcher Boden eigenhändig ab und liess den Verkehr mit seiner Feuerwehr besser regeln.

Kritiker haben den Verdacht, Glarner tue das alles, um in die Medien zu kommen. Er würde das nie zugeben, vielleicht stimmt es auch nicht, aber irgendwie steht eben doch meistens eine Kamera in der Nähe, wenn er eine seiner spektakulären Aktionen durchzieht. Vor ein paar Jahren, als ihn die Linken als herzlosesten Asylpolitiker aller Zeiten an den Pranger stellen



«Gentleman alter Schule»: Provokationskünstler Glarner im Bundeshaus.

wollten, sah man Glarner plötzlich in einem griechischen Flüchtlingslager mit einem grossäugigen Baby auf der Brust. Was für ein glücklicher Zufall, dass die Fotoreporter der Boulevardzeitung *Blick* zur Stelle waren, um den historischen Moment für die Nachwelt einzufangen.

«Du bist der Mutigste»

Eben hat Glarner mit seinem achtzigjährigen Vater telefoniert. Er hat ihm erzählt, dass die *Weltwoche* einen Artikel über den Sohn plane unter dem Titel «Der frechste Politiker der Schweiz». Der Vater habe trotzig erwidert: «Sag denen, du seist nicht der frechste, sondern der mutigste Politiker der Schweiz.» So ein

offensichtliches Selbstlob würde ihm nicht über die Lippen kommen, aber Glarner scheint die Einschätzung auch nicht für gänzlich aus der Luft gegriffen zu halten. Schon in der Schule sei er gegen Ungerechtigkeit und Falschheit aufgestanden. Ein Lausub? Glarner lächelt. «Aber sicher.»

Man weiss bei ihm wirklich nicht, ob er es ernst meint oder ob das Ganze immer auch nur ein Spiel ist, die Provokationen, die steilen Thesen, die Aktionen und Aufreger, der dauernde Kleinkrieg auf den sozialen Medien, wo er sich mit unbekanntem Feministinnen herumschlägt, indem er sich auch schon mal über ihr Aussehen lustig macht. Der Vorwurf mangelnden Anstands ist dann schnell bei der Hand.

Glarner hat auch hier eine Antwort parat: «Wer für gleiche Rechte streikt, muss auch in der politischen Debatte gleich behandelt werden wollen, muss einstecken können.» Trotzdem, fügt er an, werde er sich ab jetzt vor allem Frauen gegenüber, «diesen zauberhaften Lebewesen», im politischen Nahkampf zurücknehmen, einen «Gang herunterschalten».

Völlig falsch, sagt Glarner, sei der Vorwurf, er poliere in der Politik sein Ego. Das Gegenteil sei richtig. Er suche keine Liebe, keine Anerkennung im Bundeshaus. Er wolle einfach seinen Job – die Schweiz zu retten – richtig machen. Aufgewachsen in bescheidenen Verhältnissen unter insgesamt vier Geschwistern, sei er ohne den goldenen Löffel im Mund gross geworden. Er habe sich alles erarbeitet. Mittlerweile wohlhabend, saniert, geschäftlich erfolgreich, ist er dabei, seine dritte Firma zu gründen. Winkelried auch hier: Glarner verdiene unter anderem damit sein Geld, dass er den überbewerteten Schweizer Kartellmarkt für Rollstühle und Katheter mit günstigeren Produkten knackte.

«Filiale der Caritas»

Noch eine Diagnose zur SVP, als deren Totengräber ihn einige Medien schon ausrufen: «Voller Angriff, keine Bequemlichkeit: Das ist wichtig», fordert Glarner. Es gefalle ihm, wie jetzt auch die Zürcher SVP zum Beispiel beim Klima wieder austeile und gegen die «geschürte Hysterie» antrete. Sein Spezialgebiet ist die Asylpolitik. Da sieht er grosse Missstände. Das eidgenössische Departement sei eine «Filiale der Caritas», ein «Mutter-Teresa-Verein». Den Chefbeamten Mario Gattiker hält er für einen netten Menschen, aber mit seiner Hilfswerk-Vergangenheit sei er eine Riesenfehlbesetzung. Dauernd klopfe man sich im Migrationsamt selber auf die Schultern, dabei habe es die Schweiz nur Ungarns Premier Orbán und den libyschen Warlords zu verdanken, dass die Völkerwanderung vorübergehend zurückgebunden sei. «Gegen einen neuerlichen Ansturm sind wir nicht gewappnet.»

Er sei keiner, «der zuerst mit dem Flammenwerfer angreift, um dann hinterher die Rosen zu verteilen»: Damit will Glarner sagen, dass er sich nicht anbietet und auch nicht für die Galerie provoziert. Als ob er geahnt hätte, dass er im Feinstofflichen etwas Unterstützung braucht, hat er seit kurzem eine Frau als Sparringspartner und PR-Beauftragte im Bundeshaus angestellt. Er werde sie künftig wohl intensiver konsultieren. Glarner bezeichnet sich als «Gentleman alter Schule». Seine Feinde würden staunen, wenn sie erführen, wen er alles im Rahmen sozialer Projekte unterstütze, sagt er, denn natürlich gebe es hinter all der Politik und den Provokationen auch immer noch «den Menschen Glarner». Dann bricht er ab, um sich seiner neuen Geschäftsidee zu widmen, bei der es geht um Kostensenkungen im Schweizer Sozialwesen geht.



Lebenskünstler: Dominique Rietzler. Seite 34



Das grosse Zeitalter des Rosé: Seite 22



«Marx hat gesagt,
der Intellektuelle muss das
Gras wachsen hören.»

Jean Ziegler: Seite 50

Titelgeschichte

- 4 **Editorial** Andreas Glarner:
Der frechste Politiker der Schweiz

Kommentare & Analysen

- 9 **Kommentare** Krake Staat
- 10 **Gleichstellung** Am Tor vorbei
- 10 **Geschichte** Wahrheit als Ware
- 11 **Herodot** Epochale Veränderungen
- 12 **Kopf der Woche** Howey Ou:
«Dafür bin ich auf der Welt»
- 22 **Zeitgeist** Der Lebenskünstler
unter den Weinen
- 24 **Mörgeli** Zum Fliegen allzeit bereit
- 24 **Bodenmann** Wasserstoff-Bomber
und -Blondinen
- 25 **Medien** Mach mir eine Szene
- 25 **Die Deutschen** Hisbollah
- 46 **Ausland** Indien beobachtet
das neue *great game*
- 47 **Brief aus Berlin**
Wenn ich Parteivorsitzender wäre

Inland

- 16 **Wie viel Zuwanderung verträgt die Schweiz?** Zahlen und Fakten
- 18 **Schweiz ächzt unter Asylrekordjahr**
Die Bilanz und die Kosten
- 28 **EU-Rahmenvertrag**
Bloss nicht vor den Wahlen
- 30 **Justiz** Die Schweizer Karriere
eines deutschen Konkursjongleurs
- 32 **Bei Parmelin machen sie den Kopfstand** Levrat und Gössi

- 37 **Ränkespiel um Bundesrichter**
Der SVP-Kandidat wurde übergangen

Ausland

- 20 **Dieter Schönecker** Dürfen
konservative Denker noch frei reden?
- 38 **Hans-Georg Maassen** «Idealistische,
schon fast religiöse Wallungen»
- 42 **Österreich** Standortbestimmung
von Gerald Grosz
- 44 **Ehud Olmert** Benjamin Netanjahus
Vorgänger über Trumps Nahostplan
- 45 **Inside Washington** Wendehals Biden

Wirtschaft & Wissenschaft

- 29 **Promille-Wirtschaft** Irreführende
Taktik der Economiesuisse-Chefin

Kultur & Gesellschaft

- 34 **Art Basel** Die grösste Kunstmesse
der Welt und ein Basler Kunstmaler
- 36 **Griff nach den Kleinen** Die frühe
Kindheit soll durchreguliert werden

Literatur-Extra

- 50 **Jean Ziegler** «Greta ist das Gras,
ich höre es wachsen»
- 53 **«Mein Name ist Eugen»**
Das lustigste Schweizer Buch
- 54 **Don Winslow** Trilogie über den
Drogenkrieg in Mexiko
- 56 **Julia Kröhn** Die österreichische
Autorin wechselt Namen wie Kleider

- 57 **Leonardo da Vinci**
Erster Blockbuster-Künstler der Welt
- 58 **Dieter Langewiesche**
Die positiven Seiten des Kriegs

Rubriken

- 9 **Im Auge** Amine Gülse
- 14 **Personenkontrolle**
- 15 **Nachruf** Dr. John
- 26 **Darf man das?**
- 26 **Leserbriefe**
- 27 **Fragen Sie Dr. M.**
- 48 **Ikone der Woche**
Jane Birkin und Serge Gainsbourg
- 59 **Sprache** Vergissmeinnicht
- 60 **Die Bibel** Populismus
- 60 **Kino** «The Dead Don't Die»
- 61 **Knorrs Liste**
- 61 **Jazz** Eric Dolphy
- 62 **Thiel** Flugklima
- 62 **Namen** Es lebe die Party
- 62 **Fast verliebt** Frauen auf Tinder
- 63 **Unten durch** Teppichklopfer
- 64 **Wein** Exot von fast nebenan
- 64 **Salz & Pfeffer**
Essen im Haus des Kaffees
- 65 **Auto**
VW Touareg Elegance 4Motion
- 66 **Tamaras Welt**
Frauenstreik: Es nervt langsam



BMW Motorrad



4 TAGE, DIE DEIN LEBEN VERÄNDERN.

JETZT 4 TAGE LANG TOURER PROBE FAHREN.

Teste die BMW K 1600 GT, die BMW K 1600 Bagger oder die BMW K 1600 Grand America. Cruise entspannt bis zum Horizont und genieße höchste Qualität und den besten Komfort mit einem legendären 6-Zylinder-Reihenmotor. Mit diesen luxuriösen Performancetourern bist du stets bereit für Fahrvergnügen in einer neuen Dimension – und du willst garantiert nie mehr absteigen.

**Melde dich jetzt für eine exklusive viertägige Probefahrt* mit deinem Wunschtourer an:
bmw-motorrad.ch/k1600-testride**

*Das Angebot ist begrenzt. Die Teilnahmebedingungen findest du auf der Anmeldeseite auf unserer Website.

Ihr Immobilienraum?



4 ½ - 5 ½ Zi. Terrassenwohnungen
8955 **Oetwil a.d. Limmat**, R. Schiesser Tel. 044 316 13 21
Preis auf Anfrage, Bezug auf Anfrage
www.lerchpartner.ch/Immobilienraum



4 ½ - 6 ½ Zi. Doppel-Reihen-Einfamilienhäuser
8414 **Buch am Irchel**, Rolf Flacher Tel. 052 338 07 09
Preis ab 895'000.-, Bezug ab Frühling 2020
www.wilerbuch.ch



3 Zi. und 4 Zimmer Mietwohnung
8708 **Männedorf**, Rolf Flacher Tel. 052 338 07 09
Miete ab 2'500.- p/Mt. exkl NK, Bezug nach Vereinb.
www.loft-neugut.ch



4 ½ und 5 ½ Zi. Eigentumswohnungen
8152 **Glattbrugg**, Ramona Schiesser Tel. 044 316 13 21
Preis auf Anfrage, Bezug auf Anfrage
www.glattwies.ch



4 ½ Zi. Terrassenwohnungen
8413 **Neftenbach**, Rolf Flacher Tel. 052 338 07 09
Preis auf Anfrage, Bezug auf Anfrage
www.lerchpartner.ch/Immobilienraum



4 ½ und 5 ½ Zi. Eigentumswohnungen, Eckhaus
8118 **Pfaffhausen**, Rolf Flacher Tel. 052 338 07 09
Preis ab 1'180'000.-, Bezug ab Sommer 2020
www.luckenholz.ch



4 ½ und 5 ½ Eigentumswohnungen
8332 **Rumlikon**, Ramona Schiesser Tel. 044 316 13 21
Preis ab 880'000.-, Bezug ab Sommer 2020
www.grueens-doerfli.ch



3 ½ - 5 ½ Zi. Eigentumswohnungen
8545 **Rickenbach**, Rolf Flacher Tel. 052 338 07 09
Preis auf Anfrage, Bezug auf Anfrage
www.lerchpartner.ch/Immobilienraum



5 ½ Doppel-Einfamilienhäuser
8332 **Rumlikon**, Ramona Schiesser Tel. 044 316 13 21
Preis ab 1'290'000.-, Bezug ab Sommer 2020
www.grueens-doerfli.ch



3 ½ - 5 ½ Zi. Eigentumswohnungen
8953 **Dietikon**, Ramona Schiesser Tel. 044 316 13 21
Preis ab CHF 770'000.-, Bezug ab Winter 2020/21
www.duo-dietikon.ch



5 ½ und 6 ½ Zi. Doppel-Einfamilienhäuser
8913 **Ottenbach**, Ramona Schiesser Tel. 044 316 13 21
Preis auf Anfrage, Bezug ab Herbst 2020
www.nidolino-ottenbach.ch



4 ½ Zi. Eigentumswohnung
8148 **Stallikon**, Rolf Flacher Tel. 044 316 13 15
Sorry, es sind leider alle Einheiten verkauft!
Preis 900'000.-, Bezug erfolgt
www.zuerikon.ch



4 ½ Zi. Atriumhäuser und 3 ½ - 5 ½ Zi. Wohnungen
8302 **Kloten**, Kevin Braunwalder Tel. 043 255 88 88
Preis ab 935'000.-, Bezug ab Winter 2020/21
www.panoramaweg-kloten.ch



3 ½ - 5 ½ Zi. Eigentumswohnungen
8404 **Stadel/Winterthur**, Rolf Flacher Tel. 052 338 07 09
Preis auf Anfrage, Bezug auf Anfrage
www.lerchpartner.ch/Immobilienraum



4 ½ und 5 ½ Zi. Eigentumswohnungen
8484 **Weisslingen**, Ramona Schiesser Tel. 044 316 13 21
Preis ab CHF 1'110'000.-, Bezug ab Winter 2020/21
www.paradislig.ch



4 ½ - 6 ½ Terrassenwohnungen
8103 **Unteringstringen**, R. Schiesser Tel. 044 316 13 21
Preis ab CHF 1'790'000.-, Bezug ab Winter 2020/21
www.sparrenberg.ch



3 ½ - 5 ½ Zi. Eigentumswohnungen
8127 **Aesch-Maur**, Ramona Schiesser Tel. 044 316 13 21
Preis auf Anfrage, Bezug auf Anfrage
www.lerchpartner.ch/Immobilienraum



3 ½ - 5 ½ Zi. Eigentumswohnungen
8493 **Saland**, Rolf Flacher Tel. 052 338 07 09
Preis ab 495'000.-, Bezug ab Sommer 2020
www.ammuelibach.ch




5 ½ Zi. Einfamilienhäuser
8458 **Dorf**, Rolf Flacher Tel. 052 338 07 09
Preis auf Anfrage, Bezug auf Anfrage
www.lerchpartner.ch/Immobilienraum



Haben Sie ein Grundstück auf dem Immobilienräume verwirklicht werden können?



3 ½ und 5 ½ Zi. Terrassenwohnungen
8615 **Wermatswil**, Ramona Schiesser Tel. 044 316 13 21
Preis ab CHF 1'115'000.-, Bezug ab Frühling 2021
www.leuberg.ch

Melden Sie sich bei unserem Chef 
ulrich.koller@lerchpartner.ch oder
per Telefon 052 235 80 00.



4 ½ Zi. Attika-Terrassenhaus
8309 **Birchwil**, Ramona Schiesser Tel. 044 316 13 21
Preis 2'040'000.-, Bezug ab Frühling 2020
www.mira-birchwil.ch

Alle Objekte im Überblick:
www.lerchpartner.ch/Immobilienraum

Lerch&Partner
GENERALUNTERNEHMUNG AG
LerchPartner.



Zürcherstrasse 124 Postfach 322
8406 Winterthur
Telefon 052 / 235 80 00

Wir nehmen an den folgenden Immobilienmessen teil:



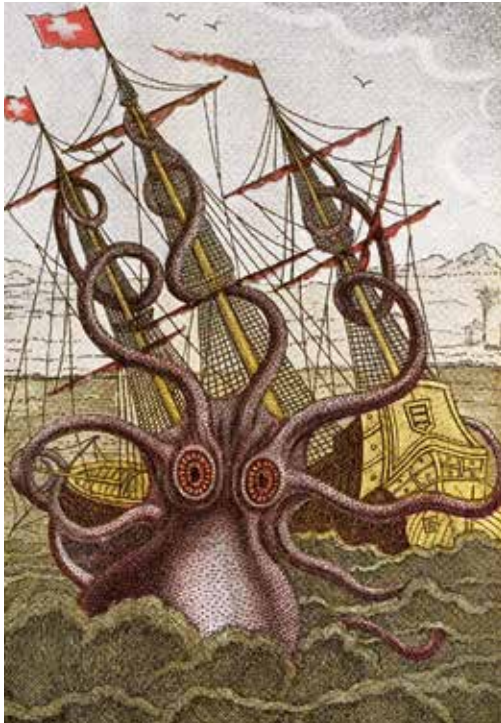
Eigenheimmesse Schweiz in Zürich
5. - 8. Sept. 2019, Messe Zürich, Halle 6



SVIT Immobilien-Messe in Zürich
27. - 29. März 2020, Lake Side Zürich

Krake Staat

Von Christoph Mörgeli — Die staatliche Sphäre wächst ungehemmt. Widerstand regt sich kaum. Längst kuschen auch die Konzerne und die Gewerkschaften.



Neue Charmeoffensive.

1996 schrieb der Ordnungspolitiker und Ökonom Hans Letsch (FDP) ein Büchlein mit dem Titel «Stoppt den Staat, er ist zu teuer!». Damals betrugen die Ausgaben des Bundes noch 44 Milliarden Franken. Was würde der verstorbene Letsch wohl sagen angesichts der heutigen Bundesaussgaben von über 70 Milliarden? Mittlerweile arbeiten 38 223 Angestellte allein beim Bund. Zu einem Durchschnittslohn von 9500 Franken, der dreizehnmal ausbezahlt wird. Der Personalverband des Bundes sorgt dafür, dass die Löhne regelmässig weiter ansteigen. Und startet demnächst die Charmeoffensive «Love Service public 2.0».

In den Kantonen und Gemeinden wächst die Zahl der öffentlich Angestellten kontinuierlich weiter an – bei Verwaltung, Bildung, Gesundheit und Sozialwesen. Auch die ständig zahlreicheren Schüler, Studenten und AHV-Rentner gehören zumindest teilweise zu den Staatsabhängigen. Und die freie Wirtschaft ist bei weitem nicht so frei, wie man hoffen möchte. Firmen im staatsnahen Bereich breiten sich rasant aus. Denn der Staat delegiert die Verantwortung ganz gerne an externe Gutachter und Berater. Für so undankbare Aufgaben wie die Betreuung von Asylsuchenden bieten sich zahlreiche Unternehmen an, die sich ihre Dienste von den Steuerzahlern fürstlich entschädigen lassen.

Die Sozialindustrie mit Familienbegleitung, Heimplatzierungen, Integrationskursen, interkultureller Vermittlung oder Wohnbegleitung verschlingt Unsummen. Die Stiftung Passaggio in Lützelflüh verlangt für den Heimaufenthalt einer Dreizehnjährigen 20 722 Franken. Pro Monat. Bei der staatlich geförderten Kinderdrittbetreuung zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie wegen angeblichen Fachkräftemangels geht es auch um eine Dritterziehung. Bürgerliche Eltern können sich zuweilen nicht genug wundern über das rot-grüne Weltbild, das den Kindern von den jeweiligen Betreuern eingeimpft wird.

In Gewerbekreisen ist es ein offenes Geheimnis, dass viele angeblich selbständige Werber, Architekten oder Ingenieure zu einem guten Teil von Staatsaufträgen leben. Von den Baufirmen ganz zu schweigen. Immer mehr Ärzte scheuen die strapaziöse freie Praxis und streben nach einer festen Spitalanstellung mit geregelten Arbeitszeiten und Teilzeitmodellen. Kantonalbanken mit Staatsgarantie drängen auch in Bereiche des Privatsektors wie Immobiliendienstleistungen vor. Die BKW Energie AG oder die Alpiq kaufen – obwohl mehrheitlich in Staatsbesitz – neuerdings völlig ungehemmt zahlreiche Familienbetriebe und KMU im Bereich der Gebäudetechnik auf.

Speziell beunruhigend aber ist die Tatsache, dass sich selbst unsere globalen Konzerne zunehmend in staatlicher Geiselhaft befinden. Die Pharmaindustrie ist in Sachen Preisgestaltung beziehungsweise wegen des ihr gewährten Verbots von Medikamenten-Parallelimporten dermassen von Bundesbern abhängig, dass an eine ordnungspolitische Opposition nicht zu denken ist. Den Banken ergeht es wegen des zunehmend engen Korsetts an staatlichen Regulierungen und der beherrschenden Stellung der Finanzmarktaufsicht Finma keinen Deut besser. Und die Gewerkschaften haben erst recht keinen Grund mehr, wie ehemals gegen den Staat aufzubegehren. Sie sind allesamt längst gekauft mit Gesamtarbeitsverträgen, Überbrückungsrenten ab sechzig Jahren sowie flankierenden Massnahmen auf Kosten des freien Arbeitsmarktes, die ihnen viele Millionen in die Kasse spülen.

Darum lassen sich aus der Wirtschaft nur noch die etwas freiere Uhrenindustrie, die Ems-Chemie mit globaler Privatkundschaft oder kleinere Unternehmen ablehnend zum EU-Rahmenabkommen vernehmen. Die übrige Wirtschaft findet es samt ihren Verbänden offenbar grossartig, wenn künftig Brüssel für uns die Gesetze macht.

Frauenfussball



Amine Gülse, Spielerfrau.

Schwedin mit tiefem Décolleté heiratet in Osmanischem Prachtbau aus dem 19. Jahrhundert deutschen Smokingträger aus Gelsenkirchen. Als Trauzeuge posiert väterlich der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan, und etwas abseits steht seine Ehefrau Emine, züchtig mit Kopftuch verhüllt. Ein vieldeutiges Hochzeitsfoto. Die liebebräutliche Braut heisst Amine Gülse, Kind einer türkischen Mutter aus Izmir und eines irakischen Turkmenen, geboren am 30. April 1993 und aufgewachsen in Angered, einem Stadtteil Göteborgs. Der Glückliche ist der deutsche Fussballer und Erdogan-Bewunderer Mesut Özil, 30, ehemaliger Weltmeister, Mittelfeldspieler in Diensten von Arsenal London. Zu Hause im Ruhrpott wurde türkisch gesprochen, Özil erhielt den deutschen Pass 2007 aufgrund seines Spieltalents. Seiner früheren Angebeteten, einer Popsängerin, reiste er häufig mit dem Privatflieger nach, was zu enormen Formschwankungen führte.

Nach einer halben Stunde bricht die Wagenkolonne Erdogans wieder auf vom märchenhaften Festgelände am Bosphorus, und was bleibt? Eine Ehe ohne Grenzen, eine Fernbeziehung. Er spielt in England, ihr Terrain ist, seit sie 2014 zur Miss World Turkey gekürt wurde, der türkische Markt mit ihren 1,8 Millionen Followern auf Instagram. Ihre Popularität verdankt sie einer Hauptrolle in einer TV-Serie. Als Schülerin in Göteborg jobbte sie noch im Altersheim. Am Land ihrer Heimkehr, sagte sie einmal, fasziniere sie die Biografie Atatürks, sie hätte den Gründer der modernen Türkei gerne kennengelernt – die Erdogan gerade wieder abschaffen möchte. Insofern war auch der Besuch des zweifelhaften Autokraten zur Heiratsfete dieser Westlerin vom Absatz (sie wirbt für Deichmann, den europaweit grössten Schuhhändler) bis zur wehenden Mähne ein Widerspruch. Und sicher scheint nur: Amine (arabisch: die Gewissenhafte, Vertrauenswürdige) wird die neue Queenanwärterin auf dem Spielfeld der sogenannten WAGs, Wives and Girlfriends der Herren Fussballer, so viel zum gehypten Frauenfussball. Peter Hartmann

Am Tor vorbei

Von Rico Bandle — Die Frauen-WM ist zur feministischen Kampfzone geworden. Arme Spielerinnen.



Todernst, hochpolitisch: Frauenfussball-WM.

Letzte Woche startete die Fussball-WM der Frauen. Das Schweizer Fernsehen zeigte das Eröffnungsspiel, zudem werden die zwei Halbfinals und das Final live übertragen. Und dies, obschon sich die Schweizer Nationalmannschaft nicht qualifiziert hat. Eine mehr als angemessene Abdeckung, würde man meinen. Doch einigen Politikerinnen und Politikern reicht das nicht. Die SP-Nationalräte Mattea Meyer und Cédric Wermuth starteten gemeinsam mit der Zürcher Kantonsrätin Sarah Akanji eine Petition, nach der SRF sämtliche Spiele zeigen solle. Wie bei den Männern. Alles andere widerspreche der Gleichstellung.

Die Einschaltquote beim Eröffnungsspiel zwischen Frankreich und Südkorea lag bei bescheidenen 5,5 Prozent – was SRF in seiner Entscheidung recht gibt. Die drei Politiker und ihre Gefolgschaft bleiben trotzdem bei ihrer Maximalforderung.

Bei Sarah Akanji, Mitbegründerin der Frauenabteilung des FC Winterthur und Schwester von Dortmund-Star Manuel Akanji, ist das Interesse am Sport immerhin glaubhaft. Allgemein zeigt sich aber: Die Frauen-WM ist vor allem ein Fest für jene, die überall Benachteiligung orten. Allein der Begriff «Frauen-WM» sei diskriminierend, weil man bei den Männern nicht «Männer-WM» sage, sondern nur «WM». Wann immer ein Medium sich erdreistet, über das Aussehen der Spielerinnen zu schreiben, kommt wie auf Knopfdruck der obligate Sexismus-Aufschrei. Als ob nicht auch bei Ronaldo und Co. ständig über die Frisur und das Sixpack gesprochen würde und Ranglisten der schönsten Spieler erstellt würden. Fussball ist auch Showbusiness, deshalb ist der Sport dermassen populär.

Bei den Frauen darf das nicht sein, da ist alles todernst, hochpolitisch. Kein Wunder, bleibt das Interesse aus. Die Spielerinnen können einem leidtun.

Wahrheit als Ware

Von Alex Baur — Die erfolgreiche Netflix-Serie «Chernobyl» mag toll inszeniert sein. Doch der vermeintliche Dokumentarfilm zementiert historische Unwahrheiten.

Das deutsche Magazin *Stern* titelte in heller Begeisterung: «Chernobyl» ist die beste Serie aller Zeiten – sie zeigt den Schrecken der Reaktorkatastrophe». Die via Netflix und Sky verbreitete Serie von HBO übertreffe sogar Top-seller wie «Breaking Bad» oder «Game of Thrones». «Ein Beweis, dass sich im Bereich Serien echte Qualität durchsetzt», frohlockt der Rezensent. Und wenn Kreml-freundliche Medien das Werk als fehlerhaft kritisierten, sei das nur ein Beleg, dass Putin und seine Genossen nichts gelernt hätten.

Der *Stern* jubiliert damit im Chor mit den deutschsprachigen Medien, *Weltwoche* inklusive, welche die angeblich «noch nicht erzählte wahre Geschichte» über die Reaktorkatastrophe in der Ukraine von 1986 unisono für bare Münze nehmen. Im angelsächsischen Raum finden sich dagegen kritische Stimmen, und das nicht etwa in irgendwelchen dubiosen Foren, sondern in renommierten Blättern wie der *New York Times*, *Forbes* oder dem *Economist*. Dass «Chernobyl» ein professionell inszenierter Thriller ist, bezweifelt keiner. Doch im Verdrehen der Wahrheit kann es die Serie locker mit der damaligen *Prawda* aufnehmen.

Zum Teil sind es lässliche Fehler. Etwa, wenn russische Soldaten das Gewehr nach amerikanischer Manier präsentieren oder sich Angestellte mit «Genosse» ansprechen, was in der späten Sowjetunion kaum noch üblich war. Unter dem Titel künstlerische Freiheit mag auch noch durchgehen, dass ein Helikopter direkt von Moskau nach Minsk fliegt, was von der Distanz her unmöglich ist, und über der brennenden Reaktorrüine abstürzt (einen solchen Unfall gab es erst ein halbes Jahr später, mit der Kernschmelze hatte er nichts zu tun).

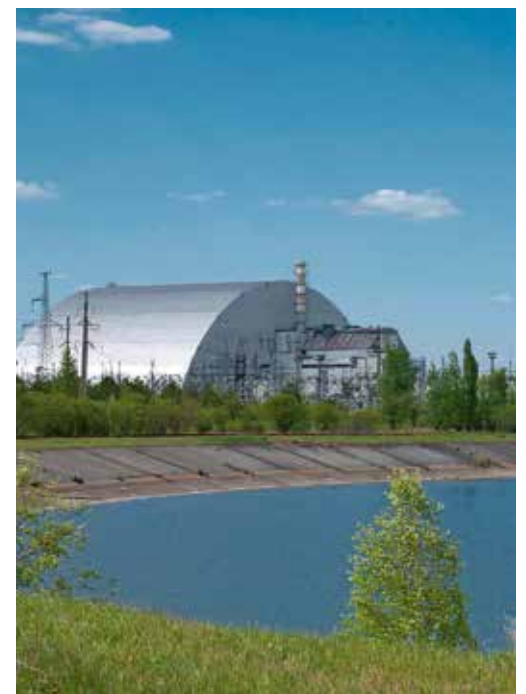
Definitiv zum Ärgernis wird die Katastrophen-Serie, wenn die schwangere Lyudmilla ein totes Baby zur Welt bringt, weil sie ihren nuklearverseuchten Mann im Sterbebett umarmte. Erstens ist Verstrahlung nicht ansteckend, und zweitens sind die atomgeschädigten Föten ein Hoax, der durch die Tschernobyl-Kommission widerlegt wurde. Es gab wegen der Strahlung weder Missgeburten noch Missbildungen, sehr wohl aber geschätzte hundert- bis zweihunderttausend völlig unnötige Abtreibungen, die durch ebendiesen falschen Mythos ausgelöst wurden.

Ins Reich der urbanen Legenden gehört auch das Drama um die Schaulustigen, welche die Katastrophe von der sogenannten Todesbrücke aus beobachteten und darauf angeblich alle-

samt qualvoll starben. Tatsache ist: Gemäss Langzeituntersuchungen der Tschernobyl-Kommission – eine internationale Forschergruppe von hundert Medizinerinnen unter dem Schirm der Uno – sind als direkte Folge der Strahlung 36 Menschen (zumeist Feuerwehrleute) gestorben; gegen 5000 Kinder erkrankten an einem (zumeist heilbaren) Schilddrüsenkrebs, der lediglich in fünfzehn Fällen zum Tod führte. Für die Anwohner stieg die theoretische Wahrscheinlichkeit, irgendwann im Leben an Krebs zu erkranken, um 0,4 Prozent, was aber in einem Streubereich liegt, der sich in keiner Statistik ausweisen lässt.

Blutige Strahlen-Zombies

Gemäss Tschernobyl-Kommission erfolgte die Evakuierung der Anwohner zu einem Zeitpunkt, als sie kaum noch Sinn machte; sie richtete mehr Leid an, als von der Strahlung zu befürchten gewesen wäre. Der Schilddrüsenkrebs wäre durch Jodtabletten und den Verzicht auf lokale Milchprodukte zu verhindern gewesen. Das ist – neben der bekannten Schlamperei der Sowjet-Funktionäre – die echte Tragödie von Tschernobyl. Doch davon ist im Film nirgends die Rede. Gegen die Hollywood-Ware Thriller hat die Wahrheit keine Chance. Blutende Strahlen-Zombies verkaufen sich besser. Wer weiss schon, dass äussere Blutungen nicht zu den Symptomen der Strahlenkrankheit gehören.



Urbane Legenden: Reaktor 4 in Tschernobyl.



Herodot

Epochale Veränderungen

Die Weltordnung ist mannigfach im Begriff, aus den Fugen zu geraten. Für die Schweiz birgt dies viele Gefahren, aber auch Chancen.

Auch wenn man epochale Entwicklungen erst im Nachhinein sicher als solche erkennen kann, deutet vieles darauf hin, dass die Welt sich wieder an einem historischen Wendepunkt befindet. Die Ignoranten, die – auch im EDA – nach dem Fall der Mauer vom Ende der Geschichte faselten und unsere Neutralität abschaffen wollten, sind jedenfalls längst verstummt.

Angestachelt von Israels Premier Netanjahu und Saudi-Arabiens menschenverachtendem Kronprinzen Mohammed bin Salman, haben die USA mutwillig einen mühsam erarbeiteten Kompromiss mit dem Iran aufgekündigt. Sie setzen das stolze Land derart unter Druck, dass ein militärischer Konflikt immer wahrscheinlicher wird. Die ganze Region, aus welcher der Grossteil der weltweiten Ölproduktion stammt, könnte dabei buchstäblich in Flammen geraten. Die Erfahrungen mit den ebenso mutwillig vom Zaun gebrochenen Konflikten in Afghanistan und dem Irak lassen bezweifeln, dass die USA gestärkt daraus hervorgingen. Wie die Dinge liegen, würde es nicht überraschen, wenn China seine bisherige Zurückhaltung in Nahost ablegte und den Iran aktiv unterstützte.

Am asiatischen Sicherheitsgipfel, der kürzlich stattfand, zeichnete sich in noch nie dagewesener Deutlichkeit eine kommende militärische Konfrontation zwischen den USA und China ab. Beide Staaten beharrten unversöhnlich auf ihren Positionen. Wie jede Grossmacht wünscht sich China ein strategisches Glacis. Dasjenige der USA umfasst den gesamten Pazifik und geht mit Japan, Südkorea und Taiwan bis vor die Küsten Chinas. Dies wird China auf Dauer nicht hinnehmen. Noch bieten die USA dem Reich der Mitte die Stirn. Doch die Chinesen sind in rasantem Tempo dabei, die USA rüstungsmässig einzuholen. Quantitativ haben sie dies bereits getan.

Es würde auf beiden Seiten weitsichtige Staatsmänner brauchen, um eine Konfronta-

tion zu vermeiden. Weder der immer absolutistische herrschende Xi Jinping, der fast alle Schranken zur Allmacht beseitigt hat, noch Donald Trump, der wild mit Sanktionen um sich wirft und dabei Freund und Feind vor den Kopf stösst, scheinen diesem Anforderungsprofil zu genügen.

Während eine militärische Konfrontation sich erst abzeichnet, ist der Handelskrieg zwischen den beiden Giganten in vollem Gange. Dies mag alles nur Imponiergehabe in einem Verhandlungspoker sein, aber der Durchbruch lässt auf sich warten, während der Konflikt seine Eigendynamik entwickelt. Scheinbar ohne Rücksicht auf Verluste geht Trump auch im Verhältnis zu den Partnern südlich des Rio Grande und jenseits des Atlantiks vor.

Dabei gerät die EU in immer stärkere Bedrängnis. Mutwillig hat sie Russland in der Ukraine-Frage herausgefordert, obwohl sie dem mächtigen Nachbarn im Osten ohne die USA militärisch nichts entgegenzusetzen hat. Gemäss einer Studie des International Institute for Strategic Studies (IISS) würde sie Hunderte von Milliarden und eineinhalb Jahrzehnte brauchen, um den strategischen Rückstand auf die russische Mittelmacht aufzuholen. Doch die USA stellen ihre Sicherheitsgarantie für Europa in Frage und instrumentalisieren die Angst der Osteuropäer vor Russland, um die EU aussenpolitisch zu spalten. Russland versucht dasselbe mit der Unterstützung EU-kritischer Kräfte in verschiedenen Mitgliedstaaten. China nutzt die wirtschaftlichen Probleme Südeuropas, um sich strategischen Einfluss zu erkaufen. Alle drei bedrängen damit die EU.

Mit Arroganz, Sturheit und Realitätsverweigerung provozierte die EU-Elite breite Unzufriedenheit im Innern und den Brexit. Bei den Europawahlen gewannen in vier der fünf grössten EU-Staaten EU-kritische Parteien eine relative Mehrheit. Sozialisten und Christdemokraten, die das europäische Einigungswerk mit allerlei demokratisch und rechtlich fragwürdigen Mauscheleien bisher dominierten, erstmals ihre Mehrheit im EU-Parlament verloren. Wäh-

rend unser Staatsradio diese Entwicklung beschönigte, hat der EU-freundliche Chefredaktor der NZZ deren Brisanz anerkannt («Die Machtkartelle sind am Ende»). Zu allem Elend hängt der Hausseggen zwischen Paris und Berlin schief und droht in Berlin eine Regierungskrise.

Derweil wird ein harter Brexit immer wahrscheinlicher und das populistisch regierte Italien könnte dem Euro bald die nächste Episode in seiner Dauerkrise beschreiben. Wie die Europäische Zentralbank nach dem anstehenden Rücktritt von Präsident Mario Draghi – vielleicht unter deutscher Führung – reagieren wird, weiss niemand.

Als Europäer kann uns die innere und äussere Schwäche der EU ebenso wenig freuen wie die militärischen und handelspolitischen Spannungen in der weiteren Welt. Wenn das Recht des Stärkeren Urständ feiert, liegt dies nicht im Interesse eines Kleinstaates. «In Konflikten zwischen Elefanten wird das Gras zertrampelt», sagen die Afrikaner. Belgien und andere Kleinstaaten mussten dies in den beiden Weltkriegen bitter erfahren.

Andererseits gelang es der Schweiz dank Neutralität und politischem Geschick immer wieder, in Zeiten der Spannungen zwischen Grossmächten ihre Unabhängigkeit und ihren Spielraum zu bewahren. Eine alte Weisheit besagt, dass ein Kleinstaat mit mächtigen Nachbarn noch mächtigere und möglichst weit entfernte Freunde brauche.

Im 19. Jahrhundert etwa genoss die von ihren reaktionären Nachbarn bedrängte liberale Schweiz den Schutz der Briten. Wie damals wollen unsere Nachbarn heute die «geopolitische Anomalie im Zentrum Europas» (EU-Kommissionspräsident Juncker *dixit*) gleichschalten, nötigenfalls mit Erpressung.

Der sensationelle dreitägige Schweiz-Besuch des vielbeschäftigten US-Aussenministers, der erstmalige Empfang eines Bundespräsidenten im Oval Office und der Staatsempfang für Ueli Maurer in Peking sind daher Zeichen der Hoffnung. China und die USA stärken dem Bundesrat den Rücken gegenüber erpresserischen Druckversuchen der EU.

Die Chinesen verwenden für Krise und Chance dasselbe Schriftzeichen. Für die Schweiz könnte die Krise zur Chance werden, wenn sie sich von niemandem instrumentalisieren lässt und ihren Nachbarn und der übrigen Welt ein fairer und verlässlicher Partner bleibt, ohne sich zu unterwerfen.

Herodot ist ein der Redaktion bekannter Weltreisender, seit Jahrzehnten wissenschaftlich und politisch tätig, u. a. für die Uno.

Chinas Greta

Das Klima-Fieber hat auf die Volksrepublik China übergegriffen. Die 16-jährige Schülerin Howey Ou streikt einsam für tiefere Temperaturen und bessere Luft. Fernsehstationen und internationale Zeitungen berichten, die *Weltwoche* hat das erste Interview. Was treibt das mutige Mädchen an? Von Roman Zeller

Howey Ou steht vor dem Regierungsgebäude in Guilin, einer Stadt im Süden Chinas. In ihren Händen hält sie ein Poster mit chinesischen Schriftzeichen. Ihre Botschaft lautet: «Die Klimakrise ist die grösste Krise, von der die Menschen je betroffen sein werden.» Howey ruft ihre Klassenkameraden zum Klimastreik auf. Am 26. Mai, so lief es über TV-Sender und News-Kanäle, ging sie als Erste in China aus Protest nicht mehr zur Schule.

Doch beim Startschuss ihrer China-Klima-Demo ist sie allein. Die Jungaktivistin postet Bilder auf Twitter, die von ihrem Vater aufgenommen wurden. Dazu schreibt sie: «Das ist der erste Klimastreik in China.» Greta Thunberg, ihr schwedisches Pendant, nennt sie per Tweet «eine Heldin». Aber auch sechs Tage später ist Howey allein mit ihrem Streikschild. Und jetzt ist sie Ziel der chinesischen Regierung geworden.

Auf WeChat (dem chinesischen Facebook) wird ihr Konto gesperrt. Seit Anfang Juni wurden keine Streikbilder mehr auf Twitter hochgeladen. Sie retweetet nur noch sporadisch Beiträge. Ist Howey verschwunden? Alles deutet auf eine Unterdrückung durch die Regierung hin. Ihr Klimakreuzzug scheint beendet.

Es ist Freitag, 21.57 Uhr, Schweizer Ortszeit. Auf meinem Smartphone erscheint eine private Twitter-Nachricht. Die Absenderin schreibt mir als Antwort auf meine Anfrage, dass sie zu jung sei, um als «Mrs. Howey Ou» angesprochen zu werden. Sie ist bereit, ein Telefoninterview zu führen. Sie schlägt Samstagnachmittag vor und dass wir die App «Signal» verwenden. «Vielleicht ist es sicherer.»

Hi Ou, wie geht es dir?

Gut.

Wo bist du jetzt gerade? Streikst du vor dem Regierungsgebäude?

Nein. Ich spaziere draussen in der Nähe meines Wohnorts. Hast du meine Beiträge auf Twitter gesehen?

Ja.

Ich musste meinen Streik letzten Freitag abbrechen. Die Polizei hat mir den Streik vor dem Regierungsgebäude verboten.

Die Aktion war also nicht erlaubt?

Ja. Ich habe die Demonstrationen ohne Erlaubnis durchgeführt. In China ist das illegal. Solange ich keine Bewilligung habe, werde ich nun Materialien für das Forum



«Als die Polizei mit mir gesprochen hatte, wurden meine Eltern wütend»: Ou in Guilin.

zusammenstellen, das vom 14. bis 16. Juni in Guilin stattfindet. Ich versuche immer noch, Zugang zur Veranstaltung zu erhalten.

Worum geht es bei diesem Forum?

Es geht um das Klima, ja. Der chinesische Umweltbeauftragte und auch einige chinesische Politiker werden daran teilnehmen.

Wirst du eine Rede wie Greta halten dürfen?

Ich bin nicht sicher. Ich habe noch keinen Zugang erhalten. Im Moment versuche ich nur, an dem Treffen teilzunehmen, um mit ihnen zu sprechen und ihnen meine Geschichte zu erzählen.

Dein Streik wurde verboten. Ist das der Grund, warum du keine Bilder mehr postest?

Ja. Das ist so.

Gehst du wieder in die Schule?

Ja.

Was sagen deine Klassenkameraden, wenn sie dich sehen?

Sie sind an dieser Sache in gewisser Hinsicht interessiert. Aber sie können es trotzdem nicht verstehen. Ich denke, das liegt daran, dass ihnen die Bildung im Bereich Umwelt fehlt. Und es fehlt ihnen an Mut. Sie denken immer noch, dass ich aufhören und wieder normal zur Schule gehen sollte.

Warum findest du es wichtig, für das Klima zu kämpfen?

Letztes Jahr, im Juni 2018, hatte ich eine einschneidendes Erlebnis, als ich die Zeitschrift *National Geographic* las. Im Heft ging es um die Verschmutzung der Natur durch Plastik. Ich habe das Heft immer und immer wieder durchgelesen. Seitdem fordere ich alle dazu auf, den Einsatz von Plastik zu reduzieren. Aus diesem Erlebnis heraus verstärkte sich mein Interesse an Umweltfragen. Mein Mitgefühl für das Leiden von Tieren und Umwelt wurde intensiv. Ungefähr ein halbes Jahr lang konnte ich nicht mehr normal leben und lernen.

Wurdest du in der Schule in Klimafragen unterrichtet?

In Geografie wurde das Klima ein wenig behandelt, es waren ein paar Seiten, mit wenig Details. Greta sagte, sie habe bereits mit acht Jahren gewusst, dass die Klimakrise existiere, und sie hat es auch im Schulunterricht erfahren. Ich musste alles selber lernen. Ich habe einige Bücher darüber gelesen, mit denen ich mein Wissen vertiefe. Aber eigentlich kenne ich erst seit letztem Dezember die Wahrheit über die Klimakrise.

Du hast Greta erwähnt. War sie es, die dich ermunterte, auf die Strasse zu gehen und für das Klima zu streiken?

Ja, ich habe vorher nie daran gedacht, zu demonstrieren. Es gibt einige historische Ereignisse in China, die einem das austreiben. Wir haben gelernt, dass wir die sofortige Veränderung nicht erreichen können, dass wir das nicht selbst tun können. In China wissen wir, dass wir auf andere warten, also darauf, dass die Regierung etwas tut.

Ist Twitter deine Hauptplattform, auf der du zum Streik aufrufst?

Ja, ich benutze Twitter.

Und auf Twitter bist du nicht gesperrt?

Nein.

Könntest du in China die Plattform WeChat nutzen, um für den Streik zu mobilisieren?

Ich habe es nicht versucht.

Du bist auf WeChat noch nicht blockiert worden?

Ich wurde mehrmals blockiert. Aber nicht wegen des Streiks – es war nur, weil ich zu viel «Hallo» zu jemandem gesagt habe.

Die Leute haben sich vielleicht über mich genervt.

Aber dann kannst du deinen Streik gar nicht verbreiten. Ich habe in China studiert, und meine chinesischen Freunde haben mir gesagt, dass sie von dir noch nie gehört haben.

Ja, das weiss ich.

Glaubst du, du kannst irgendwann und irgendwie jemanden erreichen?

Nein. Es sind nur meine Freunde und meine Familie.

Auf Google findet man dich aber sofort.

Das ist wegen der Journalisten unserer lokalen Medien. Sie kamen sogar vorbei, während ich am Streiken war. Die Leute hier wissen, dass chinesische Mainstream-Medien nicht über solche Dinge berichten werden.

Die Medien haben also kein Interesse an dir.

Sie wollen es vertuschen. Sie wollen nicht, dass andere davon erfahren.

Und wie reagieren die Leute, wenn sie vorbeigehen und dich streiken sehen?

Einige von ihnen beachten mich. Aber nicht viele. Ich habe an den sieben Streiktagen mit ein paar Leuten gesprochen. Einige haben mich kritisiert. Sie sagten, dass mit meinem Kopf etwas nicht stimme.

Was haben sie genau gesagt?

Sie sagten, dass man mich einer Gehirnwäsche unterzogen habe.

Sagen dir das deine Freunde auch?

Auch sie waren zuerst schockiert. Später sagten sie mir, dass mein Streik gefährlich sei und ich versuchen sollte, auf eine andere Art und Weise zu protestieren. Ich sagte, dass diese Form das Einzige ist, was ich im Moment tun könne. Sie warnten

mich, dass sich dieser Protest negativ auf meine Entwicklung und meine Familie auswirken könnte.

Wurdest du denn von chinesischen oder ausländischen Organisationen kontaktiert?

Nur von ein paar wenigen. Es gibt in China nicht so viele Umweltorganisationen wie in Europa. Fast alle sind von ihrer Ausrichtung her für mich nicht wirklich geeignet. Meine Vorstellungen stimmen nicht mit ihren überein. Sie zeigen zu wenig Aktivismus. Die meisten von ihnen machen irgendwelche Programme oder Projekte. Ich finde das ungeeignet für die Klimakrise, die wir haben.

Du wirst also von keiner Organisation oder Person unterstützt bei deinen Klimastreiks?

Es gibt nur einen losen Kontakt mit Organisationen im Ausland. Sie haben bis jetzt keine konkrete Unterstützung angeboten.

Und bei Medienanfragen erledigst du alles selbst?

Ja, vorerst mache ich alles allein.

Was halten deine Eltern von deinem Streik? Ich habe gelesen, dass dein Vater die Fotos von dir gemacht hat, als du vor dem Regierungsgebäude gestanden bist.

Mein Vater brachte mich anfänglich dorthin. Später, am sechsten Tag, ging ich allein. Auch die Fotos habe ich selbst gemacht, oder ich habe Passanten, die vorbeikamen, gefragt, ob sie mich aufnehmen könnten.

Aber was halten deine Eltern vom Streik?

Sie waren zuerst schockiert. Später stimmten sie einfach nicht mit meiner Meinung überein. Sie wollen nicht, dass ich das Risiko eingehe, zu demonstrieren. Als die Polizei mit mir gesprochen hatte, wurden sie wütend.

Auf wen waren sie wütend?

Auf mich. Weil ich streike.

Von ihnen hast du also keine Unterstützung.

Ja, sie sind komplett anderer Meinung als ich.

Wohin soll dein Klimastreik führen?

Ich verlange von der Regierung, dass sie Massnahmen zur Bewältigung der Klimakrise veranlasst – wie sie es versprochen hat.

Wie wird deine Zukunft aussehen?

Ich werde weiterhin versuchen, die Menschen in die Bewegung mit einzubeziehen. Ich denke, dafür bin ich auf der Welt.

Was erträumst du dir für später?

Ich würde gern für eine NGO oder die Uno arbeiten.

Im Klimasektor?

Für den Umwelt- oder Tierschutz.

DIE WELTWOCH

Jetzt herunterladen! Die neue Weltwoche-App

Schnellerer Download,
bessere Grafik, mehr Bilder.
Die andere Sicht, ab sofort
noch mobiler und überall
verfügbar.



Neu:
Mit Bildern
und
Illustrationen

Holen Sie sich hier die neue App:



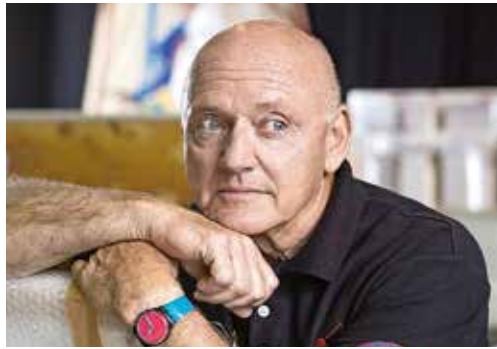
Personenkontrolle

Müller, Keller-Sutter, Sommaruga, Anrig, Papst Franziskus, Meyer, Leumann, Simon, Knie, von Allmen, Gnägi, Sing, Gerber, Courtet, Marvulli, Risi

Damian Müller, Spezialist für Rückübernahmeabkommen, hat einen Verdacht: dass der Bundesrat nicht mit den richtigen Ländern solche Verträge abschliesst. Sie sind dazu gedacht, abgewiesene Asylbewerber wieder in ihre Länder zurückzuschicken. Der Luzerner FDP-Ständerat hat nun eine Interpellation eingereicht, die in der laufenden Session behandelt wird. Müller wirft darin die Frage auf, ob das Justiz- und Polizeidepartement (EJPD) bisher die richtigen Prioritäten setzte, als es zum Beispiel mit Aserbaidschan, Kuwait und der Ukraine solche Abkommen schloss. Dies, weil Asylsuchende aus diesen Ländern in der Schweiz derzeit nicht gerade Legion sind. «Es ist ja gut möglich, dass die EJPD-Vorsteherin Karin Keller-Sutter (FDP) neue Prioritäten als ihre Vorgängerin Simonetta Sommaruga (SP) hat. Zum Beispiel mit Eritrea, wo es absolut keine Fortschritte gibt», findet Müller. Die Antwort des Bundesrates liegt bereits vor. In Kurzform: Auch unter Keller-Sutter wird es so schnell kein Rückübernahmeabkommen mit Eritrea geben. (hmo)

Daniel Anrig, Ex-Kommandant der Schweizer Garde in Rom und zuvor der Kantonspolizei Glarus, heuerte nach seiner Entlassung durch Papst Franziskus im Dezember 2014 bei der Zürcher Flughafenpolizei als Chef der Stabsabteilung an. Dort arbeitet er aber seit dem letzten Dezember nicht mehr, wie die Pressestelle der Kapo Zürich auf Anfrage bestätigte: «Daniel Anrig hat am 10. Dezember 2018 seine Kündigung eingereicht und nimmt jetzt eine Auszeit. Private Gründe haben zu diesem Schritt geführt.» Wie schon sein Abgang in Rom – die Rede war von einem konservativen Führungsstil, der Papst Franziskus nicht behagt habe, sowie einer luxuriösen Wohnung für Anrigs sechsköpfige Familie – sorgte auch die jüngste Demission für Gesprächsstoff im Korps. Dem Vernehmen nach soll Anrig zum fünften Mal Vater werden. Anrig selber mochte seine Kündigung auf Anfrage nicht kommentieren, versicherte aber, dass er bereits eine neue Stelle in Aussicht habe. (axb)

Ulrich Meyer, Spitzenrichter, lässt sich im Juristenmagazin *Lawstyle* wie folgt zitieren: «Nur ein Richter, dem es gutgeht, ist ein guter Richter.» In der Titelgeschichte samt fünfseitigem Interview mit dem gegenwärtigen SP-Bundesgerichtspräsidenten wird sorgfältig ausgespart, worüber die *Weltwoche* (Nr. 11 und 12/19) detailliert berichtet hat: Der oberste Richter des Lan-



Astreines Berndeutsch: Rolf Knie.



Verdacht: FDP-Ständerat Müller.



Job-Rotation: Daniel Anrig, Papst Franziskus.



«Totaler Blödsinn»: FDP-Politiker Gerber.



Ertragsplus: BDP-Regierungsrätin Simon.

des hat die Steuererklärung seiner Freundin frisiert. Damit deren Noch-Ehemann mehr Unterhalt zahlen muss, bestreitet die seinerzeit illegal aus Kamerun eingewanderte Ex-Prostituierte ihre Beziehung zum Bundesgerichtspräsidenten und dass sie mit Meyer unter einem Dach wohnt. Auch verhalf Bundesgerichtspräsident Meyer seiner Lebenspartnerin 2015 mutmasslich zur Steuerhinterziehung von 100 000 Franken. Doch die einzige angeblich kritische, ja «knallharte» Frage des Soft-Magazins *Lawstyle* betraf den Streitpunkt, ob der Blick in die Berge von seinem Geburtsort Interlaken oder von seinem Arbeitsort Luzern schöner sei. (mö)

Christian Leumann, Streikvermieser, meinte es wohl zu gut, als er, Rektor der Universität Bern, seinen Fakultäten empfahl, am 14. Juni keine Prüfungen anzusetzen – «zumindest ab 16 Uhr», so die Medienstelle. Aus Rücksicht auf den Frauenstreik. Die Fakultätsdekane folgten der Empfehlung «grossmehrheitlich», wie es heisst. Denn bei den Medizinern, da fänden aus «organisatorischen Gründen» Prüfungen statt; sie endeten aber um 13.20 Uhr. Pech nur, dass ge-

wisse Prüfungen um mehrere Tage vorverschoben wurden – wodurch, wie bei den Masterprüfungen in Psychologie, die Lernphase verkürzt wurde. Sogar doppelt unglücklich ist, dass Rektor Leumann den Vollzeitstudentinnen gänzlich den Streik vermiest, indem er ihnen vorsorglich freigibt. Ob sich die Studentinnen extra einen Job suchen, den sie nach allen Regeln der Kunst bestreiken können, darf bezweifelt werden. (zr)

Beatrice Simon, Berner Finanzdirektorin auf dem Absprung ins eidgenössische Parlament, kann einen Überschuss vermelden. Auf gut eine Viertelmilliarde Franken beläuft sich das Ertragsplus, das der notorisch klamme Kanton letztes Jahr erzielt hat. Das erfreuliche Ergebnis, das die BDP-Regierungsrätin jüngst verkünden konnte, wird zwar durch den Umstand getrübt, dass es massgeblich auf Sonderfaktoren wie die doppelte Gewinnausschüttung der Nationalbank zurückzuführen ist und weniger auf die eigene Leistungskraft. Dennoch sprudeln in Bern bereits die Ideen, was man mit dem Geld so alles anstellen könnte. So fordert die Linke etwa, den Lohn der Kantonsangestellten zu erhöhen

oder die Sozialhilfeleistungen auszubauen. Zur Erinnerung: Bern ist nicht nur eine Steuerhölle, sondern auch derjenige Kanton, der 2018 mit über 1,2 Milliarden Franken mit Abstand am meisten Geld aus dem Finanzausgleich, sprich vom Bund und von den ressourcenstarken Kantonen, kassierte. (fon)

Rolf Knie, Berufsberner, spielt derzeit mit seinem Zirkus-Musical in der Bundesstadt. Dies ist für ihn eine Rückkehr in die eigene Kindheit: «Rölfi» wurde am 16. August 1949 während des Tourneehalts des Circus Knie in Bern geboren – quasi direkt in die High Society hinein: Die unterstützende Hebamme war **Verena von Allmen**, die Ehefrau von Bundesrat **Rudolf Gnägi**. Auch später war Bern für Knie der Mittelpunkt. Weil der Nationalzirkus keine eigene Schule unterhielt, wohnte er zusammen mit seinem Bruder **Fredy Knie junior** während der Tournee im Schlössli Belp. Zu dieser Zeit spielte er für die Junioren der Young Boys. Sein Vater **Fredy Knie senior** wurde ein enger Freund von YB-Trainer **Albert Sing** und nahm an den Heimspielen im Wankdorf jeweils auf der Ersatzbank Platz. Damit er die Partien zu Ende schauen konnte, stellte er sogar das Zirkusprogramm um. So weit wird Rolf Knie nicht gehen. Dennoch will er seinem Geburtsort die Reverenz erweisen: «Ich verspreche, dass ich nach fünf Wochen hier astreines Berndeutsch spreche. Der Dialekt ist mir wesentlich sympathischer als Züritütsch.» (tre)

Jacques Gerber, Regierungspräsident des Kantons Jura (FDP), soll vor ein paar Wochen während einer Kommissionssitzung Mitte Mai derart in Rage geraten sein, dass er mit den Fäusten auf seinen Ratskollegen und Vizepräsidenten **Martial Courtet** (CVP) losgegangen sei. So will es zumindest ein Gerücht, das in Pruntrut hartnäckig die Runde macht. Auf Anfrage winkt Gerber ab: «Ich habe das auch schon gehört, aber das ist totaler Blödsinn, nichts ist daran wahr.» Gerber hat für seine Unschuld auch ein absolut schlagendes Argument bereit: «Stellen Sie sich doch vor – Martial war in jungen Jahren Boxer, ich würde doch nie auf ihn losgehen.» (axb)

Franco Marvulli, Ewigrenner, gewann an der Seite von **Bruno Risi** im Jahr 2004 auf dem Fahrrad die Olympia-Silbermedaille. Am vergangenen Wochenende stellte sich der heute 40-Jährige der ultimativen Herausforderung an jeden Hobbyläufer: dem legendären 100-Kilometer-Lauf von Biel. «Ich würde keinen Franken auf mich wetten», sagte er vor dem Start. Man hätte es trotzdem tun dürfen: Der Ex-Radprofi erreichte das Ziel nach 13:03:30 h. Nun besitzt er eine neue Vorstellung der Ewigkeit: «Vor allem die letzten 30 Kilometer scheinen nie aufzuhören.» Um sich die Langeweile zu vertreiben, habe er an Menschen gedacht, die ihm viel bedeuten. Sein Fazit im Ziel war dann aber frei von Romantik: «Das mach ich nie mehr.» (tre)

Nachruf



Virtuos rollend: Musiker Dr. John.

Malcolm John «Mac» Rebennack, Jr (1941–2019) — Der Mann war im tiefsten Innern seines Wesens ein Kuppler. Mit leichter Hand liess er den Schmelz einer eleganten Duke-Ellington-Nummer nonchalant im süsslichen Duft eines New-Orleans-Puffs erblühen; wie ein Magier aus anderen Welten zauberte er eine betörende psychedelische Wolke über die rumpelnden Akkorde der heftig schaukelnden «Wiege des Jazz»; er tauchte ruppige Hardrock-Licks bedenkenlos in farbenfroh dampfenden kreolischen Mystizismus – doch bei all den Variationen, die er zusam-

men mischte, blieb er stets identifizierbar: Dr. John, The Night Tripper. Natürlich war es seine Stimme. Natürlich war es das virtuos rollende Poltern seines Klavierspiels. Zusammen hörte sich das bisweilen an, als hätte man ein riesiges Stück Fleisch in siedendes Öl geworfen. Nein – vegan war seine Musik keineswegs. Mit der zarten Verästelung der Folkmusik hatte er nichts am Hut. Mac Rebennacks Heimat war zunächst der Rock 'n' Roll, einer seiner engsten Kumpane etwa war der begnadete Doc Pomus («Save The Last Dance For Me»), mit dem er mehrere Songs schrieb. Sein Instrument war die Gitarre, die er besessen spielte, bis er Anfang der sechziger Jahre in eine heftige Auseinandersetzung geriet. Ein eifersüchtiger Klubbesitzer schoss ihm in den Finger, sodass Rebennack schliesslich das Instrument wechseln musste, und – nach einem Gefängnisaufenthalt in Sachen Kokain – auch die Identität: «The Night Tripper» war geboren, Mac wurde zu «Dr. John» (Hommage an einen legendären Armeniarzt in New Orleans) und sein Instrument wurde fortan das Klavier. Er spielte mit den Stones, Ringo Starr, mit Rickie Lee Jones und auch mit Dan Auerbach von den Black Keys, mit dem er einen von sechs Grammys gewann. Keine Richtung war ihm fremd, denn, so Rebennack in seinen Erinnerungen, «nothing is purely itself but becomes part of one funky gumbo». Dr. John starb am 6. Juni im Alter von 77 Jahren durch einen Herzinfarkt an einem unbekanntem Ort.

Thomas Würdehoff

DIE WELTWOCHEN

Die Weltwoche im «Taschenformat».

Sie brauchen auch unterwegs nicht auf die *Weltwoche* zu verzichten. Mit dem schnellen Download haben Sie jede Ausgabe seit 2013 im Nu zur Verfügung. Ideal als Ergänzung zur gedruckten Ausgabe.





Der freie Personenverkehr gilt also als Schönwetterzenario – bis vor Tagen ein Blitz einschlug.

Migration

Wie viel Zuwanderung verträgt die Schweiz?

Die hiesige Bevölkerung ist seit gut zehn Jahren durch Zuwanderung um etwa ein Prozent pro Jahr gewachsen. Den Managern und Verbänden gefällt das. Aber ein solcher Zustrom untergräbt die direkte Demokratie und die Gemeindeautonomie. *Von Beat Gygi*

Im Stau stecken bleiben – das ist mehr und mehr die neue Art des Vorankommens auf den wichtigen Schweizer Strassen. Die jüngsten verfügbaren Daten des Bundesamts für Strassen (Astra) weisen für 2017 landesweit gut 25 800 Staukosten aus. Bezogen auf 2015 werden die Staukosten – bei Kostensätzen von gut vierzig Franken pro Fahrzeugstunde – auf 1,9 Milliarden Franken veranschlagt. Mit jährlichen Wachstumsraten in der Nähe von 7 Prozent stellen die Verkehrsstaus die Kostensteigerungen im Gesundheitswesen in den Schatten. Wäre das Wort nicht so skurril, könnte man von einer Stauexplosion sprechen.

In der Schweiz von heute verliert man viel mehr Zeit als zehn Jahre zuvor, als die Stauzeit mit 10 300 Stunden nicht einmal halb so hoch gewesen war. In dieser Periode sind per saldo mehr als 800 000 Personen aus dem Ausland in die Schweiz gezogen. Nimmt man die knapp 55 000 Zuwanderer von 2018 dazu, hat das Land heute etwa 960 000 oder gut 12 Prozent mehr

Einwohner als vor der Finanzkrise im Jahr 2007. Alle brachten ihre Raumansprüche, Autos und CO₂-Emissionen mit.

Schönwetterzenario

Die Politik sucht nach Abhilfe, der Staat soll in zusätzliche Kapazitäten investieren. Vorige Woche stritten Nationalrat und Ständerat in Bern um gut acht Milliarden Franken, die in den Ausbau des Autobahnnetzes 2020 bis 2023 gesteckt werden sollen. Klar ist aber: Die Staatsausgaben steigen – und die privaten Kosten verpasster Arbeits- oder Freizeit sowie der persönliche Ärger sind dabei nicht mitgerechnet. Diese Beeinträchtigungen werden in der ganzen politischen und wirtschaftspolitischen Diskussion über Bevölkerungs- und Wirtschaftswachstum systematisch ausgeblendet, denn solche Begleiterscheinungen würden deutlich machen, welche Kosten die freie Zuwanderung in die Schweiz mit sich bringen kann.

Die Überbeanspruchung der Verkehrseinrichtungen ist nur eine von vielen Nebenwirkungen der völlig offenen Grenzen, der Personenfreizügigkeit mit den EU-/Efta-Staaten. Auch Kindergärten, Horte, Schulen, Spitäler, Betreuungseinrichtungen, der öffentliche Raum, Versorgungsbetriebe und Entsorgungsanlagen sind einer wachsenden Nutzungsnachfrage ausgesetzt – und natürlich auch der Raum zum Wohnen und allenfalls die Arbeitsstelle, wo man es am direktesten zu spüren bekommt, wenn konkurrierende Ansprüche von aussen auf das treffen, was man bisher für sich alleine hatte.

«Falsch!», tönt es vom Staatssekretariat für Wirtschaft, von demjenigen für Migration, des Weiteren von Economiesuisse, Arbeitgeberverband, dem Maschinenbauerverband Swissmem, zahllosen Konzernmanagern, von den Gewerkschaften und den Ökonomen mehrerer Hochschulinstitute, unterstützt von den politischen Mitte- und Linksparteien. Das sei die fal-

sche Sichtweise, denn die Zuwanderung ausländischer Personen erfolge ja immer in Verbindung mit einer Anstellung in der Schweiz. Damit werde alles abgegolten. Aus dem Lohn für diese Stellen würden ja Steuern und Abgaben bezahlt, die für all das eingesetzt würden, was wegen der Zuwanderung in der Schweiz an zusätzlicher Infrastruktur nötig sei, und die auch ausreichen.

Von schädlichen Nebenwirkungen will man nichts hören, weil sonst die mit der EU vereinbarte Personenfreizügigkeit und damit das einfache und günstige Rekrutieren von Arbeitskräften im europäischen Ausland gefährdet würde. Man klagt sogar über einen Fachkräftemangel, gegen den nur offene Grenzen halfen – allerdings mit flankierenden Massnahmen zum Schutz der Löhne gegen ausländische Konkurrenz. Was stimmt nun? Im Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) soll das sogenannte Observatorium für das Freizügigkeitsabkommen Schweiz–EU «periodisch die wissenschaftlichen Arbeiten oder die von den verschiedenen betroffenen Ämtern durchgeführten Analysen zusammenfassen und auf dieser Grundlage die Probleme identifizieren, die durch den freien Personenverkehr entstehen können».

Die jährlichen Berichte zeichnen bisher immer ein vorteilhaftes Bild vom Wachstum durch Zuwanderung: Der Druck auf die inländischen Löhne sei gering, denn es sei eher so, dass ausländische Arbeitskräfte die hiesigen ergänzen und nicht konkurrieren würden. Laut Studien der Universität St. Gallen und der Konjunkturstelle (KOF) der ETH Zürich von 2018 gelangen die Einwanderer problemlos in den Arbeitsmarkt, halten sich da auch einkommensmässig gut und bedeuten für die Schweizer keine Lohnkonkurrenz. Zu beobachten seien eher Verschiebungen in dem Sinne, dass Schweizer Beschäftigte tendenziell in etwas besser bezahlte Gebiete wechselten, besonders oft ins Gesundheitswesen, und die freiwerdenden Jobs an Zuwanderer gingen.

Der freie Personenverkehr gilt also als Schönwetterzenario – bis vor Tagen ein Blitz einschlug: «Personenfreizügigkeit plötzlich nicht mehr wichtig», titelte der *Blick*. Das Seco habe bei der Kampagne von Justizministerin Karin Keller-Sutter gegen die Begrenzungsinitiative der SVP zur Kontrolle der Einwanderung plötzlich den Einwand geäussert, die Personenfreizügigkeit sei nicht so unverzichtbar wie bisher immer beteuert. Das Seco entgegnete sogleich über Twitter, die Meldung basiere «auf einem alten vertraulichen Dokument, das den Sachverhalt falsch» darstelle. Das vertrauliche Dokument sei nach mehreren Interventionen des Seco und des Departements Parmelin korrigiert worden. «Das Seco hat die Meinung nicht geändert», hiess es.

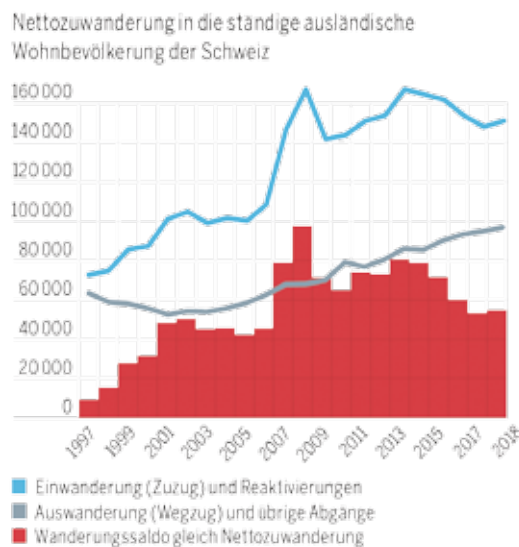
Der Blitz kann dennoch ein Unwetter anzeigen. Den wachsenden Anforderungen an Infrastruktur und öffentliche Einrichtungen können Gesellschaft und Staat nach Einschätzung

von Reiner Eichenberger, Ökonomieprofessor an der Universität Freiburg, nur dann einermassen problemlos gerecht werden, wenn das Bevölkerungswachstum nicht zu hastig erfolgt und wenn es keine negativen Nebenwirkungen gibt. Seiner Ansicht nach gelten beim Staatsaufwand pro Kopf nicht grundsätzlich unterschiedliche Massstäbe für grosse und kleine Staaten, öffentliche Investitionen sollten also durchaus effizient «hochgefahren» werden können – ausser die Bevölkerung wachse zu schnell. «Bei sehr raschem Wachstum liegen viele Projekte nicht mehr im normalen Investitionszyklus, da braucht es Sonderausgaben beispielsweise zum Ausbauen von Spitälern, die teuer werden können», meint Eichenberger.

Auf Kosten von Grünflächen

Wie kann ein solches Wachstum überschiesse? Die Zuwanderung ist doch an Arbeitsverträge in der Schweiz geknüpft, und irgendwann sind die offenen Stellen doch besetzt. «Genau das ist ein verbreitetes Missverständnis», sagt Eichenberger und fügt an: «Solange Personenfreizügigkeit mit völlig offenen Grenzen herrscht, wachsen Stellenangebot und Zuwanderung im Gleichschritt, sie treiben einander gegenseitig an. Es kommen neue Unternehmen ins Land, weil die Standortbedingungen der Schweiz erstklassig sind und sie hier völlig frei sind, Leute aus dem Ausland anzustellen.» Bildlich gesehen, wäre die

Anhaltender Zustrom



Konkurrierende Ansprüche.

Schweiz in einem Chemielabor wahrscheinlich so etwas wie eine Schale mit Nährlösung, in der sich Unternehmen samt Arbeitsplätzen unter optimalen Bedingungen entwickeln und vermehren können, ganz im Stil einer Bakterienkolonie. Solche Kulturen wachsen lange Zeit ungehemmt – bis die Schale plötzlich voll ist oder bis Stoffwechsellasscheidungen wie ein Gift wirken und die Entwicklung zu stören beginnen.

Wie kann die Kultur in dieser Labor-Analogie an den Rand der Schale stossen? In der Realität sieht es so aus, dass in der Schweiz nur ein bestimmter Vorrat an Bauland verfügbar ist, der sich durch zusätzliches Einzonieren etwas ausdehnen lässt, dies jedoch auf Kosten von Grünflächen und oft verbunden mit politischen Konflikten. Verdichtete Bauweise ist ein weiterer Versuch, Grenzen auszudehnen, aber auch hier erfahren die Einwohner die Einschränkung des Freiraums bald am eigenen Leib. Laut neuen Statistiken ist die jahrzehntelange Ausdehnung der Wohnfläche pro Kopf vor etwa zehn Jahren zum Stillstand gekommen. Seither spüren viele Bewohner der Schweiz die Konkurrenz der Zuwanderer daran, dass es in ihren eigenen vier Wänden enger werden kann. Vor allem merken sie auch, dass Wohnungen teurer werden. Auch den Parkplatz will der zugezogene Nachbar plötzlich – und nichts ist in rotgrünen Städten wie Zürich oder Bern so unvermehrbare wie Parkplätze.

Auch in der Luft gibt es Knappheiten, die politisch konstruiert sind und als Kosten spürbar werden. Mit dem Pariser Klima-Abkommen hat sich die Schweiz verpflichtet, die CO₂-Emissionen bis 2020 um 20 Prozent unter das Niveau von 1990 zu senken, bis 2030 um 50 Prozent. Gemessen wird nicht pro Kopf, sondern pro Land. Das ist brisant: Heute hat die Schweiz einen Viertel mehr Einwohner als 1990 und damit eine Zusatz-Reduktionspflicht. Die Zuwanderung ist dem Pariser Abkommen sozusagen egal. Die Preisetikette ist bekannt: Die offizielle Lenkungsabgabe auf Brennstoffen beträgt 96 Franken pro Tonne CO₂, bei den Vermeidungskosten plädiert der Bund eigentlich für den doppelt so hohen Betrag. Gemessen am durchschnittlichen Schweizer Ausstoss von 4,5 Tonnen CO₂ pro Person und Jahr, ergibt dies Treibhausgaskosten je nach Variante von rund 500 bis 1000 Franken pro Einwanderer. 80 000 Personen können also jährlich wiederkehrende Zusatzkosten von gegen 80 Millionen Franken verursachen, und, bezogen auf die seit den 1990er Jahren zugezogene ständige ausländische Bevölkerung, dürfte die jährliche Zusatzbelastung bei rund einer Milliarde Franken liegen, die grösstenteils von den Ansässigen zu tragen ist. Dieser Aspekt, so Eichenberger, wurde bisher von der Politik ignoriert.

Viel prominenter ist dagegen das Argument, Zuwanderer seien ein Gewinn für die Sozialsysteme, weil sie als Erwerbstätige höhere Beiträge etwa in die Kassen einzahlen als daraus Leistungen beziehen würden. Das ist kurzfristig gedacht. Laut Eidgenössischer Finanzverwaltung bringen Zuwanderer anfangs einen monatlichen «Gewinn» von rund 700 Franken pro Person, langfristig wird daraus aber ein monatlicher Verlust von rund 400 Franken, wenn sie zu Bezüglern werden. Bei der AHV werden oft nur die Einzahlungszeiten der Zuwanderer angeschaut. Berücksichtigt man aber auch die

künftigen Rentenansprüche, steht heute die AHV laut Berechnungen der UBS mit einem Schuldenberg von fast einer Billion Franken da.

Dass die Bürger den freien Personenverkehr skeptisch sehen, ist schon lange zu beobachten. Das Sorgenbarometer der Credit Suisse zeigte in den Jahren 2011 bis 2016 durchgehend das Thema Ausländer/Zuwanderung als Hauptsorge der Bevölkerung, bis jüngst die Altersvorsorge in den Vordergrund kam. Lukas Golder, Co-Leiter des zuständigen Meinungsforschungsinstituts gfs Bern, weist darauf hin, dass Migration/Zuwanderung weniger durch Medien gepusht würden, sondern unterschwellig ins Bewusstsein der Menschen gelangten. Konkurrenz am Arbeitsplatz durch Ausländer oder freier Personenverkehr würden eher im kleineren Kreis besprochen – im Gegensatz zu den medial stark beachteten Asylthemen.

«Wir wollen ein Dorf bleiben»

Wie erleben die Bürger das Bevölkerungswachstum und die Zuwanderung konkret im lokalen Alltag? Christoph Niederberger, Direktor des schweizerischen Gemeindeverbandes, nennt an erster Stelle den Verkehr und die bauliche Entwicklung in der Gemeinde, sodann auch die Entwicklung der Anzahl Kinder und Jugendlicher an den Schulen. «Neben objektiven Faktoren gibt es weichere wie die Entwicklung des Dorflebens, der Vereinstätigkeit oder der politischen Partizipation», ergänzt Niederberger. «Zuwanderung zeigt nicht in den Bundesstuben, sondern in der Gemeinde ihr tatsächliches Gesicht.» Dazu gehört etwa, dass die letzte Migrationswelle in den Gemeindebudgets «heute erst richtig ankommt», nachdem der Bund nach fünfjähriger Finanzierung die Last nach unten abgibt – und das Problem als gelöst betrachte.

Als Massnahmen gegen allzu starkes Wachstum verweist Niederberger erstens auf Baustopp-Initiativen zum Beispiel in Bassersdorf und zweitens auf «Wir-wollen-ein-Dorf-bleiben»-Initiativen, die mit dem Zuwanderungsdruck zusammenhängen, etwa in Emmen. Reiner Eichenberger sieht auf Gemeindeebene eine Gefährdung der direkten Demokratie durch eine starke Zuwanderung. Vielerorts müsse man übergehen zu einem Gemeindeparlament, was mehr politisches Personal erfordere. Wenn aber in der Altersgruppe der 30- bis 35-Jährigen mittlerweile über 40 Prozent Ausländer seien, vielerorts über die Hälfte, dann werde es personell eng. Zudem führe es zu absurden Verhältnissen und Spannungen, wenn fast die Hälfte der Einwohner Steuern bezahle, ohne über politische Rechte zu verfügen. Niederberger betont, dass bereits viele Gemeinden eine Beteiligung der ausländischen Bevölkerung am gesellschaftlichen und politischen Gemeindeleben förderten. Letztlich gehe es aber um eine grundsätzlich politische Frage, die nicht nur die Gemeinden alleine entscheiden könnten: nämlich um das Ausländerstimmrecht.

Politik

Schweiz ächzt unter Asylrekordjahr

Im Jahr 2015 wurden hierzulande über 39 000 Asylgesuche gestellt. Jetzt liegt die Bilanz vor: Beinahe 28 000 Personen durften bleiben. Das Dublin-System versagt. Die Kosten explodieren. Von Philipp Gut

Der Ansturm ist einmalig in der jüngeren Geschichte dieses Landes. 39 523 Personen suchten 2015 in der Schweiz um Asyl nach. Das waren über 63 Prozent mehr als im Jahr zuvor. Trotzdem beschwichtigte damals das Staatssekretariat für Migration (SEM): «Im Vergleich zu Gesamteuropa verlief der Anstieg der Asylgesuche in der Schweiz moderat.» Es war das Jahr der «Willkommenskultur», als die deutsche Kanzlerin Angela Merkel die Grenzen öffnete, das Schengen-Dublin-System ausser Kraft gesetzt wurde und rund 1,4 Millionen Menschen mehr oder weniger unkontrolliert vor allem aus dem Nahen und Mittleren Osten sowie aus Afrika nach Europa strömten.

Nun ist die Zahl gestellter Asylbegehren nicht identisch mit der Anzahl derer, die schliesslich bleiben können. Die Frage stellt sich also, was statistisch aus den 39 523 Gesuchstellern geworden ist. Jetzt liegen erstmals – ausgelöst durch eine Interpellation der Zürcher Nationalrätin Barbara Steinemann (SVP) – genaue Zahlen vor. In seiner Antwort schreibt der Bundesrat: «Am 31. Dezember 2018 waren 27 712 Personen statistisch erfasst, deren Anwesenheitsrecht in der Schweiz sich auf die Gruppe der 39 523 Asylgesuche des Jahres 2015 zurückführen lässt.» Das ist, entgegen der irreführenden Rede von einem moderaten Anstieg, eine ungeheuer hohe Zahl. Sie entspricht einer Bleibequote von rund 70 Prozent. Wie erklärt sich das?

Der Bundesrat liefert weitere interessante Daten, die Aufschlüsse über das Funktionieren oder eher Nichtfunktionieren des Asylsystems geben. Asyl wurde – Stand Ende 2018 – 8050 Personen gewährt. Das entspricht gut einem Fünftel der im Jahr 2015 gestellten Anträge. Doch dabei blieb es nicht. Deutlich mehr Personen, nämlich 12 263, erhielten den Status einer vorläufigen Aufnahme. Eine solche wird dann gewährt, wenn eine Rückführung in die Heimat trotz negativem Asylbescheid unzulässig, unzumutbar oder undurchführbar ist. In der Praxis bedeutet eine vorläufige Aufnahme meist ein Bleiberecht für immer.

Einblicke in den real existierenden Asylbetrieb gewähren auch die folgenden Zahlen: In 19 196 Fällen wurde ein negativer Entscheid oder ein Nichteintretensentscheid mit Wegweisung verfügt, oder das Gesuch wurde formlos abgeschrieben. Sind diese Personen folglich alle abgereist? Nein. 7555 – fast so viele, wie Asyl erhielten – reichten eine Beschwerde

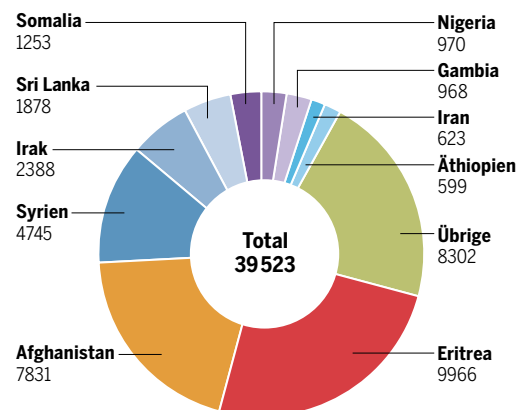
ein. Viele Verfahren sind deshalb auch dreieinhalb Jahre später noch immer nicht abgeschlossen. Von den über 19 000 Abgewiesenen reisten lediglich 2253 selbständig aus, wie der Bundesrat mitteilt. Zwangsweise zurückgeführt wurden 362 Personen. Wie viele untergetaucht sind, lässt sich nicht ermitteln.

Irritierende Fakten

Fast noch irritierender sind die Fakten zu den Dublin-Fällen. Auf 8927 Asylgesuche aus dem Jahr 2015 gingen die Behörden nicht ein, weil die Gesuchsteller bereits zuvor in einem anderen europäischen Land erfasst worden waren. Gemäss dem Dublin-Abkommen ist jener

Asylgesuche

2015, wichtigste Nationen



QUELLE: SEM-ASYLSTATISTIK, 4. QUARTAL 2015

Enorme Folgekosten.

Staat für das Asylprozedere verantwortlich, in dem die Immigranten anlanden. Laut Vertrag hätten die Erstaufnahmeländer also alle 8927 Fälle zurücknehmen müssen. Die Realität ist eine andere: Bloss 1916 von ihnen konnten nach Bundesratsangaben an den Staat überstellt werden, «der für die Prüfung des Asylgesuchs zuständig ist». Dazu schreibt die Regierung lapidar: «Für weitere 6394 Personen wurde von der Schweiz ein Dublin-Übernahmegesuch gestellt, das von den angefragten Staaten jedoch abgelehnt wurde.» Im Klartext: Weil sich Dublin-Mitglieder wie Italien um den Vertrag foutingten, sahen sich die Bundesbehörden gezwungen, für diese 6394 Personen das Asylverfahren durchzuführen. Ende 2018 befanden sich immer noch 5358 von ihnen in der Schweiz.

Seltsam mutet zudem die Tatsache an, dass Asylbewerber, die aufgrund der Dublin-



Es war das Jahr der «Willkommenskultur».

Regeln einen Nichteintretensentscheid erhielten, gegen diesen erfolgreich beim Bundesverwaltungsgericht rekurrieren konnten. Obwohl ein Verstoß gegen das europäische Abkommen vorlag, zwangen die Asylrichter den Bund dazu, ein nationales Verfahren durchzuführen. Dies geschah in 63 Fällen, wie der Bundesrat berichtet.

2235 Geburten

Die Gesamtbilanz ist erst vollständig, wenn man auch die Familiennachzüge und Geburten berücksichtigt. Auch in diesem Bereich sind die Zahlen eindrücklich. «Bei Asylsuchenden, die im Jahr 2015 ein Gesuch eingereicht haben, kam es bis zum Stichtatum zu 1550 Familiennachzügen gemäss Art. 51 Asylgesetz (Familienasyl)», so der Bundesrat. Zudem wurden bis Ende 2018 bereits 2235 Geburten registriert.

Dies alles verursacht enorme finanzielle und gesellschaftliche Folgekosten. Eine erste Überschlagsrechnung ist schnell gemacht. Pro Person entrichtet der Bund eine Integrationspauschale von 18 000 Franken. Bei den 27 712 Personen aus dem Jahr 2015, die ein Bleiberecht erhalten haben, ergibt das einen Betrag von 498 816 000 Franken, also knapp eine halbe Milliarde. Geht man von der Annahme aus, dass die meisten von ihnen den Weg auf den Arbeitsmarkt (noch) nicht gefunden haben, kommt nochmals ungefähr eine halbe Milliarde Franken an Sozialhilfeleistungen dazu. Für anerkannte Flüchtlinge zahlt der Bund fünf, für vorläufig Aufgenommene sieben Jahre lang. Zusammengerechnet entstehen so jedes Jahr Ausgaben von gegen eine Milliarde Franken.

Diese Dimensionen vermitteln eine erste Vorstellung davon, welche Kosten künftig

auf die Gemeinden zukommen werden. Denn nach Ablauf der Bundessubventionierung müssen sie dafür aufkommen. Einen Vorgeschmack darauf liefert die Staatsrechnung des Kantons Zürich. Sie zeigt, dass die Anzahl der fürsorgeabhängigen Asylsuchenden 2015 noch bei 2263 lag, ein Jahr später aber – die Willkommenskultur lässt grüssen – sprunghaft auf 4700 angestiegen war. Das ist mehr als eine Verdoppelung.

Die Kosten für Asylaufgaben stiegen ebenfalls um mehr als 100 Prozent, von 42,3 auf 86,2 Millionen Franken. Im Kanton Bern lag die Sozialhilfequote im Asylbereich gemäss Regierungsrat im Jahr 2015 bei 97,1 Prozent. In anderen Kantonen sieht es nicht viel besser aus. Wie stark die Zahl der fürsorgeabhängigen Flüchtlinge gestiegen ist, illustriert das Beispiel des Kantons Basel-Stadt. Im Jahr 2010 waren es 633, 2016 schon 1487 Personen. Der Aufwand für den Kanton verdreifachte sich in dieser Zeit.

«Nicht alphabetisiert, schulungsgewohnt»

Das Problem für die Gemeinden ist nicht nur, dass die Laufzeiten der Bundessubventionen beschränkt sind. Die Integrations- und Sozialpauschalen, die in den ersten Jahren aus Bern überwiesen werden, decken längst nicht alle realen Kosten ab. Insbesondere der wachsende Aufwand für die Sozialhilfe belastet die Gemeinden und damit die Steuerzahler massiv. Zu den Grundaussgaben kommen je nach Fall Kosten für Zahnarzt, Betreuung, Krippe, Fremdplatzierung, Schule und so weiter hinzu. Im Trend liegt die «sozialpädagogische Familienbegleitung». Sie wird dann angeordnet, wenn Flüchtlingseltern nicht fähig oder nicht willens sind, eine angemessene Erzie-

hung ihrer Kinder zu garantieren oder den Haushalt ordentlich zu führen.

Das ist rasch extrem teuer. Spezialisierte Sozialunternehmen verlangen einen Stundentarif von 135 Franken, nach 20 Uhr und am Wochenende sogar 145 Franken oder mehr. Wird eine Familie sechs Stunden pro Woche sozialpädagogisch begleitet, kostet das im Jahr inklusive Wegpauschale, Zwischen- und Schlussberichten über 50 000 Franken. Da die meisten Eritreer, Afghanen oder Syrer – das sind die Nationen, die mit Abstand den grössten Anteil der Asylbewerber von 2015 stellen – keine oder nur sehr geringe Deutschkenntnisse aufweisen, fallen zusätzlich Kosten für Sprachkurse an. In vielen Fällen sind sogar Alphabetisierungskurse nötig, da die Flüchtlinge auch in ihrer Muttersprache nicht lesen und schreiben können.

Die Asylorganisation Zürich bietet solche Kurse für 1375 Franken im Monat an. Statistische Erhebungen über den Alphabetisierungsgrad der Flüchtlinge liegen keine vor. Stichproben der Gemeinden zeigen aber, dass es sich beim Analphabetismus um ein verbreitetes Phänomen handelt. Die Bemerkung «nicht alphabetisiert, schulungsgewohnt» findet sich häufig in den Dossiers. Für solch schwierige Fälle empfehlen die Sozialbehörden gerne «eine Integration über ein Arbeitsprogramm mit enger Begleitung». Auch dies ist mit erheblichen Kostenfolgen verbunden. Dabei weicht die Selbsteinschätzung der Betroffenen bezüglich ihrer Fähigkeiten und Chancen oft erheblich von den tatsächlichen Verhältnissen ab. Ein Analphabet aus Syrien gab an, er könne zwar nicht so gut lesen und schreiben, dafür aber umso besser reden. Die Sprache des Aufnahmelandes konnte damit nicht gemeint sein. «Keine Deutschkenntnisse», heisst es in seiner Akte.

Griff in den Giftschränk

Von Roman Zeller — Philosoph Dieter Schönecker hat es gewagt, den AfD-Vordenker Marc Jongen und den Bestsellerautor Thilo Sarrazin zu Diskussionen über die Redefreiheit einzuladen. Die Vorträge fanden statt, doch der Widerstand war immens. Dürfen konservative Denker noch frei reden?

So etwas hatte es an der Universität Siegen, ja vielleicht in ganz Deutschland noch nie gegeben: Die wohl verfemtesten Figuren der Gegenwart werden in ein Seminar eingeladen. Unter dem Titel «Denken und denken lassen» sollten Marc Jongen von der AfD und das SPD-Mitglied Thilo Sarrazin Vorträge über die Meinungsfreiheit, und nur darüber, halten und mit Professoren und Studenten diskutieren. Ein neuartiger Sturm der Entrüstung und Intoleranz fegte über Deutschland hinweg. Die Vortragsreihen fanden statt, doch der Widerstand war immens. Hundert Polizisten gewährleisteten die freie Rede.

Verantwortlich für die toxischen Veranstaltungen war Dieter Schönecker, 54, seit dreizehn Jahren Professor für Praktische Philosophie in Siegen. Er erinnert sich, dass er bereits im März 2018 die Universitätsleitung über die kontroversen Gastredner informiert habe. Der Dekan habe vorerst nur Bedenken geäußert, ehe er im Oktober mit dem Rektor zusammen sämtliche Mittel für Honorare und Spesen ersatzlos gestrichen habe – wegen einer «politischen Botschaft». Schönecker rebellierte. Ein Hin und Her zwischen ihm und der Universitätsleitung folgte. Der



Bestsellerautor Sarrazin.

«Knatsch» wurde öffentlich, und Schönecker wurde heftig kritisiert, als Rechter und AfD-Propagandist abgestempelt; sogar mit dem Tod sei ihm gedroht worden, sagt er. Plötzlich debattierte ganz Deutschland über die Meinungsfreiheit und die Frage: «Dürfen rechtskonservative Denker frei reden?»

Herr Professor Schönecker, Hand aufs Herz – was haben Sie sich dabei gedacht, als Sie Jongen und Sarrazin eingeladen haben?

Eigentlich sollte es eine normale wissenschaftliche Veranstaltung werden. Gewiss, ich wollte auch eine Debatte über Meinungsfreiheit auslösen. Es waren aber, wohlgemerkt, nicht nur die beiden, sondern auch drei weitere Personen aus dem



«Unwille des Zuhörens»: Professor Schönecker.

rechten und sechzehn aus dem linken Lager eingeladen.

Aber Sie wollten provozieren?

Natürlich wollte ich Leute einladen, die eine gewisse Prominenz haben. Ich habe aber nichts ohne Sinn und Verstand getan. Jongen ist nebst seiner Rolle als AfD-Politiker auch promovierter Philosoph. Sarrazin habe ich eingeladen, weil er vor neun Jahren mit seinem Buch «Deutschland schafft sich ab» Gegenstand einer Debatte über die Meinungsfreiheit war ...

... und mit «Feindliche Übernahme» 2018 nachdoppelte.

Ja, klar. Aber die Bücher sind konservativ, liberal und sogar noch sozialdemokratisch – Sarrazin ist ja Sozialdemokrat. Trotzdem ist er eine noch zentralere Hassfigur als Jon-

«Wir tendieren zu viel zu engen Definitionen von Nationalismus, Faschismus und Rassismus.»

gen. Er steht ständig unter Polizeischutz. Er kam hierhin mit fünf Bodyguards. Das ist sein Alltag. Das ist ein extremer Druck und ein Beispiel dafür, dass die Meinungsfreiheit vielfältig eingeschränkt werden kann. Was er aber in seinen Büchern schreibt, das

sind alles Positionen, über die man ganz normal reden kann, sie sind diskussionswürdig.

Die Positionen seien rassistisch, heisst es.

Das bestreite ich vehement.

Wie?

Sarrazin ist konservativ, ja. Aber doch kein Rassist. Wir tendieren zu viel zu engen Definitionen von Nationalismus, Faschismus und Rassismus. Rassismus ist ein schönes Beispiel: Es gibt Medien, die schon die bloße Auseinandersetzung mit der Frage, ob es so etwas wie menschliche Rassen oder biologisch unterscheidbare Populationen gibt, als Rassismus definieren. Das finde ich genauso absurd, wie wenn jemand, der wie Sarrazin die Idee von offenen Grenzen oder die merkelsche Flüchtlingspolitik kritisiert, als Rassist bezeichnet wird. Es geht darum, dass man so was sagen darf, um nichts weiter.

Gibt es auch Grenzen, was man sagen darf?

Ich würde zum Beispiel keine Einladung annehmen, um an einem NPD-Parteitag zu reden. Aber Jongen und Sarrazin, das sind keine Nazis. Sie haben halt konservative Ansichten – obwohl nur die Meinungsfreiheit Thema war, nie die politischen Inhalte. Das muss man aushalten. Alles andere ist Diskussionsverweigerung.

Ist die freie Rede wirklich in Gefahr?

Ja, zumindest in Deutschland und vor allem in linken Kreisen. Das mündet in Versuchen, die Meinungsfreiheit einzuschränken, womit wir – ähnlich wie die USA – in eine Polarisierung geraten und gar nicht mehr miteinander reden können.

Sagen Sie das als betroffener Rechter?

Nein, ich bin ein Liberaler. In jungen Jahren war ich sogar links. Ganz klassisch. *(Lacht)*

Was denken Sie heute?

Ich differenziere stark zwischen Recht und Ethik. Ethisch bin ich stockkonservativ. Ich glaube zum Beispiel, dass es Unterschiede zwischen Menschen wie auch zwischen Mann und Frau gibt. Oder dass Abtreibungen moralisch falsch sind. Rechtsphilosophisch bin ich ultraliberal und finde, dass wir Abtreibungen, Kopftücher oder Sterbehilfe nicht verbieten sollten – genauso, wie man gewisse Meinungen nicht verbieten sollte. Aber das wollten meine akademischen Kollegen nicht begreifen. Ich glaube sowieso, es hat sich ein Unwille des Zuhörens breitgemacht.

Ist es denn ein Problem, wenn man gewisse Dinge nicht mehr sagen darf?

Ich denke schon. Und die Haltung «Ich kann mich irren» ist bei vielen Kollegen nicht mehr vorhanden. Viele sind sich absolut sicher, dass sie recht haben; so sicher, dass sie nicht mehr gewillt sind, etwas anderes anzuhören. Die anderen sind dann alle Nazis und Rassisten. Meine Kollegen sagen, ich setzte den Mythos in die Welt, alle Unis seien links. Wenn sie das sagen, dann tun sie das aus zwei Gründen: Entweder sie lügen, weil sie genau wissen, dass es wahr ist. Oder, und das ist nicht unwahrscheinlich, sie sehen sich in ihrer Selbstwahrnehmung als Personen der Mitte, ganz selbstverständlich. Sie merken gar nicht mehr, dass sie sich in einer Glocke befinden und nur noch wahrnehmen, was ihnen gefällt.

Gibt es noch andere Meinungen ausserhalb dieser linken Glocke?

An den Geisteswissenschaften ganz wenige.

Was sagt das über die 97 Prozent der Klimawissenschaftler aus?

Stellen Sie sich vor, jemand leugnet den menschengemachten Klimawandel. Dann ist die akademische Karriere erledigt.

Nur Sie scheinen kein Problem zu haben, gegen den Strom zu schwimmen.

(Lacht) Das war nicht immer so. 2015, als die grosse Flüchtlingssache lief, wurden an der Uni Siegen Mittel eingesetzt, um Flüchtlinge zu unterstützen – illegal, aus meiner Sicht. Aber ich kann mich erinnern, dass ich den Mund nicht aufgemacht habe.

Warum hatten Sie bei Jongen und Sarrazin keine Angst?

Ich habe den Vorteil, dass ich in Deutschland unkündbar bin.

Sie gegen alle. Erzählen Sie – wie liefen die Vorträge ab?

Jongen war am 20. Dezember 2018 dran. Es war klar, dass es schwierig werden würde. Denn schon eine Woche vorher gab es einen illegalen Aufruf zu einem Flashmob. Eine unangemeldete Demonstration wurde geplant, und wir waren in Sorge, dass die Veranstaltung gesprengt werden könnte. Die Polizei kam daher mit geschätzt hundert Einsatzkräften. Die Zahl der Demonstranten war aber kleiner als erwartet. Etwa achtzig Leute haben ihre Parolen skandiert.

War es bei Sarrazin ähnlich?

Im Prinzip schon. Aber die Zahl der Demonstranten war viel, viel kleiner. Zwar gab es Zwischenrufe, aber keine Farbbeutel oder so was. Es war friedlich.

Wenn ich die Geschichte höre, dann scheint mir, der «Fall Siegen» ist ein krasser Ausreisser.

Nein, denn es gibt noch andere Beispiele. Nehmen wir den «Fall Schröter». Susanne Schröter ist eine Islamwissenschaftlerin, völlig anerkannt, und veranstaltete in Frankfurt eine kritische Konferenz zum Thema Kopftuch. Einige Studenten riefen dazu auf, die Veranstaltung zu verhindern und Schröter zu entlassen.



Philosoph Jongen.

der AfD Leute wie Björn Höcke, die nicht alle Tassen im Schrank haben. Aber gerade der Umgang mit der AfD beweist, dass das, was bisher als demokratische Mitte galt, nicht bereit ist, ein rechtes Spektrum zu akzeptieren. Mehr noch: Ich erinnere daran, dass wir Hunderte von Übergriffen auf AfD-Mitglieder haben. Autos werden angezündet, im Wahlkampf werden Plakate abgerissen. Es gilt nur noch, den Feind mit allen Mitteln, auch illegalen, zu bekämpfen und mundtot zu machen.

Warum die AfD?

Mir scheint, dass die politischen Positionen der AfD, die auf eine kulturelle Identität verweisen, nicht mehr als diskursfähig anerkannt werden; dass man den Diskurs radikal verweigert. Betroffen sind Themen, bei denen alle aufheulen: Klima, Gender, Migrati-

Hatte es Konsequenzen für Schröter?

Nicht dass ich wüsste. Dann ist es ein kleines Milieu, das von der Intoleranz betroffen ist.

Das würde ich nicht so sehen. Natürlich konzentriert sich die Diskussion auf einzelne Personen, und natürlich gibt es in

on, Religion. Sobald da jemand anderer Meinung ist, ist sofort Feierabend.

Sind es nicht die AfD-Mitglieder, die, zumindest gefühlt, am meisten reden?

Man muss differenzieren. Dass Jongen und Sarrazin mit ihren Meinungen in den Medien omnipräsent wären, stimmt nicht. Sie können zwar in den sozialen Medien frei publizieren und ihre Politik via Twitter oder Youtube verbreiten. Das ist der Vorteil der neuen Medien. Aber zu den öffentlich-rechtlichen Medien, die wir alle bezahlen, werden sie nicht mehr eingeladen. Und warum? Weil auch diese Medien weitgehend links sind.

Jetzt auch noch die Medien?

Der Punkt ist, und das habe ich erst im Zuge dieser Diskussion verstanden, dass die Leute, die bei den Medien arbeiten, an den Universitäten gewissermassen ideologisch trainiert werden und einen wesentlichen Teil des linken Machtapparats mittragen.

Sie brechen also alles auf die Universitäten herunter?

Nein, nicht alles. Aber man muss sich darüber im Klaren sein, dass fast alle, die zur Elite zählen, einen Uni-Abschluss haben – Medienleute, Akademiker, Ministerialbeamte und so weiter, also die entscheidenden Machtstellen.

Nach alldem Wirbel: Was meinten eigentlich Ihre Studenten zum Seminar?

Von den 24 Leuten waren – mit einer Ausnahme – alle dafür.

Würden Sie das Seminar wiederholen?

Im Kern, ja. Ab und zu hatte ich schon ein mulmiges Gefühl. Die Zeit war aufregend, wenn auch sehr belastend. Die Morddrohung war beängstigend.

Und wie erging es Ihrer Familie?

Wir haben vier Kinder, zwischen zwölf und 22 Jahren, und wir haben uns ihretwegen Sorgen gemacht.

Wie stellt sich Ihre Jungmannschaft zu Ihrer Haltung?

Meine Erziehung war konservativ-liberal, würde ich sagen. Doch meine älteste Tochter zum Beispiel ist durch den Umgang an der Universität viel grüner geworden – mein Horror natürlich. *(Lacht)* Aber sie ist halt beeinflusst durch das kulturelle Milieu an der Uni.

Geht sie an die Klimastreiks?

Klar.

Was sagt der Vater?

Ich sage: «Kind, es ist dein Leben, mach, was du willst.» Aber ich will mit ihr diskutieren und merke dabei, dass sie diese Diskussionen scheut.

Warum?

Ich glaube, sie hält ihren Vater auch für einen verrückten alten Nazi. *(Lacht)*

Denken alle vier so?

Nein, einer meiner Söhne ist sogar zu den Vorträgen gekommen.



Flüssiges Abbild der Landschaft.

Zeitgeist

Der Lebenskünstler unter den Weinen

Von Michael Bahnerth — Er galt lange als Wein zweiter Klasse, als ein Verbrechen an der Traube auch. Nach Jahren im Schatten tritt der Rosé dieses Jahr so richtig ans Licht und trinkt die Schweiz.

Was hatten wir Dünnschiss in diesen Sommern, als die 1980er Jahre zu Ende gingen und wir erst begannen, den Gärungsprozess des Seins zu erahnen. Noch träumten wir uns *bigger than life*, wir waren zu alt für Interrail und zu jung für Luxusreisen, und wir stiegen in unsere Opel oder Toyotas und fuhren nach Südfrankreich und lebten von Rosé. Das funktionierte prima in der Provence, aber dann mussten wir wieder zurück in die Schweiz und wollten doch bleiben wie Südfrenzen, und so kitteten wir unsere Zerrissenheit mit Rosé aus dem Supermarkt, jeden Abend fast, vom Anbeginn der Dämmerung bis in die Mitte der Nacht. Die Morgen danach verbrachten wir auf der Toilette.

Wir tranken Rosé d'Anjou aus dem Coop, den damals noch alle «Konsum» nannten, die Flasche für ein paar Franken, es war der einzige, der erhältlich war, ausser dem *Ceil de Perdrix*, aber der war zu teuer und kam aus der

Schweiz. Die älteren professionellen Trinker in meinem Umfeld, hauptsächlich mein Onkel, nannten den Anjou ein «Etwas aus roten Gummibärchen» oder, vor allem, eine «Pfütze», was er wohl auch war, aber es spielte keine Rolle. Weisswein tranken die Spiesser, Rotwein die Bourgeois, so einfach machten wir uns das damals. Wir tranken Rosé im Sommer, wegen der Sehnsucht, wegen des Geldes und weil es nicht viele gab, die damals Rosé tranken. Im Winter tranken wir zwar auch Rotwein, jedoch den Chianti in der Korbflasche, ein scheusslicher Wein, aber er unterstützte ein Gefühl, das noch nicht vergoren war; jenes, Lebenskünstler zu sein.

Planschbecken statt Swimmingpool

Ein paar Jahre später wurden wir dann irgendwas und etwas weniger Lebenskünstler. Wir tranken jetzt auch Weisswein und Rotwein, Prosecco kam gerade auf, und Süd-

frankreich war etwas weiter weg. Wir hatten unsere Rosé-Jahre hinter uns. Rosé, das war eine jugendliche Schwärmerei und eine Jugendsünde. Das einzige Rosé-Ding, das noch ging, war Rosé-Champagner. Wer jetzt noch Rosé ausserhalb der Provence trank, fan-

Sie sitzen da und trinken keinen Hugo oder Apérol Spritz mehr, sondern sie trinken Rosé.

den wir, hatte das Prinzip des Genusses nicht begriffen und sowieso keine Ahnung vom *Savoir-vivre*. Rosé war zu einem Wein für Idioten geworden, für all die Ahnungslosen aus den Welten des schlechten Geschmacks, die ein aufblasbares Planschbecken für einen Swimmingpool hielten.

Wer dieser Tage am Limmatquai flaniert oder auch schnell vorbeiläuft, um ihm zu ent-

kommen, sieht an den Tischen der Cafés auch all die Hipster mit ihren spriessenden Bärten und eingewachsenen Gedanken, die *wannabe successfuls* mit ihren teuren Schuhen und den kleinen Schritten, all die Männer, die Kinder mit dem Velo in die Kita bringen, und all die Frauen, die keine Gurken kaufen, die in Plastik verpackt sind. Sie sitzen da und trinken keinen Hugo oder Apérol Spritz mehr, sondern sie trinken Rosé. Da draussen im Sommer dieses Jahres ist «Drink Pink».

Zwischen Damenrausch und Herrensuff

Zwanzig Jahre lang mindestens war der Rosé der Wein der Kompromisse, etwas für Unentschlossene, ein Wein für Frauen, Mädchen oder testosteronverlassene Männer oder Rentner in Schrebergartenkolonien oder für Kids, die noch nicht sechzehn sind. Rosé war zwar nie ein Abfallprodukt, und dass er ein Produkt aus zusammengeschüttetem Rot- und Weisswein sei, glaubten nur Teetrinker. Was er immer gewesen sein mag in seiner Schattenzeit, für die Winzer war er der Wein des schnellen Geldes. Er war auch der Wein der Unkultur und der Verlegenheit. Ausser in der Provence, wie gesagt, konnte man ihn nicht trinken, wenn man nicht entweder Alkoholiker auf Entzug, ein önologischer Banause oder einfach jung war.

Jetzt leben wir offenbar in Rosé-Tagen. Kann sein, dass die Geburtsstunde seiner gesellschaftlichen Akzeptanz darin liegt, dass der Wein es geschafft hat, kein verdrückter bisexueller Tropfen mehr zu sein, sondern ein erstklassig schwuler Wein, der edel daherkommt, der frisch ist, knackig, gut gebaut, sanft und sensibel. Ich meine das als Kompliment, als Lob auch vor allem vor dem Hintergrund, dass den traditionellen heterosexuellen Weinen langsam der Saft ausgeht.

Mag auch sein, dass der in das Gefühl passt, das wir von unserer Zeit haben. Weisswein ist uns zu aggressiv, zu *speedy*. Rotwein zu wuchtig, zu schwer möglicherweise, zu schläfrig. Ausserdem fördert Weisswein die Gicht, und Rotwein färbt die teuer gebleachten Zähne braun. Aber nüchtern möchten wir auch nicht durch diese Tage fliessen, in denen die Welt gerade beginnt, zusehends unkontrolliert auszufern. Also Rosé, weil er am ehesten jenem Sonderfrieden entspricht, jenem Kompromiss, den wir alle mit der Welt geschlossen haben, um ein wenig Dämpfung zu haben. Und weil er im Hirn ein grossartiges Irgendetwas macht zwischen Damenrausch und Herrensuff.

Nubisches Kupfer

Ein Schweizer trinkt 37 Liter Wein pro Jahr, also rund fünfzig Flaschen, das ist Platz vier in der weltweiten Trinkerrangliste und wahrscheinlich nur wegen all der Durstigen und Dionysischen im Wallis erreicht worden. Wie viel Rosé durch Schweizer Kehlen fliesst, ist noch nicht statistisch festgehalten worden. Europaweit ist der Rosé auf dem Vormarsch, in Frankreich sind inzwischen 25 Prozent des getrunkenen Weins Rosé-Weine, in Deutschland 15 Prozent. Schweizer Weinverkäufer würden zwar noch nicht von Rosé-Zeiten sprechen, aber immerhin davon, dass die Schweiz gerade dabei ist, diesen Wein, dessen rote Trauben, die Beeren, nur einige Sekunden Kontakt mit der Maische haben und dessen Reifezeit nicht wie beim Rotwein zwischen 12 und 24 Monaten im Holzfass liegt, sondern bei ein paar Monaten im Edelstahltank, in grösserem Stil zu entdecken.

Wahrscheinlich liegt der kleine Siegeszug des Rosé durch den Schweizer Sommer nicht nur daran, dass sein auch etwas ausge-

prägterer Konsum keine darmtechnischen Komplikationen mehr hervorruft, was an den Winzern liegt, die begriffen haben, dass der Roséwein gerade von seinem Status als Abfallverwerter zum modischen Umsatzträger avanciert. Und an seiner Farbe. Diese Farbe. Dieses Spektrum zwischen Rotgold und nubischem Kupfer, dieses im Rosé schlummernde Licht eines Sonnenuntergangs, der sich gerade entschliesst, so schön unterzugehen, wie es ihm noch nie gelungen ist. Diese lebenserfrischende Kühle, die sich im zarten Spiel mit seiner Wärme trollt. Wie er vom Mund zuerst Besitz nimmt, die Zunge umspielt, den Gaumen stimuliert und das Hirn betört, bevor er durch die Speiseröhre fliesst, so zaghaft und doch bestimmt wie die Quelle eines Flusses, der Grosses vorhat. Wie er einem die Hitze nimmt und dann die Seele wärmt und die Sorgen kühlt. Ein guter Rosé ist ein Moment der Einkehr, eine fruchtbare Kontemplation, ein Jacuzzi für die Seele.

Felsen, denen man zuprosten kann

Dennoch weine ich ein ganz klein wenig der Zeit nach, als der Rosé noch eine Pfütze war und zu Recht den Ruf hatte, das Wischiwaschi unter den Weinen zu sein. Weil man damals in die Provence fahren musste, um den Prinzen unter den Weinen zu bekommen, den Rosé de Provence, der das flüssige Abbild dieser Landschaft ist, trinkbare Erde, wenn man so will. Man sass dann dort, vielleicht in Roussillon auf der Terrasse des «Clos de la Glycine», mit diesem Blick auf die Ocre, die die Farbe von Rosé haben und mit ihm verschmelzen, diese Felsen, denen man zuprosten kann und die irgendwann alles zu verstehen und zu wissen scheinen vom Leben und dem flüssigen Nektar der Götter.



FRANZ CARL WEBER's Life



Schon über 40 000 Unternehmen vertrauen Swiss Life bei der beruflichen Vorsorge.

Unser Sortiment bringt zwar keine Kinderaugen zum Leuchten, aber dafür Licht in Ihren Vorsorgeplan. Denn wir bieten Unternehmen das volle BVG-Sortiment: von der Vollversicherung mit einer 100%-Garantie bis hin zu verschiedenen Lösungen in der Teilautonomie. Auch in Zukunft. Wählen Sie, was zu Ihrer Firma passt, und ermöglichen Sie sich und Ihren Mitarbeitenden eine sichere und selbstbestimmte Zukunft. swisslife.ch/business



Zum Fliegen allzeit bereit

Von Christoph Mörgeli

Allzeit bereit! lautet der Wahlspruch der Pfadfinderbewegung. Allzeit bereit waren die politisch eigentlich neutralen Pfadis auch für den Klimastreik. Zuvor hatte die Jugendorganisation eben noch lautstark und offiziell protestiert, als eine Führerin in Uniform für die Zürcher SVP warb. Völlig in Ordnung war aber, dass ein Pfadiführer (und Juso-Mitglied) mit den ihm anvertrauten Kindern am Klimastreik mitmarschierte. Der Geschäftsleiter der Pfadibewegung Schweiz sah diesmal kein Problem. Denn eine Teilnahme an der Klimademo stehe im Einklang mit den Pfadfinderwerten: «Wir Pfadi wollen der Natur Sorge tragen, zur Natur und zu allem Leben.»

Alle vier Jahre führen die Pfadis ihr weltweites Treffen durch. Im Sommer 2019 findet das 24. Jamboree im amerikanischen West Virginia statt. Erwartet werden 45 000 Teilnehmer. Mit dabei ist ein Kontingent von 1020 Schweizer Pfadis. Zum Preis von je 4600 Franken. Sie gehen weder zu Fuss noch mit dem Velo. Sie durchqueren den Atlantik nicht schwimmend. Sie reisen allesamt per Flugzeug an. Wie die meisten der andern 44 000 Teilnehmer auch. Und schleudern Kohlenstoffdioxid in die Luft, dass Gott erbarm. Beim Spass hört eben der Klima-Ernst auf.

Nach den Pflingstlagern meinte *20 Minuten*: «Pfadis wachsen dank der Klima-Debatte stark». Die Pfadfinderbewegung Schweiz schreibt stolz: «Der Schutz von Natur und Umwelt ist uns ein ebenso wichtiges Anliegen wie der respektvolle Umgang mit den Ressourcen der Erde.» In den Statuten steht, die Pfadi motiviere «über das intensive Erleben der Natur zu einem umweltgerechten Verhalten». Laut *Aargauer Zeitung* hat die Pfadi «Rückenwind von der aktuellen Klimaschutz-Debatte». Hoffen wir auf viel Rückenwind für die Langstreckenflüge der Weltpfadi-Reisenden. Damit ihr CO₂-Ausstoss möglichst gering ausfalle.

Zu den Kernkompetenzen jedes Pfadfinders gehört das Entfachen eines Feuers. Ein richtiger Pfadi unterscheidet Lagerfeuer, Kochfeuer, Wärmefeuer und Wachfeuer. Doch global verursachen Feuer in der Natur CO₂-Emissionen von acht Milliarden Tonnen pro Jahr. Und damit mehr als der weltweite Verkehr. Zwar ist der CO₂-Anteil der feuernden Schweizer Pfadfinder statistisch zu vernachlässigen. Genau wie der CO₂-Ausstoss unseres Landes insgesamt. Doch im Amokwettlauf der Klimafanatiker kommt die Vernunft zuletzt ans Ziel.

Der Autor ist Historiker und ehemaliger SVP-Nationalrat.

Wasserstoff-Bomber und -Blondinen

Von Peter Bodenmann — Giezendanner, Rösti, Fiala und Gössi machten in Hunzenschwil Werbung für Toyota-Wasserstoffautos.



Wahlpech: Zur selben Zeit hatte Toyota die Weichen intern bereits in Richtung Elektroautos gestellt.

VW hat aus dem Dieselskandal gelernt. Der Konzern mit seinen zehn Marken stellt brutal auf das Elektroauto um. 150 000 Arbeitsplätze werden in den VW-Werken und bei deren Zulieferern verschwinden.

Selbst die Porsches brettern bereits batteriebetriebenen durch die grüne Hölle des Nürburgrings. Nächstens schneller als alle andern.

Bisher setzte Toyota auf Wasserstoffautos. Jetzt hat Toyota umgestellt. Bis 2025 will der Konzern – der letztes Jahr weltweit am meisten Autos herstellte – bereits fünf Millionen Elektroautos pro Jahr verkaufen. Warum hat Toyota den Irrweg Wasserstoff aufgegeben? Ein Wasserstoffauto braucht auf hundert Kilometer durchschnittlich 50 Kilowattstunden Strom, um mit diesen den für den Antrieb notwendigen Wasserstoff zu produzieren. Beim Elektroauto sind das nur die 20 Kilowattstunden Strom.

Das Elektroauto gewinnt, auch weil die Batterien immer billiger und auch immer ein bisschen umweltfreundlicher werden. Nächstens werden sie pro gespeicherter Kilowattstunde Strom noch hundert Franken kosten. Die Elektroautos werden bald einmal günstiger sein als aufwendige Dieselaautos und erst recht als Wasserstoffautos. Toyota hat, um das zu begreifen, etwas länger gebraucht als Volkswagen. Aber niemand sollte die Autobauer aus Japan unterschätzen. Sie werden es schaffen. Und bald einmal wird uns die Emil Frey AG

mit vielen bunten Elektro-Autolis beglücken. Die Bürgerlichen in der Schweiz haben von ökologischem Umbau keine Ahnung. Deshalb liessen sich unsere Wasserstoff-Bomber und -Blondinen – nomen est omen – in Hunzenschwil vor jenen Wasserstoffwagen spannen, den Toyota intern bereits aufgegeben hat.

Die nächste Zeitbombe tickt. Jetzt haben es auch die Professoren der ETH bemerkt. Sobald die Elektroautos auch noch autonom gesteuert werden, fegen diese die dann pro Personenkilometer doppelt so teuren Postautos von den Strassen. Und auch die SBB kommen massiv unter Druck. Die Städte drohen im umweltfreundlichen und sicheren Verkehr zu versinken.

Unsere ETH-Professoren rufen nach Regulierung. Ihr doppeltes Folterinstrument: Private sollen keine selbstfahrenden Autos besitzen dürfen. Und in den Städten dürfen nur mehr selbstfahrende Autos verkehren. Weil sich sonst die Bubi ohne Mami mit dem SUV zur Schule oder zum Chillen fahren lassen können.

Die Schweiz braucht nicht vier Millionen Autos, sondern nur eine Million stattliche, staatliche Volkswagen und Toyotas. Acht Millionen der heute zehn Millionen Parkplätze können wir begrünen oder als Depots nutzen. Unsere Wasserstoff-Fraktion kann den Fortschritt nicht aufhalten.

Der Autor ist Hotelier in Brig und ehemaliger Präsident der SP Schweiz.

Mach mir eine Szene

Von Kurt W. Zimmermann — Wie durchschaut man sofort, wenn Journalisten ihre Artikel verfälschen? Eine Anleitung.

Heute beginnen wir mit einer Quizfrage, bei der Sie mit Sicherheit scheitern werden. Es geht um Journalismus.

Ich lege Ihnen den Anfang eines Artikels vor, der im *Tages-Anzeiger* erschien. Raten Sie mal, wovon der Artikel handelt. Der Artikel beginnt so:

«Ein Samstagmorgen in der Agglomeration. Drei Tagelöhner flicken die Gartenmauer eines Reiheneinfamilienhauses. Avanti, avanti! Im Park nebenan sitzen zwei Obdachlose vor einer Thermosflasche. Eine Familie spaziert Richtung Einkaufszentrum. Irgendwo bellt ein Hund.»

Sie werden nie darauf kommen. Der Artikel handelt von der Delegiertenversammlung der FDP im Baselbiet.

«Szenischer Einstieg» sagt man dem im Journalistenjargon. Es ist ein Stilmittel, mit dem der Autor beim Leser sogenannte «Bilder im Kopf» erzeugen will, so wie im Kino. In unserem Fall kombiniert er abgewetzte Klischees zur Tristesse von Tagelöhnern, Reihenhäusern, Obdachlosen und Hundegebell.

Wenn Sie so etwas lesen, dann müssen Sie wissen: Die Szene ist erfunden oder vom Journalisten zumindest manipuliert.

Der szenische Einstieg und szenische Textpassagen haben zum grössten Journalisten-skandal dieses Jahrzehnts geführt. Beim *Spiegel*, so zeigte sich, strotzten Dutzende von Artikeln von Erfindungen und Verfälschungen, und zwar nicht nur von Oberfälscher Claas Relotius, sondern von einer ganzen Reihe weiterer Journalisten. All die armen Kinder in Syrien, all die bösen Rechtsradikalen in den USA – alles erfunden.

Szenische Elemente sollten nur noch zurückhaltend eingesetzt werden, weil sie enorm fälschungsanfällig sind, empfiehlt der *Spiegel* nun seinen Autoren. Natürlich halten sich die Möchtegerndichter des Blatts nicht daran.

Lesen Sie zum Beispiel den szenischen Kitsch, den der *Spiegel* soeben über die Klimaaktivistin Greta Thunberg publizierte: «Eine der Demonstrantinnen scheint nicht so richtig dazuzugehören, sie ist kleiner als alle anderen. Wie sie da so steht, mittendrin und doch allein, erinnert es ein wenig an Leonardo da Vincis Gemälde Das Abendmahl. Es ist Greta Thunberg [...] erhaben und entrückt.»

In der Schweiz ist die szenische Seuche ähnlich verbreitet. Zum Beweis werden wir etwas gemein. Wir nehmen das übelste szenische Klischee, das es gibt. Es ist das Klischee, wenn im Artikel «die Nebelschwaden ziehen» oder



Nebelschwaden wabern um die Birken.

«die Nebelschwaden wabern». Wenn die *NZZ* über Mobilfunkantennen schreibt, dann lesen wir: «Nebelschwaden umwölken die Berggipfel.»

Wenn die *Basler Zeitung* über Shopping schreibt, dann lesen wir: «Nebelschwaden ziehen durch die Gassen.»

Wenn die *Berner Zeitung* über Jodeln schreibt, dann lesen wir: «Nebelschwaden ziehen über die Hügel.»

Wenn die *Aargauer Zeitung* über ein Attentat schreibt, dann lesen wir: «Nebelschwaden wabern um die Birken.»

Wenn der *Bund* über eine Uhrenfirma schreibt, dann lesen wir: «Nebelschwaden hängen über der Gemeinde.»

Nebelschwaden, bellende Hunde und Leonardo da Vinci. Wenn Sie so etwas lesen, dann wissen Sie es nun: Das hat mit echtem Journalismus nichts zu tun. Hier sind die Verfälscher am Werk.

Enden wir darum mit einem szenischen Einstieg, der uns gut gelungen scheint.

«Wie Tränenströme fällt der Regen aus dem geöffneten Himmel. Nebelschwaden wabern um die ärmliche Holzhütte im Wald. Ein blauer Lichtkegel fällt auf die Hände des Mannes, der gedankenschwer an einem dunklen Eichenstisch sitzt. Es ist Kurt W. Zimmermann, der seine *Weltwoche*-Kolumne schreibt.»

Schön, nicht? Schön erfunden.

Hisbollah

Von Henryk M. Broder — Meisterstück der Differenzierung.

Eine der grossen deutschen Traditionen ist das Differenzieren. Der in Diskussionen am häufigsten gesagte Satz lautet: «Das finde ich zu pauschal. Da müssen wir stärker differenzieren.»



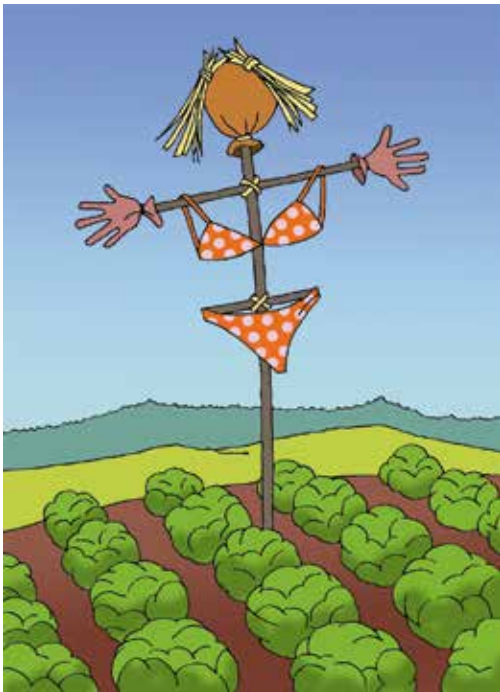
Also wird differenziert, bis die Schwarte kracht. Im Dritten Reich wurde sorgfältig zwischen «Volljuden», «Halbjuden» und «Vierteljuden» differenziert, danach, im Zuge der Entnazifizierung, zwischen «Hauptschuldigen», «Belasteten» und «Mitläufern». Bis heute gilt es, den Unterschied zwischen der regulären SS und der Waffen-SS zu beachten; in den siebziger Jahren wurde heftig darüber debattiert, ob man «Baader-Meinhof-Bande» oder «Baader-Meinhof-Gruppe» sagen müsste, bis sich die Bezeichnung «Rote-Armee-Fraktion», abgekürzt RAF, durchsetzte. Auch die Begriffe «Terror» beziehungsweise «Terroristen» wurden differenziert angegangen; auf der einen Seite war es der «Krieg der Armen gegen die Reichen», auf der anderen Seite der «Konsumterror» im Interesse des Kapitals. Politisch korrekt wird auch zwischen dem Islam und dem Islamismus differenziert und innerhalb dieser Kategorie zwischen «radikalen» und «gewaltbereiten» Islamisten.

Das Meisterstück in der Disziplin «Differenzierung» liefert die Berliner Regierung derzeit gegenüber der Hisbollah ab, jener schiitischen, vom Iran gesteuerten Truppe, die für zahlreiche Terroranschläge verantwortlich gemacht wird. Die Berliner unterscheiden zwischen dem «politischen» und dem «militärischen» Arm der Bewegung, die – so der Verfassungsschutz – etwa 950 aktive Anhänger haben soll, die ihrerseits in Gruppen und Vereinen organisiert sind, wie zum Beispiel dem «Waisenkindprojekt Libanon e.V.», der 2014 wegen Verdachts auf Unterstützung terroristischer Aktivitäten verboten wurde. Die Hisbollah als Ganzes mag die Bundesregierung nicht verbieten, die Regierung in Teheran könnte das übernehmen. Dabei glaubt niemand in Berlin daran, dass der «politische Arm» der «Partei Gottes» nur humanitäre und soziale Arbeit leistet, während der militärische den deutschen «Rückzugsraum» für die Vorbereitung militanter Aktionen nutzt.

Ein Verbot der Bande beziehungsweise Gruppe wäre einfach nicht opportun. Und war da nicht mal was mit der Sicherheit Israels als deutsche Staatsräson? Ja, ja. Aber auch das muss man differenziert sehen.

Darf man das?

Leser fragen, die *Weltwoche* antwortet



Darf man sich angesichts der aktuellen Klimapanik noch unbeschwert auf einen heissen Sommer freuen, oder bewegt man sich damit schon im Graubereich der Ketzerei?

Guðrun Maurer, Oftringen

Sie dürfen ihre Vorfreude ruhig zeigen, einfach diskret. Klimagläubige hoffen klammheimlich auf einen heissen Sommer, auf dass er die Ungläubigen zum Schwitzen bringe, Ungläubige, auf dass er die Gläubigen in Panik versetze. Agnostiker kratzt es nicht, weil sie den Unterschied zwischen Wetter und Klima kennen. So freut sich jeder nach seiner Façon. Und wenn es ein beschissener Sommer werden sollte, erinnert sich nachher eh keiner mehr daran. *Alex Baur*

Ihre Fragen zum modernen Leben mailen Sie uns bitte an darfmandas@weltwoche.ch. Oder schreiben Sie an Redaktion *Weltwoche*, Förrlibuckstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich. Jede veröffentlichte Zuschrift wird mit einem *Weltwoche*-Abonnement honoriert. Nicht veröffentlichte Fragen können nicht beantwortet werden.

Leserbriefe

«Das Prinzip des eingezogenen Schwanzes hat die starke Tendenz, sich in denselben zu beissen.» *Hans Rudolf Wehrli*

Wie es Tolstoi beschrieb

Nr. 23 – «Das privilegierte Leben der Schweizer Frauen»; Philipp Gut über den Frauenstreik

Die Literatur beschreibt seit je die Zustände zuverlässiger als Gesellschaftswissenschaftler, die sich in selbstproduzierten Blasen eingekapselt haben. In der Novelle «Die Kosaken» schreibt Leo Tolstoi über das Leben der Kosakenfrau in der Mitte des vorletzten Jahrhunderts: «Ihr Ausschluss aus dem gesellschaftlichen Leben und die Gewöhnung an schwere Männerarbeit geben ihr umso mehr Gewicht und Macht im Hause. Der Kosak, der es für ungebührlich hält, in Gegenwart Fremder ein freundliches oder unnötiges Wort mit seiner Frau zu reden, fühlt unwillkürlich ihre Überlegenheit, sobald er mit ihr unter vier Augen ist.» *Urs Oswald, Zürich*

Sollte ich hier zugespitzt haben, dann gewiss nur marginal: «Die Schweizer Frauen sind die verwöhntesten überhaupt.» Man denke nur an die Political Correctness im Genderwahn von Bundeskanzlei und SRG. Zuspitzen lässt sich hingegen meine wohltemperierte zwanzigjährige Prognose nicht mehr, weil sie sich in Ausschweifungen wie dem «Frauenstreik am 14. Juni 2019» selber tsunamihaft realisiert: «Das Prinzip des eingezogenen Schwanzes hat die starke Tendenz, sich in denselben zu beissen.» *Hans Rudolf Wehrli, Remetschwil*

Dünnes Eis der Wahrsagerei

Nr. 23 – «Vernebelungstaktik beim Klimawandel»; Reto Knutti über die Berichterstattung der *Weltwoche*

Bester *Weltwoche*-Artikel in diesem Jahr. Dieser Autor sollte regelmässig publizieren. Kompliment an die Redaktion! *Rolf Oetiker, Merlischachen*

ETH-Professor Reto Knutti hat mit seiner Analyse in vielem recht. Der rasche Anstieg der Temperatur ist bedrohlich für unsere Existenz. Die Reduktion unseres CO₂-Ausstosses gemäss den Verträgen von Paris ein Gebot der Stunde. In seinen politischen Schlussfolgerungen verlässt Knutti die Disziplin seiner Wissenschaft. Er beansprucht die ausschliessliche Deutungshoheit. Knutti und mit ihm die Wissenschaft wissen seit Jahrzehnten um die Schädlichkeit der fossilen Energieträger. Aber selbst heute stehen noch keine marktreifen Technologien zur Verfügung, welche den Verzicht auf thermische und fossile Energieträger ermöglichen: China und Indien bauen nach wie vor auf Kohle- und Atomstrom, um den Energiehunger ihrer Bevölkerung zu



Frauen über alles
Viola Amherd, Anita Fetz,
Katharina Fontana,
Esther Vilar, Philipp Gut,
Mike Pompeo, Yaël Meier,
Linus Reichlin,
Tamara Wernli u. v. a. m.

«Umso mehr Gewicht und Macht.»

stillen. Und Elektromobilität ist immer noch ein umständliches Luxusgut. Die Wissenschaft hat es verschlafen, saubere und kostengünstige Technologien zu entwickeln und auf den Markt zu bringen. Die ETH wurde vor über 150 Jahren gegründet und mit Steuermitteln stets reichlich alimentiert, um die Herausforderungen der jeweiligen Epoche technologisch anzugehen. Anstatt sich zu beklagen und mit Schwarz-Peter-Spiel und dem Ruf nach Vorschriften vom eigenen Versagen abzulenken, bitte Ärmel hochkrepeln, Herren und Damen Professoren, und mit innovativen, zukunftsgerichteten Technologien Alternativen bieten. Nicht mit Ideologien, sondern nur mit dem wirtschaftlich «Besseren» gewinnen wir das Rennen um die weltweite Neutralisierung von CO₂. *Stefan Nünlist, Olten*

Herrn Knuttis Vorwurf, dass Fakten (der Klimawandel) verneint würden, ist halbsbrecherisch. Denn die Fakten bezweifelt niemand. Es geht vielmehr um die kritische Hinterfragung von deren Ursachen. Und da nimmt es der Professor zwecks Untermauerung seiner Thesen nicht so genau. Eingang seiner Ausführungen ist der Mensch «mit hoher Wahrscheinlichkeit» die dominante Ursache für die Klimaerwärmung um 1 Grad wegen des CO₂-Ausstosses, ein paar Zeilen weiter ist diese seines Erachtens gar «voll menschengemacht». Papst Knutti *dixit*.

Dann untermauert der gute Professor seine Thesen gar mit dem Artensterben. Als ob das im Entferntesten irgendetwas damit zu tun hätte. Hier geht's um ganz anderes: zunehmende Ein-

schränkung des Habitats gewisser Tierarten durch höhere Beanspruchung von deren Lebensraum (nicht zuletzt infolge Bevölkerungswachstums) und anderes, wie zum Beispiel Abholzung von Regenwäldern, Ausrottung von Tierarten durch Wilderer et cetera. Dass dies ein dringend zu lösendes Problem ist, bezweifelt niemand.

Sehr beunruhigend in Knuttis Argumentation ist insgesamt, dass Teile der Wissenschaft à la Knutti einer Art von Populismus verfallen sind, den man gerne den Rechtsbürgerlichen ankreidet. Statt linkspopulistische Argumentationen kritisch zu hinterfragen, erschöpft man sich in derzeit politisch gängigen, unbewiesenen Behauptungen. Dass da – wie es Köppl in seinem Editorial in der *Weltwoche* andeutet – nicht nur in der Politik, sondern auch in der Wissenschaft wirtschaftliche Interessen im Spiel sind, ist leider nicht von der Hand zu weisen. *Roland Burkhard, Bern*

Die *Weltwoche* ist wirklich eine «Insel der Glückseligen», wie sie Reto Knutti abschätzig nennt. Hier darf man seine Meinung noch sagen, auch Reto Knutti, auf zwei Seiten. Denn die glückseligen Inselbewohner interessieren sich für alle Argumente zu allen Themen, um sich dann frei eine breitabgestützte eigene Meinung zu bilden. Sie brauchen keine Bevormundung. Dafür danke ich der Inselverwaltung herzlich!

Klaus Odermatt, Dallenwil

Russen sind besser

Zur Flugzeugbeschaffung der Schweizer Armee

Warum sieht niemand, dass es schlau wäre, russische Kampfflugzeuge zu kaufen? Sie sind besser und billiger. Auch sollte man wissen, dass der Frieden in Europa schlussendlich aus Russland kommt. *Urs Hagen, Künten*

Weniger Arbeitslose

Nr. 22 – «Dreimal so viele Arbeitslose wie Bayern»; Kolumne von Peter Bodenmann

Der Autor schreibt, dass es in Bayern und Baden-Württemberg (BW) weniger Arbeitslose als in der Schweiz habe. Wenn man die Bevölkerungsentwicklung von 2005 bis 2017 anschaut, sieht es wie folgt aus. Schweiz: plus 1004 448 (13,55 Prozent). Bayern: plus 528 478 (4,06 Prozent). BW: plus 287 724 (2,68 Prozent). Wenn man die Zuwachsrate der Schweiz auf die beiden deutschen Bundesländer überträgt, würde dies in Bayern ein Plus von 1161 034 und in BW ein Plus von 1166 963 Einwohnern bedeuten. Ich denke, die Arbeitslosigkeit würde dort dann ganz anders ausschauen.

Herbert Stalder, Oberbüren

Leserbriefe

Wir freuen uns über Ihre Zuschriften. Postadresse: Redaktion *Weltwoche*, Föhrli-Strasse 70, Postfach, 8021 Zürich. E-Mail: leserbriefe@weltwoche.ch



Fragen Sie Dr. M. Der Experte für alle Lebenslagen

Ich bin zwar eine Frau, kann aber nichts anfangen mit dem Frauentag, dem Frauenstreik, diesem ewigen Sich-diskriminiert-Fühlen. Können Sie mir erklären, weshalb so viele meiner Geschlechtsgenossinnen so daran hängen? *Monika G., Winterthur*

Sie stören sich an den Gedenkanlässen wie Frauentag, Frauenstreik, am ewigen Sich-diskriminiert-Fühlen. Und zwar stören Sie sich daran als Frau, nicht etwa als Mann. Sie fragen, weshalb so viele ihrer Geschlechtsgenossinnen so daran hängen. Zunächst: Um an einer Demonstration teilzunehmen, zur Verbesserung der eige-

nen Stellung in Gesellschaft und Beruf, braucht es wenig Überwindung.

Anscheinend gibt es unter Ihren Geschlechtsgenossinnen zahlreiche, die sich diskriminiert fühlen. Der Frauenstreiktag ist natürlich schon deshalb willkommen, weil die Organisatoren verlangen, dass gestreikt wird, das heisst, man geht nicht zur Arbeit, aber will bezahlt werden, wie wenn man arbeiten würde. Man sagt dem «dä Feuer und s'Weggli». Das stammt aus einer Zeit, als das Weggli noch fünf Rappen gekostet hat.

Und ich frage Sie, sind es wirklich so viele, die da mitmachen? An den Frauenstreiktagen in der Vergangenheit war in den meisten Betrieben, auch mit vielen angestellten Frauen, kaum etwas zu spüren. Also nicht überschätzen, aber den Frauen auch die Freude lassen, an einer Demonstration mitzuwirken. Das schadet ja in Wirklichkeit niemandem, aber es bereitet anscheinend Freude. Natürlich: Das geht ja wohl nur, wenn man einen Freitag nehmen kann.

Mailen Sie uns Ihre Fragen zu allen Lebenslagen an drm@weltwoche.ch. Oder schreiben Sie an Redaktion *Weltwoche*, Föhrli-Strasse 70, Postfach, 8021 Zürich. Die Fragen werden anonym publiziert. Nicht veröffentlichte Fragen können nicht beantwortet werden.

Lernen durch Erleben
TCS Training & Events

Jeder Situation gewachsen

CHF 100.–* pro Person sparen!

Unsere PW Fahrtrainings machen Sie fit für den Strassenverkehr. Und Sie haben auch noch Spass dabei.

Im Strassenverkehr kommt es immer wieder zu Situationen, in denen es auf die richtige Reaktion ankommt. Spontane Bremsmanöver, plötzlicher Spurwechsel oder schwierige Wetterverhältnisse – Besuchen Sie heute ein Fahrtraining, um morgen in brenzligen Situationen cool zu reagieren.

Mehr Informationen und Anmeldung:
training-events.ch
info.training-events@tcs.ch
Tel. 058 827 15 00

* Der Fonds für Verkehrssicherheit unterstützt die meisten PW-Fahrtrainings mit je CHF 100.– pro Person.



Windige Taktik: Bundesräte Parmelin, Keller-Sutter, Cassis (v.l.).

Bloss nicht vor den Wahlen

Der Bundesrat handelt unehrlich und spielt auf Zeit. Fürs Schweizer Publikum beharrt er beim EU-Rahmenvertrag auf jenen roten Linien, die er in Brüssel längst preisgegeben hat. Das ist ein Ablenkungsmanöver. *Von Christoph Mörgeli*

Eine Entscheidung war diesmal unvermeidlich, denn die Europäische Union wartet zunehmend ungeduldig auf die Stellungnahme des Bundesrats zum institutionellen Abkommen. In der Bundesratssitzung vom letzten Freitagmorgen wandten sich die beiden SVP-Bundesräte Ueli Maurer und Guy Parmelin grundsätzlich gegen diesen Vertrag. Sie sträubten sich als Einzige im Gremium gegen die vorgesehene dynamische Rechtsübernahme und die Anerkennung eines «Schiedsgerichts», bei dessen Entscheiden letztlich der EU-Gerichtshof das Sagen hat. Von beiden Bundesräten der Volkspartei ist zudem bekannt, dass sie auch die Personenfreizügigkeit mit der EU nicht als lautere Erfolgsgeschichte lobpreisen wollen. Ueli Maurer beantragte sogar die bundesrätliche Unterstützung der SVP-Begrenzungsinitiative, was von unkollegialen Kollegen umgehend den Medien zugespielt wurde.

Die grundsätzlich ablehnenden Stimmen fanden im Bundesrat ebenso wenig Gnade wie der Antrag von Aussenminister Ignazio Cassis, man möge das institutionelle Abkommen so-

fort unterschreiben. Die Mehrheit der vier verbleibenden Magistraten scheint die eigentliche Substanz des Abkommens kaum zu beschäftigen, nämlich die Rechtsübernahme von Brüssel und damit die Entmachtung von Volk und Parlament als Gesetzgeber. Stattdessen verlangt die Landesregierung einen Aufschub der Unterschrift lediglich zwecks präzisierender Klärungen in den drei Bereichen Lohn- und Arbeitnehmerrechte, staatliche Beihilfen und Unionsbürgerrechtlinie.

Um Optimismus bemüht

Es handelt sich exakt um jene roten Linien, die der Bundesrat seinerzeit den Unterhändlern zu überschreiten verbot – was ihnen misslang. Wenn hier Lösungen gefunden würden, so wollen die Bundesräte gegenüber der EU klar machen, werde man unterschreiben. Vor die Frage gestellt, entweder gemäss Cassis sofort zu unterschreiben oder einen klärenden Aufschub zu verlangen, sprachen sich auch die SVP-Bundesräte für Letzteres aus. So kam der Entscheidung, vorderhand nicht zu unterzeichnen und

Brüssel um Klärung der drei strittigen Punkte zu ersuchen, schliesslich ohne Gegenstimme zustande. Was CVP-Ständerat Filippo Lombardi in der «Arena» allerdings etwas allzu euphorisch als «einstimmig» interpretierte.

Eigentlich hätte Volkswirtschaftsminister Guy Parmelin angesichts seiner Skepsis am liebsten nicht vor die Medien treten wollen. Für den Gesamtbundesrat aber war die Vorstellung unerträglich, dass einzig die beiden Freisinnigen das Abkommen von zweifelhafter Popularität gegen aussen vertraten. So bequemte sich notgedrungen auch Parmelin, nur für die Fotografen lächelnd, in Richtung Medienzentrum. Ignazio Cassis indessen bewegte sich federnden Schrittes und in kerzengerader Haltung, sichtlich um Optimismus und Tatkraft bemüht. Der Waadtländer Agrarier hielt sich peinlich ans Kollegialitätsprinzip und las pflichtschuldig vom Blatt: «Mit dem institutionellen Abkommen mit der EU haben wir grundsätzlich ein gutes Abkommen, das den Erwartungen der Wirtschaft entspricht.» Von den Erwartungen der Bürger sprach er nicht – und schon gar nicht

von den Erwartungen seiner SVP. Wundersamerweise gelang es Parmelin aber, in seiner kurzen Erklärung mehrmals die Begriffe «Unabhängigkeit» und «Souveränität» unterzubringen.

Vor den versammelten Journalisten fiel vor allem Karin Keller-Sutter auf, die eigentlich die ablehnende Haltung des Bundesrats zur SVP-Begrenzungsinitiative hätte vertreten sollen. Sie ergänzte Cassis aber ungefragt im Stil einer Bundespräsidentin, indem sie betonte, die Schweizer Regierung erwarte nun, dass die Anerkennung der Börsenäquivalenz verlängert werde. Unverblümt machte sie klar, dass sie der schon totgeglaubten «Allianz der Kräfte, die den bilateralen Weg immer bestätigt haben», neues Leben eingehaucht habe. Dank «intensiven Gesprächen mit den Gewerkschaften» sei es ihr geglückt, eine «gewisse Vertrauensbildung wieder einzuleiten». Im Klartext: Was ihr Parteikollege Johann Schneider-Ammann so gründlich verbockt habe, sei nun der Superwoman gelungen. Die *Sonntagszeitung* feierte die Neo-Bundesrätin nach ihrem schulmeisterlichen Auftritt denn auch als «neue Leaderin». Keller-Sutter will unter allen Umständen die SVP-Begrenzungsinitiative bodigen und entriss zur Konstruktion einer entsprechenden Nein-Koalition die Verhandlungen mit den Sozialpartnern über den Rahmenvertrag dem dafür zuständigen Volkswirtschaftsdepartement.

Viel Unsinniges von Keller-Sutter

Die Ausführungen der Justizministerin waren in der Sache über weite Teile fragwürdig bis schlicht unwahr. So bezeichnete sie bei ihrer ablehnenden Stellungnahme zur Begrenzungsinitiative die Personenfreizügigkeit als eine der vier Grundfreiheiten des EU-Binnenmarktes; gleichzeitig vermied sie, zu erwähnen, dass die Schweiz der EU sämtliche Grundfreiheiten vollumfänglich gewährt, umgekehrt aber lediglich die mit vielen Nachteilen behaftete Personenfreizügigkeit für sich herauszuholen vermochte. Dass die Begrenzungsinitiative dem Bundesrat bloss zwölf Monate Verhandlungsfrist gewährt, bemäkelte Keller-Sutter als nicht im Interesse der Schweiz liegend, da ein solcher Zeitdruck der Gegenseite Vorteile gewähre. Dabei macht der Bundesrat im jüngsten Brief an den EU-Kommissions-Präsidenten klar, dass er noch in dessen Amtszeit – also innert weniger als einem Jahr bis zum 31. Oktober 2019 – unterschreiben will («unter Ihrer Präsidentschaft»).

Unzählige Male beschwor die Bundesrätin die «Weiterführung des bilateralen Wegs». In Wahrheit macht die EU der Schweiz seit 2010 unmissverständlich klar, dass für Brüssel genau dieser bilaterale Weg unwiederbringlich zu Ende ist und durch ein institutionelles Abkommen ersetzt werden muss. Wer heute noch immer von der Fortsetzung des bilateralen Wegs schwatzt, beschwindelt die Heimat-

front oder nimmt Brüssel nicht ernst oder beides. Ähnlich falsch war die Behauptung der Bundesrätin, beim Wegfall der Personenfreizügigkeit stünden auch die Verträge von Schengen/Dublin auf dem Spiel. In Wirklichkeit handelt es sich um zwei völlig getrennte Rechtsakte; die Staaten Grossbritannien, Irland und Zypern waren trotz Personenfreizügigkeit niemals Schengen-Mitglieder.

Keller-Sutter betonte den Export von Schweizer Waren in die EU im Wert von über 120 Milliarden Franken, überging aber das Faktum, dass die Länder der Union um einiges mehr in die Schweiz exportieren. Ihre Ausführungen gipfelten in der verunglückten Behauptung: «Die Kündigung der Personenfreizügigkeit wäre daher nichts weniger als ein Schweizer Brexit.» Das war gleich doppelt sachwidrig. Erstens ist die Schweiz anders als Grossbritannien nicht EU-Vollmitglied. Ein Austritt steht also schon rein sachlogisch nicht zur Diskussion. Zweitens: Selbst der unwahrscheinliche Fall eines Dahinfallens von fünf Schweizer EU-Verträgen – darauf spielte Karin Keller-Sutter an – ist mit einem EU-Exit, wie ihn die Briten vor sich haben, nicht zu vergleichen.

Ignazio Cassis stellte die Ablehnung der Begrenzungsinitiative und das institutionelle Abkommen ebenso als «Gesamtpaket zur Fortsetzung des bilateralen Wegs» dar: «Der Bundesrat will mit seinen heutigen Beschlüssen sicherstellen, dass wir den bilateralen Weg weitergehen und stabilisieren können.» Auch bei ihm scheint die EU-Botschaft nicht angekommen zu sein, nach der die Weiterentwicklung der bilateralen Verträge I und aller künftigen Abkommen nicht mehr auf Augenhöhe zweier Gleichberechtigter, sondern ausschliesslich noch unter der Rechtsetzungshegemonie von Brüssel in Frage kommt. Kurz: Die EU erlässt die Gesetze, die Schweiz darf nachvollziehen, nicht aber umgekehrt. Was immer das ist, Gleichberechtigung sieht anders aus.

Seitens der Schweiz, so Cassis, bestehe ein «Interesse an einem schnellen Resultat». Das gilt allerdings nur für den Tessiner persönlich. Die Bundesräte Maurer und Parmelin wünschen möglichst kein institutionelles Abkommen, jedenfalls nicht in der Form, wie es jetzt im Entwurf vorliegt. Die Bundesräte Alain Berset und Simonetta Sommaruga (beide SP), Viola Amherd (CVP) und Karin Keller-Sutter (FDP) wollen keinesfalls vor den eidgenössischen Wahlen vom 20. Oktober unterschreiben. Hinter den Kulissen laufen allerdings entsprechende Geheimverhandlungen mit Gewerkschaften und Arbeitgebern. Die Absicht besteht darin, berichten Insider, das Institutionelle Abkommen nach den Wahlen möglichst rasch in Bern unter Dach und Fach zu bringen. Selbst bei wohlwollender Auslegung bleibt das trübe Fazit: Unaufrichtigkeit, Verschleierung und windige Taktik scheinen die Schweizer Europapolitik nach wie vor zu prägen. ○

Wortkontrolle

Promille-Wirtschaft

Die Economiesuisse-Chefin spricht im Namen der Wirtschaft. Das ist irreführend.

Ende Mai hat der Wirtschaftsdachverband Economiesuisse an einer Veranstaltung unter dem Titel «Schweizer Wirtschaft sagt deutlich Ja zum Rahmenabkommen» eine Umfrage vorgestellt, die genau dieses Ja belegen soll. Die Einleitung begann mit der Wendung «Die bilateralen Verträge sind aus Sicht der Schweizer Wirtschaft absolut zentral: 75 Prozent aller Unternehmen in der Schweiz mit 20 oder mehr Mitarbeitenden verbinden die aktuellen bilateralen Verträge mit Vorteilen.» Economiesuisse-Direktorin Monika Rühl führte aus: «Drei von vier Unternehmen sehen in den bilateralen Abkommen ausschliesslich oder mehrheitlich Vorteile.» Das erweckt den Eindruck, als stehe der grosse Teil der Schweizer Firmen hinter dem Verband.

Als Beleg wurde die Umfrage des Meinungsforschungsinstituts gfs Bern beigebracht. Auch dort steht in der Einleitung: «75 Prozent aller Unternehmen in der Schweiz verbinden die aktuellen Verträge mehr oder weniger dezidiert mit Vorteilen, während marginale 4 Prozent eine Nachteilssicht äussern.» Am Schluss wird unter dem Stichwort Datenbasis erläutert, wie die Statistiken zustande gekommen sind. Befragt wurden laut den Angaben Personen mit Geschäftsleitungsverantwortung aus 1008 Unternehmen mit zwanzig oder mehr Mitarbeitenden. Die Adressen wurden als Zufallsstichprobe aus Betriebs- und Unternehmensregistern gezogen.

In welchem Verhältnis stehen diese zu Wort gekommenen Personen zur Schweizer Wirtschaft? In der Schweiz gibt es laut Bundesstatistik 586 000 Unternehmen. Nimmt man nur die Firmen mit zwanzig oder mehr Mitarbeitern, werden 560 000 Unternehmen bereits ausgeschlossen, übrig bleiben 26 000. Das sind 4,5 Prozent aller Schweizer Unternehmen, bezogen auf den Personalbestand machen sie immerhin knapp einen Drittel aus. Aus diesen 26 000 Firmen werden also rund 1000 Adressen fürs Durchführen der Umfrage gezogen, also knapp 2 Promille der Schweizer Unternehmen konnten ihre Antwort an Economiesuisse übermitteln – wenn es überhaupt der Chef war, der das Formular ausfüllte. Das ist offensichtlich die Grundlage, auf der Economiesuisse-Direktorin Rühl für «die Wirtschaft» spricht. *Beat Gygi*

Karriere eines Schuldenmachers

Seit drei Jahrzehnten treibt ein 58-jähriger deutscher Konkursjongleur sein Unwesen in der Schweiz. Jetzt fordert die Staatsanwaltschaft viereinhalb Jahre Gefängnis und ein Berufsverbot. Reicht es diesmal? *Von Alex Baur*

Eigentlich müsste man die Öffentlichkeit vor diesem Mann aus Lör-rach warnen, der sich seit den 1990er Jahren unter verschiedenen Titeln in der Schweizer Finanzwelt herumtreibt. «Er gründet oder kauft eine inaktive Firma und verschuldet sich. Rechnungen zahlt er kaum. Häufen sich die Zahlungsbefehle, Betreibungen und Gerichtstermine, lässt er die Firma Konkurs gehen. Zwischen Kauf und Konkurs wechselt er öfters das Firmendomizil und ändert den Namen.» So beschrieb der *Beobachter* im März 1996 sein Geschäftsmodell. Luxuskarossen, Yachten und pompöse Villen gehören demnach ebenso zu den Markenzeichen des deutschen Pleitiers wie Verlustscheine.

Irrwitziges Kartenhaus

Ein halbes Dutzend Strafverfahren wurden seither gegen den inzwischen 58-jährigen Konkursjongleur eröffnet. Immer ging es um windige Firmenkonstrukte und Transaktionen, oft war von Strohmännern die Rede, Dutzende von Geschädigten dürften insgesamt Millionenbeträge verloren haben. Doch meistens kam der Mann – nennen wir ihn Detlev X. – mit einer bedingten Strafe oder gar mit einem Freispruch davon. Wir verschleiern seine Identität, weil Journalisten und anderen Kritikern, die Ross und Reiter beim Namen nannten, langwierige Klagen drohen. In diesem Punkt war Detlev X. sehr erfolgreich. Alle Artikel über ihn sind aus dem Internet gelöscht. Google vergisst eben doch, und das effizient, wenn man nur genug Druck macht. Nicht mal ein Foto von Detlev X. findet sich im Web.

So fehlt im Internet etwa jeder Hinweis auf einen Artikel der *Sonntagszeitung*, der 1997 detailliert von den Machenschaften des Detlev X. im Zusammenhang mit dem Giftmüllskandal um die konkursite Firma Fairtec berichtete. Zum Vergessen gebracht wurde auch ein Artikel der *Basler Zeitung* aus dem Jahr 1999 über eine 33-seitige Anklageschrift wegen Pfändungsbetrugs, betrügerischen Konkurses, ungetreuer Geschäftsführung, Unterlassung der Buchführung und Betrugs, alles in mehrfacher Tatbegehung. «Firmennamen tauchen dutzendweise auf», ist dort zu lesen, «so dass der Eindruck entstehen könnte, der Angeklagte



Immer wenn Detlev X. am Werk ist, wird es verworren (Aufnahme aus den 1990ern).

habe über ein beträchtliches Firmenimperium verfügt.» Es war nicht mehr als ein irrwitziges Kartenhaus von Firmemänteln ohne Aktiven und Aktivitäten. Im Einzelnen ging es jeweils um einige tausend oder zehntausend Franken. Doch viel Kleinvieh gibt bekanntlich auch Mist. Viele Opfer verzichteten andererseits auf eine Anzeige und schrieben ihre Forderungen wegen offenkundiger Uneinbringlichkeit ab.

Opfer von Pech und Missverständnissen?

Ein Jahr später verurteilte das Bezirksgericht Uster den angeblich zerknirschten und zutiefst reumütigen Detlev X. zu ausserordentlich milden vierzehn Monaten Gefängnis auf Bewährung. Der Finanzjongleur ohne Berufsabschluss geschäftete zu diesem Zeitpunkt bereits munter weiter. 2004 berichtete der *Tages-Anzeiger* über die nächste Strafuntersuchung. Detlev X. hatte inzwischen prominente Aushängeschilder wie Ex-Botschafter Thomas Borer, einen gewissen Grafen von Hardenberg oder die damalige Co-Präsidentin der Stadtzürcher Sozialdemokraten eingespannt. 2010 berichtete die *NZZ am Sonntag* über eine Hausdurchsuchung bei der Firma Swiss Estates AG, die dem Deutschen zugeschrieben wird. Die Rede war von einem Schaden in der Höhe von 3,5 Millionen Franken.

Was ist aus den Verfahren geworden? Seit 2010 gibt es, sofern überhaupt berichtet wird,

nur positive Berichte über die Swiss Estates AG, die sogar an der Berner Börse (BX Swiss) kotiert ist; im Zusammenhang mit ihr taucht auch gelegentlich der Name Detlev X. auf. Alles Negative ist gelöscht. Dem Deutschen war es gelungen, den aufmüpfigen Journalisten auf juristischen Wegen das Maul zu stopfen. Wurde der Mann vielleicht zu Unrecht verurteilt, wie er immer versicherte? Ist Detlev X. etwa ein Opfer von Pech, dummen Missverständnissen und einem medialen Kesselstreben?

Es ist nicht einfach, den Lebenswandel des Detlev X. in den einschlägigen Datenbanken und Handelsregistern nachzuverfolgen. Insgesamt finden sich achtzehn verschiedene Adressen in den Kantonen Zürich und Tessin, an denen er über die Jahre mal gemeldet war. In Lugano wurden 2017 Betreibungsbegehren gegen Detlev X. im Gesamt-betrag von 290 460 Franken anhängig gemacht, im Vorjahr waren es 72 800 Franken.

Einem Urteil des Bundesgerichts vom Januar 2018 entnehmen wir sodann, dass er ein Jahr zuvor vom Zürcher Obergericht wegen Urkundenfälschung zu einer Bewährungsstrafe verurteilt wurde. Erwähnt sind dort auch ein rechtskräftiger Strafbefehl aus dem Jahr 2010 sowie eine bedingte Strafe aus dem Jahr 2013. Diese Daten sind vom Anspruch auf Vollständigkeit weit entfernt, aber sie weisen immerhin darauf hin, dass sich der Konkursjongleur keineswegs zur Ruhe gesetzt hat.

Einem Urteil des Bundesgerichts vom Januar 2018 entnehmen wir sodann, dass er ein Jahr zuvor vom Zürcher Obergericht wegen Urkundenfälschung zu einer Bewährungsstrafe verurteilt wurde. Erwähnt sind dort auch ein rechtskräftiger Strafbefehl aus dem Jahr 2010 sowie eine bedingte Strafe aus dem Jahr 2013. Diese Daten sind vom Anspruch auf Vollständigkeit weit entfernt, aber sie weisen immerhin darauf hin, dass sich der Konkursjongleur keineswegs zur Ruhe gesetzt hat.

Fake-Aktien

Eine Anklage gegen Detlev X., welche die Staatsanwaltschaft III für den Kanton Zürich letzte Woche vor dem Bezirksgericht Zürich vertrat, lässt vielmehr darauf schliessen, dass der 58-jährige Deutsche sein bewährtes Schuldenmodell weiterentwickelt hat, und zwar im grossen Stil. Die Anklage lautet auf versuchten Betrug, qualifizierte ungetreue Geschäftsbe-sorgung, mehrfache Urkundenfälschung, mehrfache Erschleichung einer falschen Beurkundung sowie mehrfachen Bruch amtlicher Beschlagnahme. Deliktsbetrag: 1,2 bis 3 Millionen Franken. Gefordert werden eine Strafe von viereinhalb Jahren Gefängnis sowie der Vollzug der bedingten Vorstrafe aus dem Jahr

2017. Schliesslich beantragt Staatsanwalt Thomas Candrian ein Berufsverbot: Detlev X. sei für die Dauer von fünf Jahren jegliche Tätigkeit «als Organ oder Zeichnungsberechtigter einer juristischen Person des Schweizerischen Obligationenrechts» zu verbieten.

Doch Detlev X. ist damit noch lange nicht schachmatt. Er beharrt auf seiner Unschuld, und er kann sich dabei auf erfahrene Helfer stützen. Da wäre auf der einen Seite Rechtsanwalt Lorenz Erni, vielleicht der beste Strafverteidiger im Land, der schon manch einem prominenten Angeschuldigten aus der Breddouille geholfen hat. Für Sukkurs sorgt sodann der SVP-Nationalrat und Rechtsprofessor Hans-Ueli Vogt, ein hochkarätiger Spezialist für Aktienrecht. Gemäss dem juristischen Gutachten von Vogt, der allerdings nicht volle Aktenkenntnisse hatte, war zumindest ein Teil der Transaktionen, die dem Deutschen zur Last gelegt werden, legal. Und man ahnt: Wie immer, wenn Detlev X. am Werk ist, wird es kompliziert und verworren.

Die Anklage geht zurück auf das Jahr 2011. Damals erwarb er für 15 000 Franken den Aktienmantel der Firma ML Trading AG (MLT), die ein Aktienkapital von 50 000 Franken auswies. Dieses Kapital katapultierte er mit einem Schlag auf 200 Millionen Franken, indem er Aktien einer Firma aus Ulan-Bator einbrachte, die angeblich über Schürfrechte

auf gigantischen Erdölfeldern in der Mongolei verfügte. Diese Aktien waren gemäss Anklage von allem Anfang an ein Nonvaleur, ein Fake. Das sieht X. heute sogar selber so. Doch er macht geltend, damals selber einem Betrug zum Opfer gefallen zu sein. Der Deutsche verweist dabei auf ein Gutachten, das den Wert der mongolischen Firma bestätigte. Dieses im Rückblick leider wertlose «Gutachten» hatte er bei einem einschlägig vorbestraften Freund in Auftrag gegeben, der zufällig auch noch

Wie so viele seiner Firmen ging auch die MLT nach halsbrecherischen Manövern in die ewigen Jagdgründe ein.

sein Revisor war. Vielleicht war es aber auch Detlev X. selber, der den Businessplan der vermeintlich milliardenschweren mongolischen Firma fantasievoll entwarf. Davon ging zumindest der Staatsanwalt in seinem Plädoyer aus.

Die angeblich 200 Millionen Franken teuren Aktien der MLT verteilte Detlev X. in der Folge auf verschiedene Firmenmäntel, an sich selber und ihm nahestehende Personen. Den mongolischen Verkäufer – offenbar ein sehr grosszügiger Mensch – entschädigte er, immer gemäss Anklage, mit jeweils einem symbolischen Franken für die millionenschweren Aktien-

pakete. Ein MLT-Aktienpaket im vermeintlichen Wert von drei Millionen Franken brachte Detlev X. in die bereits erwähnte, von ihm faktisch kontrollierte Swiss Estates AG ein.

Reise durch die Instanzen

Sein Ziel, so die Anklage, sei es gewesen, die Bilanz und Kreditwürdigkeit der Swiss Estates aufzumöbeln. In der Folge gelang es Detlev X., die gedopten Aktien der Swiss Estates als Teilzahlung bei einem grösseren Immobilienkauf einzubringen. Wie so viele seiner Firmen ging auch die MLT nach weiteren halsbrecherischen Finanzmanövern 2016 in die ewigen Jagdgründe ein.

Der geprellte Immobilienverkäufer reichte bereits im April 2014 eine Strafanzeige gegen Detlev X. ein. Seither ist die Justiz am Mühen. In Teilaspekten musste der Privatkläger eine Untersuchung durch alle Instanzen hindurch erzwingen. Fünf Jahre gingen ins Land, bis der Fall letzte Woche vor Gericht kam. Dieses will noch vor den Sommerferien ein Urteil fällen.

Doch selbst wenn Detlev X. im Sinne der Anklage verurteilt würde, ist das letzte Wort noch lange nicht gesprochen. Die Reise durch das Labyrinth der juristischen Instanzen kann noch Jahre in Anspruch nehmen. Bis dann darf Detlev X. ungeniert weiter fuhrwerken – Firmen gründen, verschulden und in den Konkurs schicken. Das bewährte Geschäftsmodell. ○



ZÜRICH CLASSIC CAR AWARD 2019

(& BIKES)



21. AUGUST 2019

BÜRKLIPLATZ/ BAHNHOFSTRASSE
ZÜRICH

MELDEN SIE IHR FAHRZEUG
JETZT UNTER WWW.ZCCA.CH AN

09.00 Ankunft der Teilnehmer

15.00 Preisverleihung



Bei Parmelin machen sie den Kopfstand

Die Parteichefs Levrat und Gössi kritisieren bei Wirtschaftsminister Guy Parmelin, was bei ihren eigenen Bundesräten gang und gäbe ist: die Besetzung von Ämtern in den Departementen mit parteipolitischen Gefolgsleuten. *Von Hubert Mooser*

Vor einigen Tagen lancierte der *Blick* einen Angriff auf Bundesrat Guy Parmelin (SVP): Jahrelang habe das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) behauptet, der Schweizer Wirtschaft gehe es auch dank der Personenfreizügigkeit gut. Doch nun zweifle das Seco in einem vertraulichen internen Dokument an, «ob eine Kündigung der Personenfreizügigkeit und der Wegfall der bilateralen Verträge für die Schweiz negative Konsequenzen hätte», verbreitete der *Blick* in dem Artikel.

Als Zeugen der Anklage liess die Zeitung die Parteichefs Petra Gössi (FDP) und Christian Levrat (SP) aufmarschieren. Sie seien sich sicher, gaben diese zu Protokoll: Parmelin selber stecke dahinter. Er und seine Entourage würden das eigentlich politisch neutrale Seco auf SVP-Kurs zwingen. Levrat verstieg sich dabei noch zur Aussage: «Die Stellungnahme trägt die Handschrift der schwarzen Garde Parmelins.»

Dem Seco keine Befehle erteilt

Schwarze Garde? Unter diesem Titel kämpften im 15. Jahrhundert unter anderem niederländische Landsknechte, welche auf die Unterwerfung der freien Bauern spezialisiert waren. Levrats Vergleich ist folglich etwas verwegen, aber Parmelin lässt sich dadurch nicht beirren. Am Rande der Pferderennen in Frauenfeld, wo der Wirtschaftsminister am Pfingstmontag beim 100-Jahr-Jubiläum als Ehrengast auftrat, nahm er Stellung zu den Vorwürfen.

Der Angriff habe ihn überrascht, liess er nach dem Dessert im VIP-Zelt durchblicken. «Wir zwingen keine Bundesämter, ihre bisherige Meinung über Bord zu werfen. Ich habe dem Seco nie den Befehl erteilt, es müsse seine Positionen zur Personenfreizügigkeit ändern.» Er stelle jedoch fest, dass man ihn seit der Anstellung des früheren SVP-Generalsekretärs Martin Baltisser kritisiere. Dazu hat Parmelin Folgendes zu sagen: Er habe Baltisser eingestellt, weil dieser gelernter Volkswirtschaftler sei, sich also in der Wirtschaft auskenne, und nicht, weil er vor Jahren einmal als SVP-Generalsekretär gearbeitet habe.



«Gute Demokraten»: Bundesrat Parmelin (SVP).

Auslöser der Attacke via *Blick* war die Botschaft zur Begrenzungsinitiative der SVP, welche die Zuwanderung drosseln will und bei Nichterfolg der Verhandlungen mit der EU die Kündigung der Personenfreizügigkeit

verlangt. Der Bundesrat hat dieses Volksbegehren im November in einem ersten sogenannten Richtungsentscheid abgelehnt. Wegen diesem Volksbegehren ist das Lager von Justizministerin Karin Keller-Sutter (FDP) seit einigen Monaten nervös. Ihr Staatssekretariat für



Christian Levrat (SP).

Migration (SEM) hatte nämlich bei der Ausarbeitung der Botschaft die Federführung – unter Mitbeteiligung anderer involvierter Ämter. So gab das Wirtschaftsdepartement (WBF) von Parmelin dazu eine politische Meinung ab, welche die angeblichen Segnungen der Personenfreizügigkeit hinterfragte. Das zum gleichen Departement gehörende Seco lobpreiste dagegen wie schon in der Vergangenheit die Vorzüge des freien Personenverkehrs mit der EU.

Standpunkte wurden vermischt

Bundesrat Parmelin sagt dazu: «Als gute Demokraten haben wir beide Meinungen zugelassen. Das hat man uns nun aber zum Vorwurf gemacht.» Konkret wurden in der

Botschaft die Meinungen des WBF und des Seco vermischt. Doch nun sah es so aus, als würde das Seco seinen früher zur Personenfreizügigkeit vorgebrachten Einschätzungen widersprechen – was in den Tagen vor der entscheidenden Bundesratssitzung vom 7. Juni 2019 zu einem aufgeregten Mail- und Telefonverkehr zwischen Justizdepartement, Wirtschaftsdepartement und Seco führte. Als der Artikel im *Blick* erschien, war die ganze Geschichte jedoch bereits geregelt und die «Ehre des Seco» wiederhergestellt, wie eingeweihte Kreise gegenüber der *Weltwoche* versichern.

Ging es am Ende nur darum, den Wirtschaftsminister schlecht aussehen zu lassen, weil er sich im *Sonntagsblick* kritisch über die Personenfreizügigkeit geäußert hatte? Sicher ist: Was Levrat und Gössi dem Wirtschaftsminister Parmelin vorwerfen, ist bei den SP- und FDP-Bundesräten *courant normal*: die Besetzung von wichtigen Ämtern mit Gefolgsleuten. Als Keller-Sutter das Justiz- und Polizeidepartement übernahm, verpflichtete sie unter anderem den früheren FDP-Parteifunktionär Romain Clivaz. Ihr Vorgänger, Johann Schneider-Ammann, holte sich als Helfer die Parteisoldaten Stefan Brupbacher und Noé Blancpain.

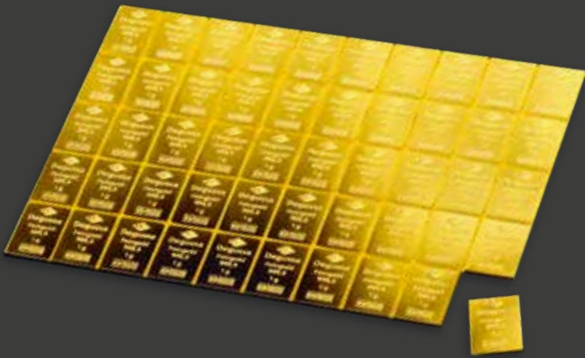
SP-Bundesrat Alain Berset hat sich mit dem früheren SP-Generalsekretär Thomas Christen und dem ehemaligen Informationschef des Gewerkschaftsbundes, Peter Lauener, eine rote Garde ins Haus geholt. Er setzte Getreue wie Jürg Brechbühl an die Spitze des Bundesamtes für Sozialversicherungen (BSV), um seine Vorstellungen einer Rentenreform durchzudrücken. Die frühere Justiz- und Finanzministerin Eveline Widmer-Schlumpf (BDP) ersetzte reihenweise nicht genehme Chefbeamte durch ihr ergebene Geister, um ihre Linie durchzusetzen.

Aber bei Parmelin machen jetzt alle den Kopfstand. Dabei pflegt der Romand in seinem Departement eine offene Gesprächskultur. Als er das Amt übernahm, hiess es, dass viele Mitarbeiter die Stelle wechseln wollten. Inzwischen will niemand mehr gehen. «Das ist doch ein gutes Zeichen», findet der Wirtschaftsminister. Die Zusammenarbeit zwischen seinen Mitarbeitern und den diversen Bundesämtern funktioniere gut. Er erwarte jedoch von allen, dass unterschiedliche Positionen an einem Tisch ausdiskutiert werden. Er selber ist überzeugt, dass sich die Aufregung schnell wieder legen wird. ○

Degussa



GOLD UND SILBER.



GOLD – NICHTS VERBINDET GENERATIONEN NACHHALTIGER.

Seit mehr als 6000 Jahren hat Gold alle Weltreiche, alle Währungen und damit auch alle Finanzblasen überdauert. Das wird auch in Zukunft so bleiben – weil physisches Gold anders als Papierwährungen nicht beliebig vermehrbar ist. Als grösster bankenunabhängiger Edelmetallhändler in Europa stellen wir mit Ihnen Ihr persönliches Portfolio aus Barren und Münzen zusammen. Gerne können Sie Ihre Wertanlagen auch in Ihrem Schrankfach bei uns lagern.

**DEGUSSA-
GOLDHANDEL.CH**

Verkaufsgeschäfte:

Bleicherweg 41 · 8002 Zürich
Telefon: 044 403 41 10

Quai du Mont-Blanc 5 · 1201 Genf
Telefon: 022 908 14 00



Zürich | Genf | Frankfurt | Madrid | London

Himmel über der Art

Es gibt auch Künstler an der 49. Art Basel. Nur sind sie kaum zu unterscheiden von den vielen Besuchern, die so aussehen, als ob sie Künstler wären. Ein kurzer Blick auf die grösste Kunstmesse der Welt und auf das Wirken des Basler Malers Dominique Rietzler. *Von Michael Bahnerth und Gabriel Hill (Bild)*



Ode an die Schönheit und an die Welt der Farben: Kunstmaler Dominique Rietzler.

Es gibt Künstler, und es gibt Lebenskünstler, und hin und wieder verschmelzen diese Existenzformen zu einer. Nur hin und wieder, weil nicht jeder Lebenskünstler ein Künstler ist und umgekehrt. Aus dem Leben eine Kunst zu machen, wenn man gleichzeitig Künstler ist, ist ein schwieriger Balanceakt, und er gelingt nur jenen, deren Kunst genug Raum zum Leben und deren Leben genug Platz für Kunst lässt. All die wirklich getriebenen Künstler leben nur für ihre Kunst, da ist kaum etwas, das nebenher noch gross wachsen könnte, Sex, vielleicht. Sie sind abhängig von ihrem Schaffen, und arbeiten sie nicht, versuchen sie vielleicht Familie, oder sie saufen bis zur Selbstertränkung, aber eine Kunst daraus machen sie nie. Weil es nicht ihr Leben ist, vielmehr eine Tortur, oft eine Tragödie. Wer auf der andern Seite sein Leben zur Kunst macht, wird nie wirklich getrieben sein und so weit gehen, dass die Kunst, die er macht, die Kunst seiner Lebensführung erstickt.

Wahnsinn aus Kunst, Geld und Glamour

Er heisst Dominique Rietzler, ist französisch-schweizerischer Doppelbürger, 59 Jahre alt und malt, seit er Stifte halten kann. Er war Hochbauzeichner und ist seit dreissig Jahren Kunstmaler. Er ist ein kleiner Magier der Farben, das Zusammengehen und Zusammenleben von Farben und Form ist seine Kunst. In Basel kennt man ihn, und ich kenne viele, die einen Rietzler zu Hause hängen haben. Das liegt auch daran, dass ein Bild von Rietzler im Grunde immer gut aussieht. Seine Bilder sind nie das Abbild der Schattenseiten des Existenziellen. Dafür mag er das Leben viel zu sehr. Manche sagen, er sei wie ein Wein, der lange reifte und jetzt seine Blüte entfaltet.

Man kennt ihn natürlich auch in Basel, weil es in der Stadt nicht wirklich viele Künstler gibt – und Lebenskünstler immer weniger. Ich kenne ihn ein wenig, von seinen Vernissagen, von Tischen in Restaurants, von Essen, bei denen man eingeladen war, und vor der Art rief er an wie viele Künstler, die man so kennt, und sagte: «Ich mache da was mit einem Baum im Restaurant <Wiesengarten>» – das sind die Schöpfer von Pasta als Kunstform, draussen in Riechen nahe der Fondation Beyeler ist es, dort, wo die Felder sind, die im Frühling aussehen, als ob sie darauf warten, dass van Gogh sie malt.

In Basel ist seit Montag, den 10. Juni, Art, und es ist der übliche stets etwas zirkensische Wahnsinn aus Kunst, Geld und Glamour, der Basel für ein paar Tage wohl zur reichsten Stadt der Welt macht. Man nennt es hier auch die «Sommerfasnacht». Ein paar Zahlen: 291 Galerien aus 35 Ländern, darunter die mächtigsten Galeristen der Welt. Werke von Hockney, Richter, Picasso und Basquiat und so weiter. 2000 Künstler werden präsentiert. Fast die Hälfte der weltweit getätigten Kunstverkäufe findet an der Art statt. Es stehen Werke im Gesamtwert von 3,5 Milliarden Franken zum Verkauf. 95 000 Besucher.

Es ist wie immer ein Stelldichein von vielen Galeristen, einigen Sammlern, von ein paar Künstlern und einer Handvoll Lebenskünstlern, von Stars und Sternchen, die ein wenig mitlaufen und eine Sonne suchen, die sie zum Leuchten bringt, und einem diffusen Schwarm von kunstaffinen Menschen, für die Warhol immer noch das Grösste ist. Die Art ist eine Messe, auf der alle etwas suchen; vor allem Kunst und Beachtung und Einladungen für Partys. Champagner muss man nicht suchen, er ist das Wasser der Messe. Die Marke heisst sinnigerweise Ruinart. Es gibt Bars, da gibt's den Champagner umsonst, und ein Fläschchen Valser-Wasser kostet 6 Franken.

Sie hat immer drei Akte; der erste spielt im Himmel, der zweite auf dem Boden der Messe und der Stadt, und der dritte im Unsichtbaren. Es ist der Himmel in Basels Westen. Er kündigt die Art an. Es spielt keine Rolle, ob der Himmel einer von Turner, einer von einer Postkarte, farbenverschmolzen wie ein Bild von Rietzler oder einfach von bleiernem Gehalt wie eine Skulptur von Kiefer ist. Der Himmel ist plötzlich voller kleiner und grösserer Flugzeuge, voller Privatjets, mit dem die Adler der Szene in Basel einschwingen.

Da war mal ein Scheich, der kam mit seiner Boeing 747, war Gast an der Party des New Yorker Galeristen Larry Gagosian, sie war im Hotel «Les Trois Rois», es gab fast mehr Security-Personal als Gäste, Isaac Ferry, der Sohn von Bryan, legte auf. Danach stand Ferry an der Bar, der Scheich kam auf ihn zu und sagte: «I want you to play on my plane.» Das ist manchmal so in etwa die Beschaffenheit des Himmels, der über der Art Basel liegt.

Der zweite Akt ist die Messe selbst. Sie beginnt offiziell immer an einem Donnerstag, inoffiziell am Montag zuvor, es ist die *private Art*. Dabei ist nur, wer einen VIP- oder eine Collectors-Karte besitzt, der Rest, das Volk, wenn man so will, muss draussen bleiben und darf erst am Donnerstag rein. In schicken Markenkleidern und sehr teuren, meist weissen Turnschuhen laufen sie dann tagsüber durch die Hallen der Messe Basel und trinken Champagner. Abends gehen sie in die angesagten Restaurants und feiern einigermaßen kraftvoll, weil das Ganze stets von irgendjemanden bezahlt wird, der mit einem Jet gekommen oder mindestens erste Klasse geflogen ist.

Der dritte Akt, das Unsichtbare, sind all die glamourösen Partys, für die man Spezialeinladungen braucht und von denen sonst keiner richtig weiss, wo sie stattfinden. Es sind Partys, von denen jene, die eingeladen sind, sagen, sie seien himmlisch. Jene, die nicht eingeladen werden, sagen, das sei doch auch jedes Jahr derselbe Scheiss.

Normalerweise sah man am Dienstag, wenn die Art Punkt elf Uhr mit dem Satz: «The Art Basel is now open. Please enjoy the show», ein paar wirkliche Stars, meist Leo-

nardo DiCaprio, aber dieses Jahr sah man ihn nicht. Vielleicht war das Wetter zu schlecht, oder er hatte schlechte Laune. Man sah die Netzers auf Familienausflug, Günter, seine Frau, seine Tochter und Baschi. Beat Curti war da, wie immer, Rolf Sachs, Marc Walder, Roger Schawinski und haufenweise schöne Amerikanerinnen, die alle aussahen wie berühmt und von seltsamer künstlicher Schönheit waren, auch in jungen Jahren.

Die Kunst muss man nicht gross erwähnen, es ist halt die ganze Kunst, die die Welt in den letzten Jahrzehnten bis heute so hervorgebracht hat, da ist Grossartiges, und da sind Sachen, die grossartig in die Hose gegangen sind. Am Montag schon wurden die Schweizer Kunst- und Designpreise 2019 verliehen. Die Werke sind na ja, aber das ist meine persönliche Einschätzung. Schon fast Kunst war ein Satz von Alain Berset, der ja nur noch bei solchen Veranstaltungen zur Hochform aufzulaufen scheint: «Sie ahnt, aber sie weiss nicht. Sie fragt, aber sie fühlt sich nicht zur Antwort verpflichtet. Sie bleibt im Ungefähren, aber genau darin besteht ihre Präzision.»

Es war, als hätte der das Œuvre von Rietzler in Worte gefasst. Dessen Bilder sind, wie bei allen Künstlern, die ein wenig wissen, um was es geht in der Kunst, Ausdruck seiner Seele und seines Lebens, und weil es ein Leben ist, das ihn zwar nicht reich macht, aber eines, das reich ist, weil er seinen Weg geht, ohne eine Nutte des Kunstmarktes zu sein, weil es im Einklang mit dem Sein zu sein scheint, weil da Menschen sind und immer wieder Momente, die sind wie kleine Ewigkeiten, sind es Bilder von einer Harmonie, die nur ganz sanft trägt.

Nachdenken über einen Baum

Als er anfang, Erfolg zu haben als Maler, malte er Fische. Zwar erzählte er allen, dass er nicht Fischmaler sein wollte, aber er malte trotzdem Fische. Weil sie ein Symbol der Freiheit seien und eines der Harmonie. Vielleicht ist das jetzt etwas zu sehr zugespitzt, aber seit er Vegetarier ist, ist er weg vom Fischmotiv, er isst sie nur noch und malt abstrakt.

Jetzt hat er diesen Baum in diesem Restaurant eingepackt, nichts wirklich Grosses, wie er sagt, aber wie alles, was Rietzler macht, ist es eine Ode an die Schönheit und an die Welt der Farben. Es ist ein einziger Baum von insgesamt vielleicht sechzehn in Linien stehenden Bäumen. Es macht ihn kostbar mit seinem farbigen Kleid, das aus Rohseide ist, es ist ein Kleid, das ihn schützt auch, er sieht aus wie ein Baum, der Haute Couture trägt. Es ist auch ein Baum, der einen nachdenken lässt; über Schönheit und Kostbarkeit eben, über Verletzlichkeit, über das Ende von allem. Wenn man den Baum sieht, versteht man seine Bilder und umgekehrt. Sie sind der Weg des schönen Zugriffs auf die Mechaniken des Seins. Und der Baum ist einer, der in den Himmel zu wachsen scheint. ○

Griff nach den Kleinen

Die Wohlfahrtslobby hat ein Etappenziel erreicht: Unter dem Titel der Chancengleichheit soll nun auch die frühe Kindheit in der Schweiz durchreguliert werden. Doch wie viel Gleichheit muss sein? *Von Katharina Fontana*

Die Zahl der gesellschaftlichen Problemgruppen, die vom Staat umsorgt werden müssen, nimmt weiter zu. Neuestes Beispiel sind die Null- bis Vierjährigen, bei denen der Bund bildungsmässig Handlungsbedarf erkannt hat und denen er sich künftig vermehrt zuwenden will. Für die U-4-Altersgruppe, so haben es die Mitte-links-Kräfte im Nationalrat in der Sommersession beschlossen, wird jetzt eine Frühförderungsstrategie ausgearbeitet. Das heutige Angebot, das Private und die öffentliche Hand zur Verfügung stellen und das von Elternbildung über Kindersprachkurse, Kleinkindturnstunden, Spielgruppen, Krippen, Tageseltern bis zu eigentlichen sozialpädagogischen Familienbegleitungen reicht, sei ungenügend beziehungsweise ein Flickenteppich, wurde moniert.

Der vom Nationalrat überwiesene Vorstoss gibt Sozialminister Alain Berset freie Hand, ein umfassendes Konzept für die frühkindliche Bildung vorzubereiten. Auf die Frage, warum es das genau brauche und welche Kosten damit verbunden seien, war im Parlament ausser wolkigen Floskeln wie «Damit alle Kinder in der Schweiz dieselben Startchancen haben» nichts zu hören.

«Bestmögliche» Förderung

Der Entscheid ist ein Etappensieg für die einschlägige Bildungs- und Soziallobby, die schon seit längerem ein Auge auf Babys und Kleinkinder geworfen hat. Seit Jahren arbeiten verschiedene Organisationen darauf hin, dass die Schweiz ein Programm für die frühkindliche Bildung, Betreuung und Erziehung installiert. Eine der treibenden Kräfte, die für den institutionellen Ausbau der Frühförderung lobbyiert und die politische Agenda wesentlich mitbestimmt, ist die Schweizerische Unesco-Kommission. Sie hat dieses Jahr den Bericht «Für eine Politik der frühen Kindheit» publiziert, der mit tatkräftiger Hilfe der schwerreichen Jacobs Foundation und der Stiftung Mercator Schweiz entstanden ist – beides sind wohltätige Stiftungen, deren ganz unbescheidenes Ziel es ist, zur «bestmöglichen» Erziehung und Bildung der Kinder beizutragen.

Ihre Botschaft, die im Nationalrat auf fruchtbaren Boden gefallen ist, ist so eindringlich wie einfach: Die Schweiz müsse endlich mehr Geld für die Null- bis Vierjährigen bereitstellen, denn sie sei im Vergleich mit anderen europäischen Staaten ein Entwicklungsland.

Unser Land vergebe sich wegen seiner Knausrigkeit bedeutende volkswirtschaftliche Chancen, denn jeder Franken für die Frühförderung sei wirkungsvoll investiert, vergrössere die Chancengleichheit und trage zum Schutz vor Armut und Jugendkriminalität bei. Glaubt man der Unesco-Kommission, schöpfen die ausländischen Null- bis Vierjährigen ihr Potenzial bereits im Windelalter voll aus und ziehen bildungsmässig davon, während die Kleinen hierzulande wertvolle Zeit vertrödeln. Die



Mitte-links-Kräfte.

ersten Lebensjahre seien für die kognitive und soziale Entwicklung ganz entscheidend, wird gemahnt, und wer beim Kindergarteneintritt entwicklungsmässig nicht auf der Höhe sei, der hole den Rückstand häufig in seinem ganzen Leben nicht mehr auf.

Auch der Schweizerische Wissenschaftsrat, das Beratungsgremium des Bundesrates in Bildungsthemen, bläst ins selbe Horn. Vor ein paar Monaten hat er sich zu Wort gemeldet und anhand einer Studie darzulegen versucht, dass das Schweizer Schulsystem sozial ungleich sei, da die familiäre Herkunft wesentlich über den Schulerfolg entscheide. Begabungen

und Leistungsbereitschaft seien sozial ungleich verteilt und durch die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Klasse oder durch den Wohlstand der Eltern bestimmt. Um allen dieselben Chancen zu eröffnen, müssten Kleinkinder altersgerecht betreut und gefördert werden, so der Appell.

Die Liste an Massnahmen, mit denen die unter Vierjährigen die «bestmögliche» Förderung erhalten sollen, ist lang. Auffällig ist, dass die Eltern und die Familie dabei lediglich eine Nebenrolle spielen, wenn überhaupt, und der Fokus immer mehr bei den professionellen Akteuren liegt, die für die hochqualitative Betreuung und Erziehung verantwortlich sein sollen. «Frühe Förderung bereitet Kinder für das Leben in der Gesellschaft vor», heisst es im Unesco-Bericht selbstbewusst. Hauptpfeiler sind die bessere Ausbildung und Bezahlung des Krippenpersonals, eine ausgebaute öffentliche Qualitätskontrolle der Tagesbetreuung (dass hütende Grosseltern oder privat angestellte Nannys heute keine «Qualitätsstandards» erfüllen müssen, wird kritisch vermerkt), die soziale Durchmischung der Kindergruppen, eine massgebliche Mitfinanzierung der Angebote durch Bund, Kantone und Gemeinden und umfassende Forschungsprogramme. Zudem sollen Bevölkerung und Politik intensiv dafür «sensibilisiert» werden, dass sich gute Frühförderung lohnt und ihren Preis hat.

Ungleichheit ist nicht unmoralisch

Angesichts der Pläne, die Kleinen ab dem Wiegenalter zu vereinnahmen, kann es einem mulmig werden. Es sei hier nicht angezweifelt, dass stark benachteiligte Kinder aus eigentlichen Problemfamilien von einer frühen auswärtigen Betreuung profitieren können. Deswegen muss daraus aber noch lange kein allgemeines Fördersystem für alle Kleinen entstehen. Man kann durchaus der Meinung sein, dass Kleinkinder in erster Linie ein stabiles, geschütztes Umfeld brauchen und keine professionelle, staatlich beaufsichtigte Bildung. Zumal auch der Blick ins angeblich so fortschrittliche Ausland zeigt, dass die frühe familienexterne Förderung beileibe kein Wundermittel ist und beispielsweise nicht vor Jugendarbeitslosigkeit schützt. Was die geplante Offensive den Kleinen tatsächlich bringen würde, ist also ungewiss. Klar ist hingegen: Für die Bildungs-, Sozial- und Forschungsbranche täte sich ein neues und einträgliches Feld an Betätigungen auf.

Der Staat sei moralisch verpflichtet, für gleiche Startchancen bei den Kleinen zu sorgen, argumentieren die Frühförderer. Das tönt natürlich gut und edel – in der Schweiz ist man stolz darauf, dass jeder es mit Leistung und Talent zu etwas bringen kann. Dennoch sollte man sich nicht dazu verleiten lassen, jedes politische Anliegen, das unter dem Titel der Chancengleichheit segelt, leichthin abzunicken – Chancengleichheit darf nicht verabsolutiert werden. Man stelle sich vor, was es bedeuten würde, wenn der Staat effektiv Gleichheit herstellen und konsequent für dieselben Startchancen von Babys und Kleinkindern sorgen würde. Er müsste die unterschiedlichen Lebensstile eibnen und den familiären Einfluss neutralisieren, indem er beispielsweise eine gesunde Ernährung für alle vorschreibe, den Kleinen sinnvolle Hobbys vorgäbe und sie gleich auch noch kollektiv ins Ferienlager schickte. Die Familie, so viel lässt sich sagen, hätte dann bald ausgedient.

Interessanterweise ist in der Erziehungswissenschaft durchaus strittig, inwieweit die Chancengleichheit als pädagogisches Konzept überhaupt taugt. So hält etwa der emeritierte Erziehungswissenschaftler Walter Herzog von der Universität Bern die Erwartungen, die mit dem Begriff geweckt werden, für über-

Das Thema ist in der Erziehungswissenschaft durchaus umstritten.

rissen. Ungleichheit gebe es überall, nicht nur in sozialer Hinsicht: Sei ein Kind nicht begabt, so könne es deswegen mindestens ebenso benachteiligt sein wie wegen eines ungünstigen familiären Umfelds, und es trage weder für das eine noch für das andere die Verantwortung. Auch der Lehrer, die Klasse, die Qualität des Unterrichts seien Faktoren für Ungleichheit. Es wäre uferlos, wollte man überall gleiche Verhältnisse schaffen, meint Herzog. Er plädiert dafür, dass man bei der Bildung nicht in erster Linie die Gleichheit als das bestimmende Kriterium ansieht, sondern die Menschenwürde: «Jedes Kind hat einen Anspruch darauf, ein Minimum an Grundbildung vermittelt zu bekommen, um als Erwachsener sein Leben eigenständig zu gestalten – das reicht eigentlich aus. Was darüber hinausgeht, ist die Sache des Einzelnen.»

Für die Denkschule, der Herzog angehört, müssen alle Kinder in der Schule die Voraussetzungen mitbekommen, um später selbstbestimmt leben zu können, sie müssen aber nicht alle einander gleichgestellt sein – Ungleichheit gilt nicht per se als moralisches Problem. Diese Auffassung von Bildungsgerechtigkeit liegt deutlich näher bei der Realität als jene der Wohlfahrtslobby. ○

Schweiz

Ränkespiel um Bundesrichter

Die zuständige Parlamentskommission empfiehlt eine CVP-Frau als Bundesrichterin. Der SVP-Kandidat wurde übergangen, obwohl die Partei untervertreten ist. Das sorgt im Bundeshaus für rote Köpfe.



Jubelmeldung: Kandidatin Hänni (CVP), Ständerat Caroni (FDP).

Die Medienmitteilung der Gerichtskommission von National- und Ständerat vom letzten Donnerstag hat es in sich. Sie empfehle der Vereinigten Bundesversammlung Julia Hänni (CVP) und Bernard Abrecht (SP) zur Wahl als ordentliche Bundesrichter. Während die Wahlempfehlung für Abrecht geräuschlos über die Bühne ging, sorgt jene für die CVP-Frau im Bundeshaus für rote Köpfe. Sie soll nämlich den zurücktretenden SVP-Bundesrichter Peter Karlen ersetzen. Der Hintergrund der Aufregung: Für die Besetzung von Bundesrichterstellen gilt ein freiwilliger Parteienproporz. Die SVP ist aber bereits heute untervertreten, und zwar so deutlich wie keine andere Partei. Sie hat Anspruch auf 11,34 Bundesrichter, hält aber nur zehn. Die CVP ist um 0,64 Richterstellen im Minus. Im Plus sind dagegen die Linksparteien SP (0,5) und – besonders deutlich – die Grünen (1,99).

Caroni enthielt sich der Stimme

An der Kommissionssitzung von letzter Woche kam es deshalb zu einem Showdown mit äusserst knappem Ausgang. Im Wissen um die Bedeutung der Wahl nahmen die SVP-Schwergewichte Albert Rösti (Parteipräsident) und Thomas Aeschi (Fraktionschef) an der Sitzung teil. Sie vertraten zwei Kollegen. Entscheidend war das Verhalten der FDP. Hätte sie geschlossen für den SVP-Kandidaten Thomas Müller, den Präsidenten des Berner Verwaltungsgerichts, votiert, wäre dieser durchgekommen. Doch der Ausserrhoder Ständerat Andrea Caroni enthielt sich der Stimme. Damit stand es 8:8. Den Stichentscheid fällte Kommissionspräsident Jean-Paul Geschwind (JU). Dieser gehört der CVP an – und setzte auf seine Parteikollegin Hänni. Auf Anfrage der *Weltwoche* bestätigt Caroni, sich der Stimme enthalten zu haben – «im Wissen, dass es so herauskommen würde, wie es herausgekommen ist». Er habe zusammen mit Hänni studiert und halte sie für «hervorragend».

Folgt die Vereinigte Bundesversammlung am 19. Juni der Empfehlung der Kommission, wird der Parteienproporz weiter zuungunsten der SVP verschoben. Die CVP wäre dann zwar leicht im Plus, aber die Volkspartei wäre mit mehr als zwei Richterstellen im Hintertreffen. Natürlich ist die Parteizugehörigkeit nicht das einzige Kriterium für eine Wahl. Die Vereinigte Bundesversammlung solle daneben auch «sprachliche, regionale sowie fachliche Kriterien» berücksichtigen, schreibt das Bundesgericht. Doch würde der SVP-Kandidat tatsächlich übergangen, verschärfte sich die Untervertretung der SVP insbesondere in der wichtigen Ersten öffentlich-rechtlichen Abteilung. SP (2) und Grüne besetzen dort drei von sechs Richterstellen. Die FDP ist ebenfalls mit zwei Richtern vertreten, während die SVP bei der Nichtwahl von Müller ganz aus dieser Abteilung verschwinden würde.

Die von der Gerichtskommission vorgeschlagene Julia Hänni habe sich gut präsentiert, vernimmt man aus der Kommission. Die Jubelmeldung in der Pressemitteilung, sie könne einen «ausserordentlichen akademischen Werdegang vorweisen», ist allerdings zu relativieren. Die 42-Jährige ist Assistenzprofessorin an der Universität Luzern. Sie hat also noch keinen ordentlichen Lehrstuhl inne. Spezialisiert ist sie auf öffentliches Recht mit Schwerpunkt Energierecht, Europarecht und Rechtsphilosophie. Sie kommt also eher von der Theorie her, zumal sie nie Richterin war und auch kein Anwaltspatent erworben hat. Geholfen haben dürfte ihr jedoch, dass sie Gerichtsschreiberin am Bundesgericht war. Pikantes Detail: In Lausanne war sie persönliche Mitarbeiterin von einem GLP- und zwei SP-Richtern. Einer ihrer SP-Chefs war Lorenz Kneubühler. Er gehört der Ersten öffentlich-rechtlichen Abteilung an, in der mit dem Rücktritt von Karlen nun ein Sitz frei wird. Ein Schelm, der Böses dabei denkt. *Philipp Gut*

«Idealistische, schon fast religiöse Wallungen»

Hans-Georg Maassen, ehemaliger Chef des deutschen Verfassungsschutzes, zu den Europawahlen, zum Sieg der Grünen und zur Niederlage der Volksparteien SPD und CDU.
Von Matthias Matussek und Dirk Lässig (Bild)

Zur Begrüssung wartet Hans-Georg Maassen, der ehemalige Chef des Bundesamtes für Verfassungsschutz, mit einer Sensation auf: einem Lächeln! Es huscht kurz über sein Gesicht, ansonsten Reglosigkeit in vollendeter Perfektion, schmaler Kopf, weiche Züge und kleine, goldgefasste Brillengläser, die ja eigentlich nur die Iris umfassen. Alles eine einzige Zurückgenommenheit und Konzentration. «Wie geht es Ihnen?» – «Gut.» So viel zum Persönlichen.

Es ist nicht unkompliziert, sein Büro zu finden in dieser Consultingfirma in Charlottenburg. Eine Menge Spürsinn war erforderlich. Eigentlich könnte ich damit in seinem ehemaligen Amt reüssieren, sage ich. Kein Lächeln, Maassen verbeisst sich jede wie auch immer lustige Antwort.

Es ist der Tag zwei nach der EU-Wahl, die SPD verbuchte eine Art Kernschmelze, die CDU ist kurz davor. Wie hat er den Wahlabend erlebt? «Ich war mit Gerhard Schindler, dem ehemaligen BND-[Bundesnachrichtendienst]-Chef, und anderen Freunden zusammen. Wir hatten gegrillt und die Ergebnisse der Wahl zusammen am Fernseher verfolgt. Als dann die erste Hochrechnung für die CDU kam, war meine Reaktion: Ich habs mir gedacht! Und die zweite: Was ist aus dieser stolzen Volkspartei geworden?»

«Und dieser grüne Balken, der nach der ersten Hochrechnung nach oben schoss? Was war Ihre erste Reaktion?» – «Deutscher Idealismus. Ich musste an politische Romantik und an den deutschen Idealismus denken. Und an die Umkehrung des Satzes von Goethes «Faust»: «Ich bin die Kraft, die stets das Gute will ...»

Moralisierung der Politik

Offenbar, führt er aus, seien die Deutschen anfällig für derartige idealistische, schon fast religiöse Wallungen. Sie hätten zu lange in obrigkeitlichen und totalitären Systemen gelebt und zu wenig eigene politische Erfahrungen machen können. Vor allem die Erfahrung, dass man mit einer idealistischen Politik in der harten Welt der Realität scheitert. Vielleicht seien die Deutschen in dieser Hinsicht die religiöseste Nation auf Erden. Sie unterschieden nicht zwischen zweckmässig und unzweckmässig, sondern zwischen Gut und Böse. Diese Moralisierung der Politik sei verheerend.

Das Thema Klima habe den Europawahlkampf in Deutschland dominiert. Ein Thema, das in den meisten anderen EU-Staaten nur

Kopfschütteln ausgelöst habe. Jeder Vernünftige wisse, dass die Deutschen weder die Welt ändern noch das Weltklima retten könnten und dass sich andere Staaten von den Deutschen eine Klimapolitik nicht vorschreiben lassen würden. Genauso wenig wie im Übrigen die Migrationspolitik. Nicht die Themen von SPD und Union seien die beherrschenden Themen gewesen, sondern jenes der Grünen. Das Wahlergebnis vom Sonntag sei eine Niederlage der Vernunft gewesen. Die «Fridays for Future»-Kinder hätten offenbar ihre Eltern und Grosseltern bearbeitet. «Besonders die Jugend ist anfällig für ideologische Radikallösungen, das haben Faschismus und Kommunismus, eigentlich alle Ismen bewiesen.»

Hat die Ibiza-Affäre bei der Europawahl eine Rolle gespielt? Offenbar haben Dienste diese ominöse verwanzte Villa schon öfter benutzt, um Steuersünder oder Rauschgifthändler zu überführen. «Kannten Sie die?» – «Nein. Ich

Vielleicht seien die Deutschen die religiöseste Nation auf Erden.

halte es für möglich, dass die Falle nicht von einem ausländischen Geheimdienst, sondern von einer privaten Firma, die auf schmutzige Aktionen spezialisiert ist, aufgestellt worden ist. Jetzt stellt sich die Frage, wer der Auftraggeber ist.»

«Sie sind in die Kritik geraten, besonders seitens des *Spiegels*, weil Sie sich kritisch zur Veröffentlichung so kurz vor der Wahl geäußert haben.» – «Umgekehrt ist es richtig: Der *Spiegel* ist heftig kritisiert worden, weil er eine Woche vor der Europawahl diese Veröffentlichung vorgenommen hat, ohne zu belegen, in wessen Auftrag das Video aufgenommen und veröffentlicht worden ist. Dass derartige Tatsachen bekanntgemacht werden müssen, ist aus meiner Sicht klar. Eine andere Frage ist, ob man eine solche Berichterstattung aus einem anderen Land macht, ohne als Journalist zu wissen, ob und von wem man sich instrumentalisieren lässt – und das auch noch vor einer Wahl.»

Aber zurück zu den Grünen. «Die Grünen wurden so stark, weil sie die Wahlkampfagenda bestimmen konnten und weil ihr Idealismus und ihre Irrationalität hoffähig gemacht wurden. So hoffähig, dass alle anderen Parteien ver-

suchen, dem nachzueifern.» Dies mache ihm Angst. Es gebe natürlich Bedrohungen, die sehr viel drängender seien als der Klimawandel. Eine mögliche europäische Finanzkrise, eine wirtschaftliche Rezession, die Zukunft Europas zwischen Russland, China und den USA, Terrorismus und das Thema Migration. «Nach wie vor sind die Aussengrenzen der EU nicht gesichert. Nach wie vor lassen wir täglich 500 bis 700 Menschen als Asylsuchende in unser Land, die meisten ohne Papiere und ohne Prüfung ihrer Identität. Ich sehe nicht, dass wir ausreichende Vorkehrungen für den nächsten grossen Ansturm getroffen haben.»

Stolz auf vereitelte Anschläge

Die deutschen Sicherheitsbehörden hätten im Flüchtlingsstrom von 2015 und danach rund zwei Dutzend IS-Kämpfer identifiziert, die mit konkreten Terroraufträgen nach Europa kamen. Und sie erhielten in den Monaten darauf pro Tag zwei bis drei Hinweise auf Terrorverdächtige. All diesen Hinweisen musste man natürlich nachgehen. Zahlreiche Anschläge seien verhindert oder die Planungen im Vorfeld durchkreuzt worden. Aber es hätten auch sechs Anschläge stattgefunden, die die Sicherheitsbehörden nicht verhindern konnten; der schlimmste 2016 auf den Weihnachtsmarkt in Berlin. Mit einem gewissen Stolz erzählt Maassen, dass durch den Verfassungsschutz im Juni vergangenen Jahres in Köln ein Giftgasanschlag vereitelt werden konnte. Der aus Tunesien stammende Täter hatte bereits den biologischen Kampfstoff Rizin in seiner Wohnung hergestellt und einen Sprengsatz weitgehend fertiggestellt. Die Zutaten für die Herstellung des hochgefährlichen Rizins hatte er im Internet bestellt und sich nach Hause liefern lassen.

«Das war für ihn relativ einfach. Auch wenn die wirklich gefährlichen Stoffe nicht so einfach zu kaufen sind, kann man Grundstoffe erwerben, die manche Handwerker benötigen oder die in der Industrie verwendet werden. Und dann kann man mit etwas Geschick selber einen gefährlichen Stoff basteln. Manche Anleitungen dazu finden sich auch im Internet. Teilweise geben die Verkaufsplattformen unabsichtlich auch Hinweise auf weitere Grundstoffe.»

«Das ist doch immerhin sehr zuvorkommend.» Maassen nickt. Leises Stöhnen. Man wisse nicht, sagt er, welcher Jugendliche, aufgehetzt durch Videos oder Chats im Internet,



«Es ist wie ein Rohrbruch, und die Politik ruft uns zu: Ist doch prima, dann könnt ihr jetzt im Wohnzimmer baden»: Jurist Maassen.

gerade unter diesen Dächern – kurzer Blick durch die Fenster – irgendetwas plane. Für einen Geheimdienstmann der nackte Albtraum.

Dann zählt er auf: schätzungsweise 11 500 Salafisten in Deutschland, darunter 2000 Personen, die er zum islamistisch-terroristischen Personenpotenzial zählt, 700 davon aktive Gefährder. Maassen präsentiert dieses Zahlenwerk ausdruckslos in diesem schmucklosen Büro, das aus einem Konferenztisch besteht, ein paar Stühlen und kahlen Wänden – nichts, was von Fakten und nackter Realität ablenken könnte.

«Wir haben rund 240 000 ausreisepflichtige Ausländer. Die allermeisten werden wir unter den bestehenden politischen Bedingungen nicht in die Heimat abschieben können. Meistens weigern sich die Heimatländer, diese Personen zurückzunehmen. Für sie lohnt es sich eher, ihre Problemfälle in Deutschland zu lassen, denn diese schicken oftmals wertvolle Devisen in ihre Herkunftsländer und sind, falls es sich um Islamisten handelt, keine Gefahr für die eigene nationale Sicherheit.» Durchaus kritisch sieht Maassen die Rolle von NGOs, die manchmal so weit gingen, aktiv Abschiebungen zu unterlaufen, ja, abzuschubende Ausländer teilweise zu verstecken. Dabei gehe es nicht immer nur um politische Ideologie, sondern es gehe in der Asyl- und Abschiebungsdiskussion auch um handfeste finanzielle Interessen derjenigen, die mit Asylsuchenden Geld verdienten.

Phänomen der Zurückhaltung

Maassen, der zur «Rechtsstellung des Asylbewerbers im Völkerrecht» promoviert hatte und unter Minister Otto Schily (SPD) die Integrationsgesetzgebung entwarf, hält Integration im Prinzip für möglich. «Was wir heute teilweise erleben, ist nicht das, was wir uns damals vorstellten, nämlich die Integration in die deutsche Gesellschaft, sondern Integration in bestehende arabische oder türkische Parallelgesellschaften. Und das muss uns Sorge bereiten, vor allem, wenn Imame eher an der Destabilisierung unserer Kultur und unserer Demokratie interessiert sind.»

Er ist ein Phänomen der Zurückhaltung, dieser durchaus zuvorkommende, druckreif formulierende Ex-Beamte in seinem hervorragend geschnittenen dunkelblauen Anzug mit der dezent gepunkteten Krawatte über dem weissen Hemd. Fast britisch unterkühlt. Im ungarischen Fernsehen – auch das wurde gerne kritisiert – stand er der Interviewerin nahezu reglos Rede und Antwort, aber die Antworten liessen an Randschärfe nichts zu wünschen übrig. Die Kritik an Ungarn? «Auch wenn man manche Positionen der ungarischen Regierung nicht teilt, sollten wir Deutschen dem ungarischen Volk dankbar sein. Offenbar haben viele Deutsche dreissig Jahre nach 1989 vergessen, dass die Ungarn durch ihre Grenzöffnung die deutsche Einheit herbeigeführt haben.»

Ähnlich zurückhaltend war sein Auftritt in Köln vor einigen Monaten auf einer Sitzung der «Werteunion». Maassen sprach von seinem Onkel, der sich als Katholik nicht in der Hitlerjugend engagiert hatte, sondern bei den «Edelweisspiraten», erklärten jungen Gegnern des Regimes. Dieser Onkel habe ihm gesagt, das Erschreckende an den Deutschen seien das «Mitläufertum» und das «Duckmäusertum» gewesen; Menschen, die sich hinter vorgehaltener Hand kritisch äusseren, aber ansonsten schwiegen. Mitläufer, die seinen Onkel nach 1945 darum baten, dass er bescheinigen solle, sie seien schon immer gegen die Nazis gewesen. Solche Mitläufer wie damals, die keine persönlichen Nachteile haben wollen oder nicht den Mut haben, ihre Meinung zu sagen, gebe es immer wieder. «Totalitarismus ist auch heute wieder möglich. Das liegt auch an den Führungspersönlichkeiten in Politik und Wirtschaft.» Und er meint damit wohl nicht die Gleichschaltung durch Rechte, sondern durch Linke.

Wie wird Maassen damit fertig, nach seinem Ausscheiden aus dem Dienst nun zu den bösen Rechten gezählt zu werden? «Ich habe mich nie als Rechten, sondern als Realisten gesehen, der

Ihm sei um eine Wende in der Politik zu tun. Er kommentiere die Politik von der Seitenlinie.

den Mut hat, das auszusprechen, was andere nicht auszusprechen wagen. Nun, ich erfahre auch viel Unterstützung. Als ich im Bundestag auf Einladung von Mitgliedern des Berliner Kreises der CDU/CSU-Fraktion sprach, sind an dem Wochenende einige Menschen extra aus Rostock angereist, um mich zu sehen.»

Im Grunde habe die CDU ähnliche Personalnöte wie die SPD. Hochqualifizierte Menschen mit Berufs- und Lebenserfahrung finde man kaum mehr auf Führungsebene in diesen Parteien. Die SPD sei suizidal mit der Qualität ihres Führungspersonals und ihren Programmatiken. Viel besser sehe es in der CDU auch nicht aus. Dies bedeutet aus Maassens Sicht eine Gefahr für die Demokratie: «Auf jeden Fall kenne ich genügend Menschen, die nicht in der Politik sind, es aber besser könnten als viele Berufspolitiker.»

Denkt er daran, in die Politik zu gehen? Offenbar reist er derzeit von Ortsverein zu Ortsverein, um sich vorzustellen. Darum gehe es ihm nicht, antwortet Maassen. Ihm sei um eine Wende in der Politik zu tun. Er kommentiere die Politik von der Seitenlinie. Sehr viele Menschen teilten seine Ansichten. Es wäre schön, wenn die politischen Akteure anders spielen würden. Aber derzeit sehe er sich nicht auf dem Spielfeld. Im Moment versuche er den Spagat zwischen Politik und Wirtschaft. Aber er erhält viel Zuspruch, etwa durch die jüngst gegründete Werteunion, die versucht, die CDU wieder in die Mitte zu rücken und zu jener werden zu lassen, in die er als Sechzehnjähriger eingetreten ist.

«Was gab damals den Ausschlag, dass Sie 1978 in die Junge Union eintraten?» 1978, zur Erinnerung, war das Jahr der Massenproteste in Teheran, Aldo Moro wurde von den Roten Brigaden ermordet, Helmut Schmidt regierte, Borussia Mönchengladbach, sein Verein, hatte sich in den Jahren zuvor deutsche Meisterschaften in Serie geholt. «Es war das Umfeld, einige meiner Mitschüler traten damals ebenfalls der Jungen Union bei. Es lag sicherlich auch an unseren jungen Lehrern, die durch 1968 geprägt waren und mit wenigen Ausnahmen zur politischen Linken zählten. Meine Schulfreunde und ich haben die Autorität dieser Lehrer nicht akzeptiert. Deshalb wollte man schon aus Opposition in die andere Richtung. Aber natürlich hat mich mein Elternhaus geprägt. Mein Vater war zwar sozial, aber konservativ, der Grossvater ebenfalls, wir waren katholisch, ich war Messdiener. Also lief alles auf die CDU hinaus.»

«Auswandern ist kein Thema»

Die Fohlen-Elf von Borussia Mönchengladbach, die magische Achse, kann er heute noch auswendig: «Rupp, Netzer, Heynckes», vor allem Netzer, Glanzzeiten, die Einzigen, die den Bayern das Wasser reichen konnten. Dass man als Jugendlicher Ende der siebziger (Terroristen-) Jahre aus Opposition zu einer verdummten linken Diskursheute den Wunsch entwickelte, sich konservativ zu engagieren, ist verständlich. Merkwürdig allerdings, dass die heutige Jugend sich nicht in Opposition begibt, sondern die herrschende Ideologie zu übertrumpfen sucht. «Das ist mir zu pauschal. Ich habe kürzlich vor der Jungen Union in Coburg gesprochen und eine Menge aufgeweckter und engagierter junger Menschen kennengelernt.»

Nun hat ja CDU-Chefin Annegret Kramp-Karrenbauer für die Wahlniederlage rechte Kreise in der Jungen Union und in der Partei verantwortlich gemacht. Der EU-Abgeordnete Dennis Radtke hat den Ausschluss der Werteunion aus der Partei verlangt. «Ich störe mich daran, dass manche Berufspolitiker nur noch mit Gleichgesinnten diskutieren wollen. Andersdenkende werden wie Feinde behandelt, sollen stigmatisiert, isoliert und verboten werden. So funktioniert Demokratie nicht. Die Junge Union ist der Nachwuchs, und der Vorsitzende der Jungen Union hat in vielem recht. Wenn die Partei nun ausgerechnet den eigenen Nachwuchs verprellt, wie will sie dann noch weitermachen?»

«Haben Sie sich schon mal überlegt, in ein anderes Land zu ziehen? Japan eventuell? Ihre Frau ist Japanerin.» – «Ich liebe Japan. Japan ist grossartig. Wir sind dort häufiger, und wir machen gerne Urlaub auf der Insel Kyushu. Ich glaube, ich würde eher nach Japan ziehen als meine Frau, die Deutschland und Europa mit den unterschiedlichen Kulturen und der Musik liebt. Aber auswandern ist kein Thema.»

«Kocht sie zu Hause japanisch?» – «Selbstverständlich. Sushi und alles Weitere, was die reich-



«Wenn sie selber entscheiden könnte, würde sie im Amt bleiben, solange es möglich ist»: Maassen mit Merkel, 2014.

haltige japanische Küche so hergibt.» «Was gefällt Ihnen an Japan?» – «Die Natur, die Sprache, der Umgang der Menschen miteinander. Aber auch der nüchterne Realitätssinn: Fukushima liegt in Japan und nicht in Deutschland. Die Folgen von Fukushima haben Japan und die Japaner zu tragen. Sie mögen auch keine Kernkraft, aber sie waren nicht so vermessen, dass sie nach Fukushima alle Kernkraftwerke abschalteten. Denn sie wissen, dass sie als Industrieland auf absehbare Zeit ohne diese Energieversorgung nicht auskommen werden. Als Jurist sehe ich, dass in Japan vieles nicht so detailliert geregelt ist wie bei uns. Aber das, was geregelt ist, wird konsequenter durchgesetzt als in Europa.» Klingt wie das Paradies für einen Juristen.

Symbol einer kaputtregierten Stadt

Wie hat er die Abkanzlung durch die Kanzlerin erlebt? Hat er bei Angela Merkel interveniert, als sie die Grenze nicht wieder schloss? «Nein, dazu war ich nicht auf Augenhöhe. Aber das, was ich zu sagen hatte, habe ich auf dem Dienstweg transportiert.» – «Sie waren enttäuscht, als sie in Thomas de Maizières Memoiren lasen, dass man Angst vor unschönen Bildern hatte.» – «Aus meiner Sicht darf die Sorge vor <unschönen Bildern> nie die Maxime politischen Handelns sein, vor allem dann nicht, wenn das Recht ein bestimmtes Handeln gebietet.» – «Und Ihr späterer Rausschmiss?» – «Nun, es ist das Recht eines Ministers, seine politischen Beamten jederzeit ohne Begründung auszutauschen, wenn sie sein Vertrauen nicht mehr haben.» – «Aber tatsächlich haben Sie sich ja nichts anderes zuschulden kommen lassen als diesen Vorfall in Chemnitz, der von Merkel als <Hetzjagd> bezeichnet wurde, anders zu bewerten.» Er legt den Kopf schräg. Ist es ein Nicken? Stattdessen sagt er: «Ich habe als Behördenchef und als Vor-

gesetzter immer grossen Wert auf Mitarbeiter gelegt, die mich gut beraten. Keine Querulanten, aber Mitarbeiter und Kollegen mit konstruktiver Kritik. Ich bin so selbstbewusst, dass ich weiss, dass ich vieles weiss und kann. Aber es hat auch immer Mitarbeiter gebraucht, die den Mut und das Wissen haben, mich zu beraten und mir zu sagen, wenn ich mal auf dem Holzweg bin. Bis heute bin ich damit immer gut gefahren.» – «Wer hat Sie nach dieser öffentlichen Demütigung aufgefangen?» – «Natürlich meine Frau und meine Freunde, die sind ein gutes Netz.»

Vorhersagen wagt er nicht, aber er sieht die jetzige politische Situation kritisch. In manchen Politikfeldern bestehe dringender Handlungsbedarf. Die Energiewende habe die Strompreise für Industrie und Verbraucher in die Höhe schnellen, zu den höchsten Energiepreisen in Europa werden lassen. Die Sicherheitslage sei fragil, die Gesellschaft politisch tief gespalten. Wenn wir jetzt in eine Rezession oder gar in eine Finanzkrise rutschen sollten und infolgedessen die Arbeitslosigkeit steige und die Steuern erhöht würden, könne es ungemütlich werden. «Dann brennt die Strasse wie im Nachbarland Frankreich?» – «Ich weiss es nicht. Ich bin kein Prophet. Aber es könnte durchaus so kommen.»

Keine schönen Aussichten. Zur Aufmunterung schlage ich ein Mittagessen vor. Vor dem Restaurant das Symbolbild einer kaputtregierten Stadt: Zwei Bauarbeiter schippen Sand in eine Maschine, eine von Hunderten von Baustellen. «Typisch Berlin», sage ich. Baustellen. «Die bekommen das ja bezahlt, sobald der erste Spaten im Einsatz ist», so Maassen. «Deshalb gibt es wenig Ehrgeiz, Baustellen zu schliessen.»

Wir plaudern über seine Vorgesetzten. Der damalige Innenminister Hans-Peter Friedrich (CSU), findet er, wurde unterschätzt. Er wurde im Zusammenhang mit der Edathy-Kinder-

porno-Affäre entlassen, dabei habe er sich nichts zuschulden kommen lassen. Von allen hat Maassen Otto Schily am meisten geschätzt und respektiert. «Der hat ja ideologisch eine rasante Kurve hingelegt, vom Terroristenanwalt zum Innenminister des verhassten kapitalistischen Systems.» – «Da muss ich widersprechen. Schily war in erster Linie Anwalt und hat als solcher für seine Mandanten gekämpft, und wie jedem Anwalt musste ihm die Schuldfrage zunächst egal sein.» – «Otto Schily hat auch das Innenministerium nach diesem Prinzip geführt, als Anwalt des Staates hat er seine Interessen wahrgenommen. Von ihm kamen immer klare Ansagen, er war verlässlich und hatte Weitblick.»

Eine schopenhauerianische Antwort

Wird Angela Merkel nach diesem Wahldebakel aufgeben? «Nein, das kann ich mir nicht vorstellen. Wenn sie selber entscheiden könnte, würde sie im Amt bleiben, solange es möglich ist.» Sie sei, meint Maassen, eine Person mit langen Linien. Die ersten Jahre hätten der Machtkonsolidierung gedient, bis etwa 2009. Es war wie eine friedliche Übernahme. Danach habe sie den politischen Kurswechsel eingeleitet. «Lustig», fällt ihm gerade ein, «war, dass sie mich 2014 in der Behörde besuchte. Als erster Regierungschef seit Helmut Schmidt. Auf der anschliessenden Pressekonferenz rühmte sie die Behörde in den höchsten Tönen.» Moment, war das wieder ein Lächeln?

Seine Lektüre derzeit? «Ich lese immer wieder gerne Schopenhauer. Ich habe immer ein kleines Büchlein von ihm dabei. Ich liebe seinen Realitätssinn, seine Aphorismen und seinen mitunter schwarzen Humor. Manchmal sind seine Texte auch melancholisch.» – «Wirklich keine Ambitionen, langfristig in die Politik zu gehen?», frage ich nochmals. «Wer weiss, was morgen ist», sagt Maassen. «Es kann viel passieren. Mir kann morgen allerdings auch ein Meteorit auf den Kopf fallen.» – «Eine schopenhauerianische Antwort.» Jetzt lächelt er wieder kurz. Neben Schopenhauer liest er «Kulturpessimismus» von Alexander Grau. «Nur weil eine Gesellschaft ihren eigenen kulturellen Niedergang nicht mehr wahrnimmt oder sogar noch als Fortschritt begreift, bedeutet das nicht, dass es diesen Niedergang nicht gibt.» Grau beschreibt den Verfall, die fortschreitende Korrosion der Institutionen und Bindemittel der Gesellschaft, der Familie, der Kirchen, der Parteien. «Es ist wie ein Rohrbruch, und die Politik ruft uns zu: Ist doch prima, dann könnt ihr jetzt im Wohnzimmer baden.» Aber er, Maassen, scheint entschlossen, das alles nicht hinzunehmen. Er hält Vorträge, gibt Interviews, was nicht ohne Wirkung bleibt. Mit unverhohlenem Stolz zeigt er mir einen kritischen Tweet über den Wahlausgang, der innerhalb weniger Stunden bereits an die 200 Likes verbuchte.

Aber jetzt muss er wirklich los zu seinen Mandanten aus der Wirtschaft – die warten bereits. O

Gegen Bäume rennen

Die bürgerliche Koalition aus ÖVP und FPÖ hat Österreich aus der Agonie des Stillstands und des Streits herausgeholt. Wie geht es weiter nach der Ibiza-Affäre um Heinz-Christian Strache und der historischen Abwahl von Kanzler Sebastian Kurz? *Eine Standortbestimmung von Gerald Grosz*

Man muss das Rad nicht neu erfinden, dachte sich wohl Österreichs nunmehriger Alt- und Kurzzeitkanzler Sebastian Kurz in jener schicksalhaften Nacht des 17. Mai 2019. Soeben war das immerhin zwei Jahre zurückliegende Urlaubsverhalten zweier Mandatsträger seines Koalitionspartners FPÖ via deutsche Mediensteuerung ruck- und im wahrsten Sinne des Wortes sichtbar geworden. Während diese «Bombe» mitten im Wiener Regierungsviertel einschlug und die Folgen bei weitem noch nicht abschätzbar waren, wurden bei der bürgerlichen Volkspartei bereits die Weichen für Neuwahlen gestellt.

Angetrieben und diktiert von den mächtigen Landeshauptleuten, wurde das alte Regiebuch Wolfgang Schüssels aus dem Jahr 2002 in den Archiven der Volkspartei kurzerhand exhumiert, schnell abgestaubt und auf den jungen Amtsnachfolger des legendären Wendekanzlers angepasst. Dem über die Landesgrenzen hinaus bekannten Machiavellisten Schüssel war es nach den Turbulenzen und der Spaltung der FPÖ (Stichwort: Haider-Aufstand in Knittelfeld) gelungen, die «alte schwarze Tante ÖVP» auf über 40 Prozent in der Wählergunst – natürlich ausschliesslich zu Lasten des damals gespaltenen Koalitionspartners – zu bringen. Und was lag daher näher, als die durch das Ibiza-Video nun entstandene Schwäche, die Verwirrung über die Jahre zurückliegende Videofalle auf der spanischen Urlaubsinsel und den sofort erklärten Rücktritt des blauen Heroen Strache sowie das damit verbundene Machtvakuum knallhart auszunutzen, die Regierungsvereinbarung zu brechen, die Koalition zu sprengen, Neuwahlen zu erzwingen und wiederum auf eine gespaltene FPÖ im bürgerlichen Wählerreservoir zu hoffen?

Wolfgang Schüssel 2.0

Was bereits vor siebzehn Jahren zum durchschlagenden Wahlerfolg führte, würde dem neuen «Basti Fantasti» der Alpenrepublik erst recht gelingen, dachten sich zumindest die Berater im Umfeld des türkisen Superstars. Um Sebastian Kurz und seine ÖVP in dieser Situation verstehen zu wollen, muss man um die Charakterisierung des Ersteren Bescheid wissen: Selbst der ÖVP wohlgesinnte Beobachter in der Medienszene meinten ja nicht zuletzt durch gezielt gestreute Meldungen aus seinem eigenen Umfeld, er verfolge seit Jahren eine glasklare Strategie, überlasse nichts dem Zufall, mache keine Fehler. Kurz

sei ein berechenbares Produkt von Spindoktoren, auf die «message control» seiner Kanzlerschaft entemotionalisiert, aalglatt, ohne eigene Persönlichkeit und aus reinem Kalkül agierend. Weniger wohlmeinende Kommentatoren meinen, jede Wachsfigur bei Madame Tussauds zeige mehr unkontrollierte Gefühlsregungen als der jüngste und zugleich bisher am kürzesten dienende Kanzler Österreichs. Und daher war es nicht überraschend, dass Parteitaktik vor Staatsverantwortung, Erfolgsgier vor partnerschaftliche Loyalität gestellt wurde und der 32-jährige Parade-schwiegersohn Kurz zu einem Wolfgang Schüssel 2.0 mutierte.

Zu kurz gedacht, wie wir heute wissen. Denn wie eine weitere Erkenntnis lehrt, soll man die Rechnung bekanntlich nie ohne den Wirt ma-

Im Vergleich zu Deutschland regierten in Österreich der gesunde Menschenverstand und die Logik.

chen. Der widerspenstige und unberechenbare Faktor waren in diesem Fall die FPÖ-Wähler. Diese hielten in Massen den Freiheitlichen bei der neun Tage später erfolgten EU-Wahl die Treue; in Nettostimmen gewann die FPÖ sogar dazu. Der eingetretene Märtyrereffekt beim gefallenen Vizekanzler schlug durch, die Wagenburgmentalität der freiheitlichen Anhängerschaft war nicht zu unterschätzen. Der langjährige FPÖ-Chef Strache konnte sogar ohne jeglichen Wahlkampf ein Brüsseler Direktmandat auf sich verbuchen.

Zwar gewann die ÖVP die allgemein als wertlos erachtete, aber kurzerhand zur Kanzlerwahl erklärte Europawahl – aber dann doch nicht in jenem Ausmass, wie es sich die schwarzen Strategen sehnlichst erhofft hatten. Zu gern hätten auch sie die 40-Prozent-Hürde geschafft, die FPÖ-Wähler inhaliert, den einstigen Partner zertrümmert – gleichsam als Ouvertüre auf die künftigen Nationalratswahlen.

Warum ging das Kalkül nicht auf? Ein wesentlicher Grund dürfte darin gelegen haben, dass Sebastian Kurz und sein Apparat nicht erklären konnten, warum nach dem vollzogenen Rücktritt von Strache auch der in die Ibiza-Affäre nicht involvierte Innenminister Herbert Kickl gehen musste. Schnell war innerhalb der ÖVP die Sollbruchstelle für das provozierte Koalitionsende gefunden: Der polarisierende Asyl-Hardliner aus den Reihen

der FPÖ, der strategische Kopf der Freiheitlichen, musste weg. Nachdem der FPÖ mit Wählermagnet Strache bereits das charismatische Herz entrissen worden war, schien es parteitaktisch gut und richtig, mit einem Rauswurf Kickls den grösstmöglichen Schaden zu erreichen. Dies führte aber statt zur erhofften Spaltung zu einer Solidarisierungswelle innerhalb der FPÖ. Alle übrigen FPÖ-Regierungsmitglieder traten umgehend aus der Regierung aus, Kurz fehlte per sofort die parlamentarische Mehrheit. Er war nun ausge-rechnet von jener SPÖ abhängig, die er zwei Jahre zuvor aus dem Kanzleramt verjagt hatte.

FPÖ mit durchwegs positiver Bilanz

Ein weiterer Grund für die in dieser Situation überraschende Stabilität der FPÖ war die durchwegs positive Bilanz der Regierung, für deren abgearbeitete Leuchtturmprojekte vor allem freiheitliche Minister verantwortlich waren. Selbstverständlich war das in Ibiza Gesagte und das von sieben Stunden auf exakt sieben Minuten gekürzte audiovisuell Dargestellte verwerflich. Faktum ist aber: Die bürgerliche Koalition aus Kurz und Strache hat Österreich



Trübe Aussichten für den bürgerlichen Wähler:

aus der Agonie des Stillstands und des Streits, aus dem Schlafwagen Europas herausgeholt und das Land in den Expresszug gesetzt.

Es war ein Kraftakt, die erlassenen Herrschaftsrechte der etablierten Parteien zu überwinden und die grosskoalitionären Machtkartelle in allen Bereichen des alltäglichen Lebens zurückzudrängen. Der Familienbonus, die Deutschförderklassen, die strengeren Asylgesetze, eine Lehrlingsoffensive, die Abschaffung des Pflegeregresses, die Erhöhung der Pensionen erstmals über der Inflation, ein Nulldefizit nach Jahren der unverantwortlichen Schuldenpolitik, 4100 Polizisten für mehr Sicherheit, ein Massnahmenpaket gegen den politischen Islam, das Kopftuchverbot, die Sozialversicherungsreform, die Senkung der Arbeitslosenversicherungsbeiträge – das sind nur einige der Massnahmen, die auf der Positivbilanz der Regierung zu verbuchen sind.

Dazu kamen exzellente Wirtschaftsdaten und die geringsten Arbeitslosenzahlen in der Geschichte des Landes. Die Bürgerinnen und Bürger blickten durchaus mit Stolz und Zufriedenheit auf diese Regierung. Und im Vergleich zur Dauermisere in Merkels «Wir schaffen das»-Deutschland regierten in Österreich der gesunde Menschenverstand und die Logik. Selbst führende deutsche Medien berichteten grossflächig vom kleinen Österreich als dem «besseren Deutschland».

Die zum Ausdruck gekommene Dankbarkeit der Wähler über das innerhalb von knapp sechzehn Monaten Erreichte wiegt daher schwerer

als die Empörung über die ziemlich weit zurückliegende Verfehlung, zumal es die FPÖ verstand, die Empörung rasch auf die ominösen Hintermänner des Videos und deren politische Netzwerke zu lenken. Eine Wechselstimmung kam daher nicht auf.

Von all den Wirrnissen der Innenpolitik konnte zumindest eine Partei – und das selbst aus der Oppositionsrolle heraus – wählertechnisch überhaupt nicht profitieren: die Sozialdemokratie. Aber auch im Umgang mit der SPÖ machte die Volkspartei einen zweiten schweren handwerklichen Fehler: Die einst als staatstragend geltende und nun dahinsiechende SPÖ nutzte die unerwartete Gunst der Stunde und das Chaos einer zerbrechenden Koalition, übte für die Schmähung von 2017 Rache und brachte mit einem erfolgreichen Misstrauensantrag im Parlament den Kanzler und den Rest der Regierung zum Sturz. Nun steht der messianisch gefeierte Heilsbringer entkleidet da, ohne prestigeträchtiges Amt und vor den Trümmern seiner kurzen Regentschaft – des Mythos eines grossen Strategen beraubt und trotz jugendlichen Ehrgeizes auf einen Durchschnittspolitiker alter Façon zurückgestutzt.

Die Hoffnung der ÖVP liegt nun in einer anderen Copy-Paste-Strategie, welche bereits in den siebziger Jahren von Erfolg gekrönt war. Der einstige politische Sonnenkönig Österreichs, der Sozialdemokrat Bruno Kreisky, steuerte seine Partei mit dem Slogan «Lasst Kreisky und sein Team arbeiten» von einer wackeligen Minderheitsregierung auf die absolute Mehrheit zu. Dies scheint nun auch der Plan von Sebastian Kurz zu sein. Einziger, aber eklatanter Schönheitsfehler: Vor bald fünfzig Jahren beherrschten gerade einmal drei Parteien das Parlament, heute sind es sechs, auf die sich die Wählergunst verteilt. Weitere Splittergruppen sind nicht ausgeschlossen. Die FPÖ stabilisiert sich derweil mit einem neuen, seriös und sachlich agierenden Parteichef: Norbert Hofer, einst Präsidentschaftskandidat der FPÖ mit 48 Prozent Wählerzustimmung, verhinderte die von der ÖVP erhoffte Abwanderung regierungstreuer Wähler ins schwarze Lager.

Brutale Wahlen im Herbst

Was jetzt auf Österreich zukommt, ist relativ einfach erklärt: Die bis zu den Wahlen vom Bundespräsidenten eingesetzte Übergangsregierung wird derzeit von Beamten geführt, an deren Spitze die ehemalige Präsidentin des Verfassungsgerichtshofes steht. Europapolitisch spielt Österreich keine Rolle mehr. Derweil steuert das Land auf eine schmutzige, brutale Wahlauseinandersetzung im Herbst zu. «Wahlkampf ist, wenn die brunftigen Hirsche im Herbst gegen die Bäume rennen», meinte einmal ein bekannter österreichischer Politiker. Ein anderer urteilte: «Wahlkampf ist die Zeit fokussierter Unintelligenz.» Sie hat-

ten nicht unrecht. Sechs Monate Streit, Stillstand, Hasstiraden und Intrigen nach Wochen und Tagen des Chaos bedeuten für Österreich und seine Zukunft nichts Gutes.

Millionen Steuerzahler warten umsonst auf die versprochene Einkommenssteuersenkung um 5 Prozent, unzählige Mindestpensionisten auf eine gerechte Erhöhung ihrer ohnehin mickrigen Pension auf 1200 Euro. All diese im frühzeitig verblichenen Regierungsprogramm aufgelisteten Massnahmen werden nun auf die lange Bank geschoben und auf dem Altar von Partei-Egoismen wegen einiger billiger Prozentpunkte bei Wahlen geopfert. Auch die jahrelang diskutierte Abschaffung der Rundfunk-Zwangsgebühren kann getrost vergessen werden, genauso die bereits beschlossene Zusammenlegung der unzähligen Sozialversicherungsträger. Die damit verbundene Entlastung der Versicherten wird angesichts des durch Neuwahlen verursachten Stillstands scheitern.

Eine angedachte und im Koalitionsprogramm verankerte Stärkung der direkten Demokratie nach Schweizer Vorbild ist gestorben. Am Ende der unwürdigen Tragödie in mehreren Akten werden die Gewählten genauso hilf- und ratlos wie die Wähler sein. Denn wer mit wem nach den gegenseitigen Attacken noch eine tragfähige Regierung bilden könnte, steht in den Sternen. Die ÖVP wird voraussichtlich gewinnen, die FPÖ ihr Ergebnis mehr oder weniger halten, die SPÖ zugunsten der wieder auferstandenen Grünen massiv verlieren.

Sollte es nach der Nationalratswahl wieder zu einer Zusammenarbeit zwischen ÖVP und FPÖ kommen, würden sich die Menschen zu Recht fragen, wozu das ganze Theater des Koalitionsbruchs denn gut war. Wenn sich die alten Kräfte in den etablierten Parteien durchsetzen und sie die grosse Koalition von SPÖ und ÖVP fortsetzen, hätten die Wähler das berechtigte Gefühl, dass nichts Besseres nachkommt. Die letzte mathematisch mögliche Variante wäre, dass der künftige Wahlsieger – wer immer das auch sein möge – Grüne und Neos ins Boot aufnimmt. Dann droht die Rückkehr der bereits seit 2015 schmerzhaft gewordenen «Wir schaffen das»-Politik. Alles in allem trübe Aussichten für den gepeinigten bürgerlichen Wähler.

Der tschechische Schriftsteller Pavel Kosorin meinte einmal: «Es gibt keine gute Strategie für einen schlechten Krieg.» Das hätte Sebastian Kurz beherzigen müssen und die Regierungsarbeit fortsetzen sollen anstatt aus reinem Kalkül ein Land über die Klinge springen zu lassen!



Gerald Grosz ist Unternehmer, politischer Publizist und ehemaliger BZÖ-Nationalrat.



Strache (l.), Kurz.

«Konflikt könnte morgen gelöst sein»

Benjamin Netanjahus Vorgänger Ehud Olmert über Trumps Nahostplan, den Palästinenserführer Machmud Abbas, den Streit mit dem Iran sowie die Gefahren für Israel. *Von Pierre Heumann*

Ehud Olmert ist eine der markantesten Figuren in der bunten Politszene Israels. Er war bis 2003 Stadtpräsident im heiligen und emotional aufgeladenen Jerusalem, wo er mit Provokationen für Zoff mit den Palästinensern sorgte. Waghalsige Militäraktionen waren sein Ding: Als Regierungschef – von 2006 bis 2009 – befahl er zum Beispiel einen Angriff auf den syrischen Atomreaktor bei Deir ez-Zor.

Seine Popularität sank aber markant, als er Israel in einen verlustreichen Krieg mit den libanesischen Hisbollah-Milizen verstrickte. Der eingefleischte Nationalist versuchte erst im Alter, zum Friedensapostel zu mutieren. So traf er Palästinenserpräsident Machmud Abbas drei Dutzend Mal zu geheimen Friedensgesprächen. Und auch das: Als erster Ex-Premier wurde Olmert, der Vorgänger von Benjamin Netanjahu, wegen Korruption verurteilt. Der einst mächtigste Politiker Israels und einer der einflussreichsten Strategen des Nahen Ostens wurde zu einer Gefängnisstrafe von 27 Monaten verdonnert und in einem eigens für ihn hergerichteten Sicherheitstrakt eingesperrt. Wegen guter Führung verkürzte man sein Strafmass zwar um elf Monate. Ein Begnadigungsgesuch Olmerts lehnte der Staatspräsident aber ab. Weil er mit seinem Gesuch, den Eintrag seiner Strafe im Leumundszeugnis zu löschen, abblitzte, sieht er sich auf die Zuschauerbank der Politik verbannt – auch nach seiner Entlassung aus dem Gefängnis vor zwei Jahren.

Jetzt treffe ich den 73-jährigen Ex-Politiker und Ex-Sträfling in seinem bescheidenen Büro im Geschäftszentrum von Tel Aviv, wo er neuerdings als Investor die Interessen einer Marihuana-Firma vertritt und sich für den Ausbau der wirtschaftlichen Beziehungen zu China engagiert. Doch die Politik lässt ihn nicht los. Am liebsten würde er wieder zupacken, erneut als Premier kandidieren – «aber wie Sie wissen, lässt das meine Situation im Moment nicht zu». Wegen seines «moralischen Fehlverhaltens» darf er ein politisches Amt erst sieben Jahre nach der Entlassung aus dem Gefängnis annehmen. Dann wird Olmert fast achtzig Jahre alt sein.

Notgedrungen beschränkt er sich deshalb aufs Politisieren in Interviews. Er tut das energisch und eloquent. Um seinen Botschaften Nachdruck zu verleihen, schlägt er mit der Faust schon mal auf den Tisch. Der Konflikt mit den Palästinensern, meint er dann zum Beispiel, könnte «morgen schon» gelöst sein. «Vor zehn Jahren machte ich Palästinenserprä-



«Was arabisch ist, bleibt arabisch, und was jüdisch ist, bleibt jüdisch»: Israels Ex-Premier Olmert, 73.

sident Machmud Abbas ein sehr grosszügiges Angebot.» Hätten die Palästinenser damals ja gesagt, «wären lediglich zwei bis drei Wochen für die Feinabstimmung nötig gewesen».

Abbas' Mutlosigkeit

Was hält er vom Plan des US-Präsidenten Donald Trump, demnächst an einer Wirtschaftskonferenz in Bahrain einen neuen Versuch zur Lösung des Konflikts zu starten, indem den Palästinensern Gelder versprochen werden? Ohne die Einzelheiten zu kennen, sei er skeptisch, meint Olmert, weil keine politischen Entscheide vorgesehen sind. «Und», sagt er, «wir müssen mit den Palästinensern zusammensitzen. Wir sind nicht auf Vermittler angewiesen, um mit unseren Nachbarn Frieden zu schliessen.»

Die Zeit, um das Problem zu lösen, werde allerdings knapp, warnt Olmert: «Alle wissen

über die Statistik Bescheid, gemäss der zwischen dem Jordan-Fluss und der Mittelmeerküste 15 Millionen Menschen leben, rund 50 Prozent Juden und 50 Prozent Palästinenser.» Deshalb sei es wichtig, das Land zu teilen, um Israels Charakter als Demokratie zu bewahren. «Ohne die Lösung der Palästinafrage werden sich die moralischen und existenziellen Probleme Israels verschärfen. Wir können doch nicht auf ewig ein anderes Volk beherrschen.»

Wie er sich die Teilung vorstelle, wo doch 400 000 jüdische Siedler im Westjordanland lebten, wende ich ein. Keine Regierung wäre in der Lage, so viele Menschen zum Verlassen ihrer Häuser zu bewegen oder zu zwingen. Olmert widerspricht: «Es spielt überhaupt keine Rolle, wie viele Siedler und wie viele Siedlungen wir haben. Mein Plan hatte vorgesehen, dass 4,2 Prozent des Westjordanlands zu Israel geschlagen würden, also die Gebiete, in denen sich die

grossen Siedlungsblöcke befinden. Im Gegenzug hätten wir den Palästinensern von unserem Land abgetreten.» Ihr Gebiet wäre sogar etwas grösser gewesen als das Westjordanland, das sie 1967 verloren haben.

Den Knackpunkt Jerusalem – die Stadt, die von Israeli und Palästinensern als Hauptstadt beansprucht wird – wollte Olmert mit der Formel «Was arabisch ist, bleibt arabisch, und was jüdisch ist, bleibt jüdisch» lösen, was auf eine Teilung der Stadt hinausgelaufen wäre. Sogar die im Judentum heiligste Stätte, der Tempelberg, wäre nach seinem Plan unter palästinensische Verwaltung gekommen.

Auch in der Flüchtlingsfrage schlug Olmert, der seine Politkarriere als strammer Nationalist begonnen hatte, einen mutigen Kompro-

«Wir können doch nicht auf ewig ein anderes Volk beherrschen.»

miss vor: Insgesamt hätten 150 000 palästinensische Flüchtlinge das Recht erhalten, in ihre ehemalige Heimat – also ins heutige Israel – zurückzukehren.

Olmert warnte Abbas zwar, dass in den nächsten fünfzig Jahren kein israelischer Premier den Palästinensern einen auch nur annähernd gleichwertigen Vorschlag machen würde. Doch am Ende, sagt Olmert bedauernd, fehlte Abbas der Mut, diesem Deal zuzustimmen.

Der historische Ausgleich sei zudem auch am innenpolitischen Widerstand in Israel gescheitert. Olmert zitiert aus der Biografie der damaligen US-Aussenministerin Condoleezza Rice («Lesen Sie es auf Seite 723 nach, den Abschnitt unten an der Seite»): Olmerts Aussenministerin Zipi Livni habe sie gewarnt, dass Olmert aufgrund seiner Verstrickung in Korruptionsaffären nicht in der Lage sein werde, das Abkommen mit Abbas durchzusetzen. Diese vernichtende Einschätzung hörte auch Abbas, und zwar von Olmerts politischem Konkurrenten Ehud Barak. Olmert: «Barak warnte Abbas, dass ich den Deal nicht umsetzen könne, selbst wenn ich es unterschreiben würde.» Seine Kritiker warfen ihm vor, mit seinen Friedensbemühungen von seinen Problemen mit der Justiz ablenken zu wollen.

Dass er mit seinem Versuch gescheitert sei, bedauert Olmert. Ohne Ausgleich mit den Palästinensern werde sich Israel nämlich nie in die Region integrieren können.

Spannungen mit dem Iran

Worauf er diese Behauptung stütze, werfe ich ein. Immerhin stünden mehrere Golfstaaten – Oman, die Vereinigten Arabischen Emirate, Saudi-Arabien oder Bahrain – auch ohne Lösung des Palästinakonflikts mit Israel im Dialog. Olmert gerät in Rage: «Keines dieser Länder wird diplomatische Beziehungen zu

Israel aufnehmen, solange wir Gebiete der Palästinenser besetzt halten.» Wieder klopft er auf den Tisch. Ägyptens Präsident Abdel Fattah as-Sisi oder Jordaniens König Abdullah II: Sie hätten zwar einen Friedensvertrag mit Israel – «aber glauben Sie, dass sie uns in Jerusalem besuchen würden?»

Überschattet wird der israelisch-palästinensische Konflikt von den Spannungen mit dem Iran. Nachdem sich Trump aus dem Atomabkommen mit Teheran zurückgezogen und die Sanktionen wieder in Kraft gesetzt hat, gibt der Iran dem Westen bis zum 7. Juli Zeit: Bis dann erwartet er massivste Hilfe, um das Land vor dem Wirtschaftskollaps retten zu können. Erhält er sie nicht, will sich der Iran nicht mehr ans Abkommen halten und genügend spaltbares Material für eine Nuklearwaffe produzieren. Dann will Teheran auch seine Arbeiten am Schwerwasserreaktor und die forcierte Urananreicherung wieder aufnehmen. Begleitet wird all dies von militärischen Drohgebärden aus Washington und Teheran. Was Olmert nicht sonderlich ernst nimmt: «Beide sind nicht an einer militärischen Konfrontation interessiert, und Trump ist gegenüber dem Iran nicht besonders *trigger-happy*.»

«Dramatisch, ja sogar fantastisch»

Da Olmert im September 2007 den Befehl gab, den syrischen Atomreaktor an der irakischen Grenze im Nordosten Syriens aus der Luft zu zerstören, will ich von ihm wissen, ob er einen Angriff auf das iranische Nuklearprogramm heute befürworten würde.

Er winkt ab. Als einziges Land dieser Welt habe Israel zwar zwei Nuklearreaktoren in einem feindlichen Land vernichtet – nicht nur einen in Syrien, sondern 1981 bereits einen im Irak. Einen Militärschlag gegen das iranische Atomprogramm hält Olmert aber für gefährlich und unrealistisch. Die Iraner hätten aus den Fehlern der Atomstrategen in Bagdad und in Damaskus gelernt. In Syrien gab es nur eine einzige Anlage, im Iran sind es mehrere, die über das Land verteilt, zum Teil unterirdisch sind. Die militärischen Optionen seien auch aus geografischen Gründen begrenzt. Syrien ist ein Nachbarland, aber der Iran ist mehr als 2000 Kilometer entfernt, zudem müsste man über feindliches Gebiet fliegen. «Die Effizienz einer Militäroperation ist deshalb zweifelhaft», meint Olmert. Doch es gebe, zusammen mit Partnern im Iran, andere Wege, um das Problem anzugehen. Einzelheiten dazu dürfe er nicht preisgeben.

Über meine Frage, ob er damit Sabotageakte des Mossad meine, geht er schweigend hinweg, sagt aber fast schon schwärmerisch: «Vieles, was ich in meiner Zeit als Premierminister im Iran veranlasst habe, ist ausserordentlich und dramatisch, ja sogar fantastisch. James Bond ist im Vergleich dazu ein Kinderspiel.» ○



Inside Washington

Wendehals Biden

Der demokratische Präsidentschaftskandidat ändert seine Meinung.

Die Kehrtwende des früheren Vizepräsidenten Joe Biden bei der öffentlichen Unterstützung von Abtreibungen kommt in den Mainstream-Medien schlecht an. Letzte Woche, gerade 48 Stunden nach der Bekräftigung seiner langjährigen Ablehnung von subventionierten Eingriffen, behauptete der wichtigste Präsidentschaftskandidat der Demokraten das pure Gegenteil.

Biden erklärte an einer demokratischen Parteispenden-Party in Atlanta: «Ich bereue meine früheren Aussagen, und ich werde mich nicht dafür entschuldigen, was ich jetzt gleich sage.» Er beschuldigte die Republikaner, ihn zum linken Schwenker gezwungen zu haben. Er unterstütze nun die finanzielle Unterstützung von bedürftigen Frauen, «um ihre konstitutionellen Rechte auszuüben».

Richard Cohen, Kolumnist der *Washington Post* und Abtreibungsbefürworter, mäkelte: «Aktivisten der Demokratischen Partei haben ihn zu diesem Schritt offenkundig gezwungen. Wenn der so weitermacht, ist er am 2. September, dem Labor Day, ein Sozialist.» Meghan McCain, die Tochter von Präsident Trumps Erzfeind, dem verstorbenen Senator John McCain, drückte ihre Enttäuschung über Bidens Einknicken aus. Er sei von dem «historischen Kompromiss zwischen Abtreibungsgegnern und -befürwortern abgerückt». Sie sagte den Zuschauern ihrer täglichen Talk-Sendung «The View»

Derweil berichtet die Zeitung *The Hill*, dass die Demokraten auf dem Capitol nicht einmal zu einer symbolischen Abstimmung bereit seien, um das 43 Jahre alte Subventionsverbot für Abtreibungen abzuschaffen. Trotz der Opposition der Präsidentschaftskandidaten dieser Partei gegen das Verbot dämpfen sie jegliche Erwartungen in dieser Richtung. Vielleicht hätte jemand Biden frühzeitig den Rat erteilen sollen, den ihm Meghan McCain nun gegeben hat: «Du wirst die Progressiven niemals links überholen können.» *Amy Holmes*

Indien beobachtet das neue *great game*

Von Hansrudolf Kamer — Nach seinem Wahlsieg trifft Narendra Modi in Bischkek das neue Partnerduo Xi Jinping und Wladimir Putin. Aussenpolitisch wird Indien klare Positionsbezüge vorerst meiden.



Am Autokraten-gipfel in der kirgisischen Hauptstadt – dem Treffen des Schanghai-Kooperationsrates – bietet sich dem grossen Wahlsieger Narendra Modi die Gelegenheit, seiner Nachbarschaft auf den Zahn zu fühlen. China und Russland haben soeben in Petersburg und Moskau ihre Allianz zelebriert und, wie es Putin ausdrückte, auf eine neue Ebene angehoben.

Für Indien ist das Manövrieren im Drei- oder Viereck der Grossmächte nicht einfacher geworden. Es ist zusammen mit Pakistan seit 2017 Mitglied im vorwiegend antiamerikanischen Konvent der asiatischen Grossen und als einzige wirklich echte Demokratie «the odd man out», der Aussenseiter.

Der Vergleich mit China ist instruktiv. Hier die aufstrebende Weltmacht mit ihrer autoritären Effizienz, dort der Subkontinent mit seinem demokratischen Wirrwarr. Letzteres bezieht sich auf die Mängel des indischen Versorgungsstaates dabei, grundlegende Dienstleistungen anzubieten und die Armut auszurotten, wo China in den letzten Jahrzehnten brilliert hat.

Doch das ist nur eine Seite. Indien hat soeben ein grandioses, höchst komplexes Wahlverfahren weitgehend regulär und korruptionsfrei durchgeführt, eine Leistung, die China klar überfordert. Indien mag überbürokratisiert und gesellschaftlich durch allerlei Traditionen in der Entwicklung behindert sein, politisch ist es stabiler als das nervöse Ein-Partei-Regime im Reich der Mitte.

Das Ergebnis der Parlamentswahlen war höchst unerwartet. Die Bharatiya-Janata-Partei (BJP) Narendra Modis vergrösserte ihre Mehrheit im Unterhaus, während die Vereinigte Progressive Allianz unter Führung der alten Kongresspartei unter Rahul Gandhi nur gerade 52 Sitze gewann.

Noch Anfang Jahr galt ein grösserer politischer Aderlass der BJP als ausgemacht. Die Regierung Modi war regelmässig wegen ihrer Fehlschläge und unerfüllter Wahlversprechen kritisiert worden. Das Wirtschaftswachstum schwächte sich ab, die Arbeitslosenquote stieg, die Bauern litten, Korruptionsanklagen häuften sich und Gewalt grassierte auf der lokalen Ebene.

Es war auch ein persönlicher Sieg des Premierministers, gegen den der Spross der Gandhi-Dynastie nichts ausrichten konnte. Zwar werden anderswo Politiker ohne Charisma gewählt – siehe Angela Merkel in Deutschland. Doch wenn ein armer Teeverkäufer auf dem Land erklärt, Gandhi könne nicht einmal richtig reden, ist das Urteil gesprochen.

Modis Politik war einfach: Er liess sich als Wächter und Beschützer Indiens feiern, offerierte eine Mischung aus konservativem Nationalismus, hinduistischer Propaganda und Antiglobalisierungsrhetorik. Sorgen wegen der nationalen Sicherheit halfen ihm – die Reaktion auf den Terroranschlag in Kaschmir war gute Wahlpolitik.

Sein Wahlkampf war professionell und um Grössenordnungen raffinierter als jener seiner Gegner. Bei der elektronischen Kriegführung in den Gesellschaftsmedien operierte die BJP überlegen und reaktionsschnell. Dass Modi die Religion für politische Zwecke instrumentalisiert, ist nicht gerade neu. Schon Nehru stachelte religiöse Rivalitäten an, wenn es ihm nützte.

In den ersten vierzig Jahren der Unabhängigkeit wurde Indien von der Kongresspartei regiert, die den Befreiungskampf angeführt hatte und Indien eine politische Verfassung westlicher Prägung bescherte. Dennoch war

Indien gleichzeitig die prosowjetischste Demokratie der Welt und führte die sowjetlastige Gruppe der blockfreien Staaten an. Sowohl Nehru wie seine Tochter, Indira Gandhi, waren überdies vehemente Antikapitalisten.

Das ist Schnee von gestern. Amerika und der Westen hoffen nun, dass der Subkontinent mit der Zeit ein Gegengewicht zu China in Asien abgeben wird. Das könnte zum grossen Teil Wunschdenken sein, denn das Wesen auch des Nationalismus indischer Prägung ist «India first».

Zum ersten Mal proamerikanisch

Peking hat im Mai seinen Widerstand im Uno-Sicherheitsrat aufgegeben, den Gründer der Terroristengruppe Jaish-e-Mohammed, die den Anschlag im Februar ausgeführt hatte, auf die Sanktionenliste zu setzen. China wäre – wie übrigens auch Amerika – an einer Entspannung zwischen Indien und Pakistan interessiert und scheint bereit, hier etwas mehr Gleichgewicht walten zu lassen.

Modi ist der erste offen proamerikanische Premierminister Indiens. Er hat die USA dreimal besucht und liegt Präsident Trump in den Ohren, er solle endlich Indien beehren. Wie Trump ist Modi ein Fan von Twitter und weiss es politisch zu nutzen. Ob und wie das amerikanisch-indische Verhältnis strategisch wirksam wird, hängt indes vom inneren Fortschritt Indiens ab.

Wenn amerikanische und japanische Unternehmen ihre Abhängigkeit von chinesischen Unterlieferanten reduzieren, könnte Indien in die Bresche springen und die neue Werkstatt der Welt werden. Der Weg ist holperig und lang, doch er wäre die Unterlage, um darauf geopolitische Träume zu verwirklichen.



Geopolitische Träume: wiedergewählter Premier Modi (r.) in Neu-Delhi.

Wenn ich Parteivorsitzender wäre

Von Thilo Sarrazin — Die SPD lässt ihre ehemaligen Stammwähler dort alleine, wo sie am nötigsten gebraucht würde. Zum Beispiel bei der Migration.



Eine Volkspartei muss «Vollsortimenter» sein. Sie kann sich nicht auf bestimmte Politikfelder konzentrieren und andere brachliegen lassen. Darum muss sie Personal, Wissen und Expertise auf allen Feldern der Politik vorhalten, auch dort, wo es, wie zum Beispiel bei Wirtschaft und Finanzen, nicht von Herzen kommt und vielleicht auch grosse Teile der eigenen Klientel nicht interessiert.

Eine Volkspartei muss sich an der Welt orientieren, wie sie ist, und nicht an Wunschgebilden. So wäre es interessant gewesen, von Kevin Kühnert zu erfahren, wie er sich die Beseitigung der Wohnungslücke in Berlin vorstellt oder welche Vorschläge er hat, um die deutsche Autoproduktion CO₂-frei umzustellen. Stattdessen hat er die SPD mit der Forderung nach Verstaatlichung von Wohnungskonzernen und von BMW lächerlich gemacht. Damit tingelte er im Vorfeld der Europawahl durch alle Talkshows, und die Ordnungsrufe aus der Parteispitze blieben milde. Inkompetenz kann man wirksamer nicht anschaulich machen.

Eine Volkspartei muss sich an der Welt orientieren, wie sie ist, und nicht an Wunschgebilden. So wäre es interessant gewesen, von Kevin Kühnert zu erfahren, wie er sich die Beseitigung der Wohnungslücke in Berlin vorstellt oder welche Vorschläge er hat, um die deutsche Autoproduktion CO₂-frei umzustellen. Stattdessen hat er die SPD mit der Forderung nach Verstaatlichung von Wohnungskonzernen und von BMW lächerlich gemacht. Damit tingelte er im Vorfeld der Europawahl durch alle Talkshows, und die Ordnungsrufe aus der Parteispitze blieben milde. Inkompetenz kann man wirksamer nicht anschaulich machen.

Idiotisches Klimaschutzgesetz

Eine Volkspartei muss Antworten haben auf die Fragen, die die Menschen am meisten bewegen. Das ist in Deutschland der Umgang mit Migration und mit dem Klimawandel. Auf beiden Gebieten ist bei der SPD Fehlanzeige: Die SPD müsste konkret vorführen, wie denn die überaus ehrgeizigen CO₂-Ziele erreicht und gleichzeitig Arbeitsplätze in der Chemie, der Autoindustrie, im Maschinenbau et cetera gesichert werden können. Stattdessen kommt die SPD-Umweltministerin mit einem idiotischen Klimaschutzgesetz, in dem Sektorziele vorgegeben werden sollen, ohne dass jemand die Sektoren sinnvoll miteinander abgleichen kann und ohne dass jemand eine Idee hat, wie man Sektorziele durchsetzen soll und in einer Marktwirtschaft durchsetzen kann. Beispiel Verkehr: Der Fernpendler aus dem Hunsrück nach Frankfurt fährt mit seinem alten Diesel (Verbrauch 6 l/100 km) jeden Tag 80 Kilometer hin und zurück nach Frankfurt, zusammen 160 Kilometer. Nur mit dem Auto geht das in angemessener Zeit. Soll er künftig nur noch

die halbe Strecke fahren, soll er umziehen, spendiert ihm der Staat ein Elektroauto? Das betrifft so oder in ähnlicher Form Millionen Arbeitnehmer. Wo bleiben die Ideen und die Antworten der Politik? Aus dem SPD-geführten Bundesumweltministerium kommen sie offenbar nicht.

Eine völlige Leerstelle ist die Migration. Nicht einmal die vollziehbaren Abschiebun-



Wunschgebilde: Juso-Chef Kühnert.



Verstand? Berliner Innensenator Geisel.

gen werden bundesweit bewältigt. Hier versagen Union und SPD gleichermaßen. Millionen Wähler sind zur AfD oder in die Stimmenthaltung abgewandert und können erst wiedergewonnen werden, wenn die Politik der Volksparteien konkrete Ideen zum künftigen Umgang mit dem Thema entwickelt.

Nur ein Beispiel aus Absurdistan: Der Berliner Innensenator Andreas Geisel (SPD) hat gerade zugestanden, dass alle Betroffenen, die in

Berliner Unterkünften auf Abschiebung warten, über den konkreten Termin vorgewarnt werden müssen (damit sie rechtzeitig untertauchen können). In Berlin leben gegenwärtig 56 000 rechtskräftig abgelehnte Asylbewerber. 12 200 von ihnen sind ausreisepflichtig, und im letzten Jahr gab es 1182 Abschiebungen. Wer diese Nachricht im Berliner *Tagesspiegel* las, muss am Verstand oder an der Ernsthaftigkeit der zuständigen Politiker zweifeln.

Gerade die typische Klientel der SPD ist jene Gruppe, die unter ungesteuerter oder fehlgesteuerter Migration am meisten leidet. Diese Gruppe wird von der Führung und vom Funktionärskörper weitgehend ausgeblendet. Die

Ich wüsste, was zu tun wäre. Nur an Jugend, Schönheit und Charisma müsste ich noch arbeiten.

SPD lässt ihre ehemaligen Stammwähler dort alleine, wo sie am nötigsten gebraucht würde.

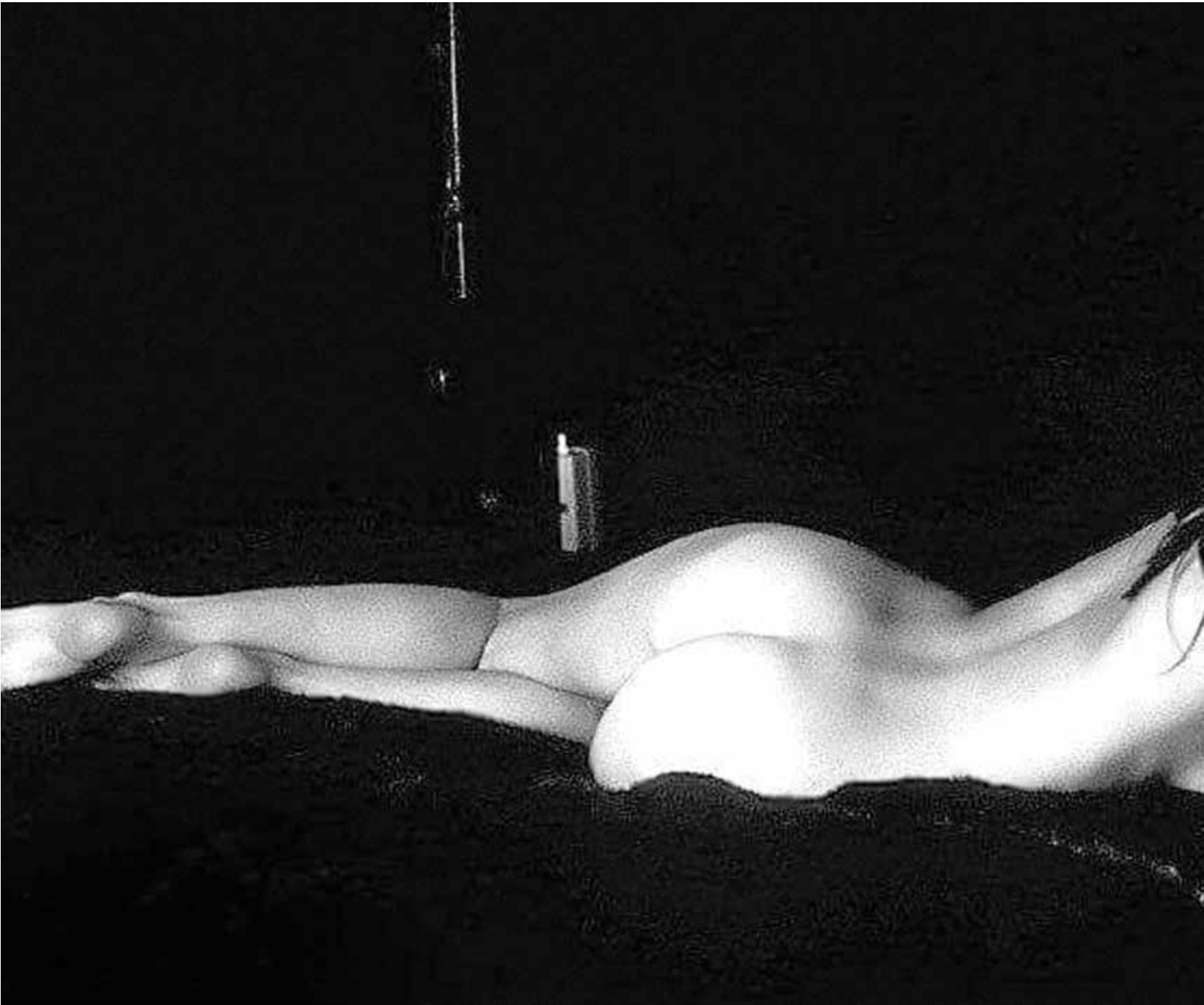
Kein Stammwähler braucht dagegen eine «Respektrente». Die SPD erfindet soziale Bedürfnisse, die kaum jemanden interessieren. Sie entfremdet sich durch falsch verstandene Umverteilung den mit Abgaben hoch belasteten Facharbeitern, und bei allen wirklich wichtigen Zukunftsfragen verweigert sie konsequent die Antwort. Wie will man da für Wähler attraktiv werden?

Attraktiv wird man, indem man dort an Konzepten und Lösungen arbeitet, wo Millionen Menschen Ängste und existenzielle Interessen haben. Stattdessen behandelt man Themen, die allenfalls kosmopolitische Eliten interessieren und am Bewusstsein und an den Lebensproblemen der breiten Schichten weitgehend vorbeigehen.

Ein anderes Problem, für das Andrea Nahles nichts kann, besteht natürlich auch. Wer eine Partei führt, muss zwar weder ein Charmebolzen sein noch sonderlich gut aussehen. Beides hat im Fall von Willy Brandt, Helmut Schmidt und Gerhard Schröder der Partei aber auch nicht geschadet. Gerade wer aus einer Minderheitenposition kommt, ist auf ein gewisses Charisma des Spitzenpersonals besonders angewiesen. Was das bewirken kann, zeigen gegenwärtig die Grünen.

Das alles würde ich ändern, wenn ich SPD-Vorsitzender wäre. Ich wüsste also, was zu tun wäre. Nur an Jugend, Schönheit und Charisma müsste ich noch arbeiten.

Thilo Sarrazin ist ehemaliger deutscher Bundesbanker und Bestsellerautor. Er schreibt einmal pro Monat exklusiv für die *Weltwoche* über die deutsche Politik.



«Hatten die beiden im Studio wirklich Sex?» – «Natürlich nicht. Sonst wäre das Lied ja keine Single geworden, sondern eine Langspielplatte»: Birkin, Gainsbourg.

Ikone der Woche

Vertonter Orgasmus

Von Dominik Imseng

Das Geisterhaus befindet sich an der Rue de Verneuil 5 bis in Paris. Obwohl bis unter das Dach mit Kunst und Krempel gefüllt, ist es seit dem 2. März 1991 unbewohnt – dem Tag, an dem sein Besitzer mit nur 62 Jahren an seinem fünften Herzinfarkt starb.

Aus der Frau spricht nur die Lust

Als Serge Gainsbourg das Stadtpalais erwarb, wollte er dort mit Brigitte Bardot einziehen. 1967 hatten die Schauspielerin und der Musiker eine heftige Affäre begonnen. Eines Abends

bat BB Gainsbourg, ihr das schönste Liebeslied der Welt zu schreiben. Am andern Morgen war es fertig und hiess «Je t'aime ... moi non plus». Zum sarkastischen Titel inspirierte ihn ein Kommentar Salvador Dalís: «Picasso ist Kommunist – ich auch nicht.» Der Text des Lieds sei grundehrlich, meinte Gainsbourg. «Eine Frau flüstert einem Mann beim Sex ins Ohr, dass sie ihn liebe. Aber der Mann weiss: Aus der Frau spricht nur die Lust.»

Im Herbst 1967 gingen Bardot und Gainsbourg ins Studio, um «Je t'aime ... moi non

plus» aufzunehmen. Doch als die Single bereit zur Auslieferung an die Plattenläden war, kehrte die Schauspielerin zu ihrem Ehemann Gunter Sachs zurück und bat Gainsbourg, das skandalträchtige Lied nicht zu veröffentlichen.

Vaseline-Klänge der Hammondorgel

Der Musiker verfiel in eine Depression, aus der ihn erst eine 21-jährige Britin erlöste, an deren Seite er 1969 den Film «Slogan» drehte. Seitdem waren Serge Gainsbourg und Jane Birkin ein Paar und sorgten schon bald für einen handfesten Skandal. Denn in einem Londoner Studio nahmen die beiden «Je t'aime ... moi non plus» erneut auf. Und wie schon BB stöhnte auch JB zu den Vaseline-Klängen einer Hammondorgel so innig, als hätten sie und der zwanzig Jahre ältere Musiker Sex.



Zurück in Paris, gab Gainsbourg die Aufnahme einem Discjockey, der für den diskreten Hintergrundsound in einem noblen Restaurant zuständig war. Kaum liess dieser das Lied laufen, erstarrten alle Messer und Gabeln in der Luft. «Ich glaube, wir haben einen Hit», meinte Gainsbourg und sollte sich nicht irren: Als «Je t'aime ... moi non plus» am 27. Juni 1969 veröffentlicht wurde (mit dem werbewirksamen Hinweis «Für unter 21-Jährige verboten»), war der Erfolg enorm. Und die Aufregung ebenso. In etlichen Ländern wurde die Platte verboten, so etwa in Spanien, Schweden und Grossbritannien. Der Vatikan tobte so sehr, dass der Direktor der Vertretung der Plattenfirma zu zwei Monaten Haft verurteilt wurde. Seitdem war der vertonte Orgasmus in Italien nur noch als Import aus Südamerika zu haben – versteckt

unter Maria-Callas-Platten. Selbst in den USA war «Je t'aime ... moi non plus» ein kleiner Erfolg: Die Single erreichte Platz 69 der Billboard-Charts – eine durchaus passende Platzierung.

Tod des Vaters

Die häufigste Frage der Journalisten war zu erwarten gewesen: Hatten die Engländerin und der Franzose im Studio wirklich Sex? «Natürlich nicht», meinte der Musiker. «Sonst wäre das Lied ja keine Single geworden, sondern eine Langspielplatte.» Der schönste Kommentar zum Skandal-Song stammt allerdings von einem Londoner Taxifahrer. Als Jane Birkin auf der Rückbank seines Wagens sass und beiläufig erwähnte, dass sie das Mädchen aus «Je t'aime ... moi non plus» sei, machte der Fahrer eine Vollbrem-

sung, drehte sich um und schrie: «Zu dieser Platte habe ich drei verdammte Kinder gezeugt!»

Auch Jane Birkin und Serge Gainsbourg zeugten ein Kind: die Sängerin und Schauspielerin Charlotte Gainsbourg. Sie ist es, die darüber wacht, dass in der Rue de Verneuil seit dem Tod ihres Vaters nichts verändert wird. Die Aschenbecher quellen noch immer von Zigaretten über. Die offenen Whiskyflaschen – ihr Inhalt verdunstet – stehen noch immer überall herum. Und irgendwo dreht sich wohl auf einem Plattenspieler eine Single knisternd im ewigen Kreis.

Das Lied ist längst verklungen, und die Nadel des Tonarms hat sich tief ins Vinyl gegraben. Aber die Klänge einer Hammondorgel und das Stöhnen einer Frau im Liebesrausch hallen noch immer durchs ganze Haus.

«Greta ist das Gras, ich höre es wachsen»

Schuld am Kapitalismus ist Robespierre, der Rousseau verraten hat. Und der Kapitalismus hat Schuld an der Klimakatastrophe. Jean Ziegler appelliert an die Jugend, diesen nach 230 Jahren innert einer Generation zu überwinden: Greta und die Gelbwesten werden es schaffen. *Von Jürg Altwegg*

Jean Ziegler hat kürzlich seinen 85. Geburtstag gefeiert. Aus diesem Anlass ist ein Band mit deutsch- und französischsprachigen Würdigungen seiner Freunde, Genossen und Weggefährten über den «citoyen und rebelle» erschienen – Untertitel: «Der lange Weg von Thun nach Genève pour un monde plus juste». Zieglers neuestes Pamphlet, «Was ist so schlimm am Kapitalismus?», ist ein Versuch, seiner Enkelin den Kapitalismus zu erklären. Ursprünglich schrieb er es für eine renommierte französische Buchreihe. Das Medienecho ist wie immer enorm, in Österreich kam es wegen seines Bekenntnisses zu Gewalt als Mittel für politische Veränderungen zu einem Skandal, den der nachmalig wegen Ibiza zum Rücktritt gezwungene FPÖ-Vizekanzler Strache losgetreten hatte. Das Gespräch mit Jean Ziegler fand in seinem Haus im idyllischen Dörfchen Russin auf der Genfer Landschaft statt.

Wie lange gibt es den Kapitalismus schon?

Als Gesellschaftsordnung hat er sich mit der Machtübernahme durch das Bürgertum in der Französischen Revolution durchgesetzt. Sie lief schief, weil Robespierre das Privateigentum nicht abschaffte. Als in Paris Hungersnot herrschte, stürmte das Volk 1792 die Tuileries. Zum Essen fanden sie nichts. Aber sie entwendeten alles, was nicht niet- und nagelfest war: Möbel, goldene Uhren. Sie wurden verhaftet und aufgehängt. Sartre hat ganz richtig gesagt, dass in diesem Augenblick das Privateigentum zum zentralen Wert der Gesellschaft wurde.

Die Revolution ist am Kapitalismus schuld?

Robespierre. Wer sich am Eigentum eines anderen verging, wurde getötet – auch wenn es sich beim Eigentümer um den verhassten König handelte. Robespierre sagte: «Die Gütergleichheit ist eine Schimäre.» Auf dem Gipfel seiner Macht beruhigte er seine Gegner: «Ich will eure Schätze nicht antasten.» Die radikaleren Revolutionäre lagen auf der Linie von Rousseau, der im «Gesellschaftsvertrag» festhält: Der Erste, der ein Stück Land einzäunte, es sein Land nannte und Leute fand, die ihm glaubten, war der wahre Gründer der bürgerlichen Gesellschaft. Für Rousseau gehörten die Früchte allen und der Boden niemandem. Robespierre hat ihn verraten.

Die Bilanz ist bekannt.

Und nicht nur schlecht. Der Kapitalismus ist in der Geschichte der Menschheit der mit Abstand kreativste Produktionsprozess. Er hat einen sagenhaften Fortschritt der Wissenschaften hervorgebracht. Doch er hatte Grenzen. Nach dem erfreulichen Zusammenbruch der Sowjetunion eroberte er innert kürzester Zeit die ganze Welt. Die Marktkräfte wurden zu Naturgesetzen erklärt. Alles hat man ihnen untergeordnet. Auch die Menschen mussten sich ihnen unterwerfen. Das Kollektivbewusstsein wurde

«Der Kapitalismus ist der mit Abstand kreativste Produktionsprozess.»

mit der neoliberalen Wahnidee und Ideologie zubetoniert. Zwischen 1991 und 2001 hat sich das Bruttosozialprodukt der Welt verdoppelt. Der Welthandel verdreifacht. Die Hälfte des Bruttosozialprodukts wird von den 500 grössten transnationalen Konzernen erwirtschaftet. Sie haben eine Macht, über die nie je ein Kaiser, König oder Papst verfügte. Sie entziehen sich der staatlichen und sozialen Kontrolle. Ihr einziges Prinzip: maximale Profite in möglichst kurzer Zeit. Die Oligarchien haben eine Weltdiktatur mit kannibalistischer Gesellschaftsordnung errichtet. Alle fünf Sekunden verhungert ein Kind. Unsere Landwirtschaft könnte zwölf Milliarden Menschen ernähren.

Literatur-Extra

- 50 **Jean Ziegler** «Greta ist das Gras, ich höre es wachsen»
- 53 **Schweizer Klassiker** «Mein Name ist Eugen»
- 54 **Don Winslows Drogen-Trilogie** Besser als Netflix
- 56 **Julia Kröhn** Geschäft der Gefühle
- 57 **Leonardo da Vinci** Erster Blockbuster-Künstler der Welt
- 58 **Dieter Langewiesche** Motor des Fortschritts
- 59 **Vergissmeinnicht** Max Weys Sprachkolumne

Der Kapitalismus war 200 Jahre lang relativ zivilisiert und ist vor dreissig Jahren wild geworden. Jetzt erwarten Sie von der Jugend, dass sie ihn innerhalb einer Generation überwindet. Ist das nicht ein bisschen viel verlangt?

Ich bin kein Idealist. Ich bin Soziologe, Marxist, Materialist und befasse mich mit den verifizierbaren Realitäten.

Sie glauben auch an ein Jenseits und Gott.

Sonst hängt man sich doch auf. Ich bin ein gottesgläubiger Bolschewik. Es gibt einen natürlichen Tod des Körpers. Aber das Bewusstsein, das in diesem Körper lebt, ist eine Kumulation ohne natürliches Ende. Wenn es den Körper nicht mehr hat, kann sich dieses Bewusstsein nicht mehr ausdrücken. Aber es bleibt bestehen. Als Person existiert man über den Tod hinaus und hat ein Leben, das wahrscheinlich nicht mehr zeitlich begrenzt ist. Friedrich Engels hat am Grab von Marx gesagt, jetzt übernehme die Menschheit den Geist.

Zurück zur Jugend, die den Kapitalismus überwinden soll.

Marx hat gesagt, der Intellektuelle muss das Gras wachsen hören. Wir haben die Gelbwesten. Und die «Fridays for Future». In Hunderten von Städten gehen die Kinder auf die Strasse und kritisieren die Regierungen, die nichts tun. Wir wissen nur zu genau, was passieren kann. Die Meere werden wärmer, Hafenstädte wie Marseille oder New York verschwinden. Es wird unglaubliche Hungersnöte geben. Der Regen- und Windhaushalt gerät aus den Fugen. Es wird monatlich Orkane geben. Und ein paar Jahre nach der Pariser Klimakonferenz, deren Forderungen 190 Staaten unterschrieben haben: Nichts geschieht, es ist alles noch viel schlimmer.

Glauben Sie an dieses Schreckensszenario?

Ohne jede Einschränkung.

Glauben Sie, dass man es verhindern kann?

Absolut. Man muss es verhindern. Claude Lévi-Strauss hat gesagt, dass die Welt ohne den Menschen existieren kann. Die Natur braucht uns nicht. Die Menschheit kann aussterben, der Planet unbewohnbar werden. Deswegen gehen die Kinder auf die Strasse. Hinter ihnen steckt keine Partei und kein Zentralkomitee.

Greta hört das Gras wachsen?

Ja. Nein – ich, der Intellektuelle, höre das Gras wachsen. Greta ist das Gras, das ich



«Unser zubetoniertes Kollektivbewusstsein regt sich»: Marxist Ziegler.

wachsen höre. Auch meine Enkel gehen an die Demos.

Damit sie nicht in die Schule müssen.

8000 sind es in Genf gewesen. Es ist eine fröhliche Sache. Eine Schülerin schrie vor der Credit Suisse: «Ersäuft die Banker, nicht das Packeis.» Die Radikalität dieser Forderungen ist eine Hoffnung. Die Jungen haben plötzlich gemerkt, dass die Staaten gar nichts machen können. Die Oligarchie regiert die Staaten.

Was sollen sie machen?

An der Klimakonferenz in Paris wurde gefordert, dass die Erdölmultis ihre Produktion reduzieren und 40 Prozent ihrer astronomischen Profite in alternative Energien investieren müssen. Das Resultat: Die Produktion wurde um 22 Prozent erhöht. Von den 81 Milliarden Gewinn wurden 5 Prozent investiert.

Ich meinte: Was sollen die Jungen machen?

Die Kinder merken, dass keine Regierung in der Lage ist, den Erdölmultis Auflagen zu machen. Deshalb werden die Demonstrationen für die Umwelt zu Demonstrationen gegen den Kapitalismus. Wir leben in historischen Zeiten.

Sie schreiben, dass man den Kapitalismus nicht reformieren könne.

Das ist systemimmanent. Der Kolonialismus war auch nicht reformierbar. Er konnte nicht weniger plündern oder

«Entweder ist eine Frau gleichberechtigt oder nicht, da kann es keine Abstriche geben.»

weniger foltern. Der Sklavenhandel musste verschwinden, man konnte ihn nicht verbessern oder menschlicher machen. Entweder ist der Mensch ein Mensch, oder er wird wie eine Sache behandelt. 1954 haben sich junge Algerier für den Aufstand entschieden und Kasernen angegriffen. Nach zwei Millionen Toten entstand die Republik.

Die Revolutionäre der Freiheit sind selbst zu Unterdrückern und Ausbeutern geworden. Gerade mussten die Jugendlichen in Algerien wieder auf die Strasse gehen. Bouteflika, den Sie gut kennen, ist ein schlechtes Beispiel.

Mandela, Thomas Sankara, Fidel Castro. **Sie sind alle tot. Mandela kam spät an die Macht, Sankara wurde jung ermordet. Kuba taugt nicht zum Vorbild.**

In Kuba isst jedes Kind, geht zur Schule und wird medizinisch versorgt.

Wie in der Schweiz. Was sollen die Kinder bei uns machen?

Den Kapitalismus zerstören, bevor er uns zerstört. Nehmen Sie die Frauen – im 19.



«Historische Zeiten»: Schülerproteste in Genf.

Jahrhundert wurde noch darüber diskutiert, ob sie eine Seele haben.

Gerade die Emanzipation der Frauen ist doch ein Beispiel dafür, dass Fortschritte ohne blutige Revolution möglich sind. Dank der Kraft der Ideen, mit Reformen.

Die Diskrimination muss weg.

Geht es den Frauen im Kapitalismus nicht besser als in jedem anderen System?

Im Vergleich mit einer Bäuerin in Indien oder Afrika zweifellos. Aber in Indien und Saudi-Arabien herrschen kapitalistische Systeme. Die Bilanz der sozialistischen Gesellschaften bezüglich der Gleichstellung ist nicht schlecht. Entweder ist eine Frau gleichberechtigt oder nicht, da kann es keine Abstriche geben. Ich will nur beweisen, dass keine Reform möglich ist. Der Feudalismus war nicht reformfähig. Der König musste weg, um die Leibeigenschaft zu beseitigen. Die kannibalische Weltordnung ist ein Faktum, und die Frauen sind die Proletarier der Proletarier. Die Alternative ist der planetare Rechtsstaat.

Wo existiert er?

Ansatzweise in Westeuropa. Er ist unser Horizont, die Alternative zum Kapitalismus. Die 36 reichsten Milliardäre besitzen so viel wie 4,7 Milliarden Menschen. Die Oligarchie ist nicht belehrbar. Als auf der «Titanic» in den unteren Etagen die Menschen bereits starben, spielte auf dem Oberdeck noch immer die Musik. Dieses Bild symbolisiert die Haltung der herrschenden Klasse.

Glaubt die Oligarchie, dass die Welt nicht untergehen kann?

Wenn man so viel Macht hat wie sie, ist die Vernunft gefährdet. Die Hoffnung wäre, dass die Oligarchie einsieht, dass die Jungen recht haben. Aber das passiert nicht.

In Europa hat es Fortschritt und Reformen ohne blutige Revolution gegeben.

Für diese kleine Halbinsel vor Asien mag das zutreffen. In der ganzen Geschichte betrug der Anteil der Weissen an der Weltbevölkerung nie mehr als 13 Prozent. Aber seit 500 Jahren beherrschen sie den Planeten mit immer neuen Systemen der Unterdrückung. Keines war reformierbar.

Sind die apokalyptischen Szenarien und die herrschende Weltuntergangsstimmung

nicht ihrerseits eine grosse Bedrohung? Sie erzeugen eine lähmende Stimmung, die jedes pragmatische Handeln als illusorisch erscheinen lässt.

Das hat schon etwas. Aber die grosse Unruhe ist berechtigt. Die Gelbwesten demonstrieren gegen ihren Präsidenten. Sie wollen nicht mehr delegieren, sondern selbst bestimmen. Die Jungen gehen auf die Strasse, um den Planeten zu retten, auf dem sie achtzig Jahre leben müssen. Die lähmende Stimmung entspricht einer drohenden Katastrophe. Und deshalb haben die Kinder recht.

Was sollen sie tun?

Das ist die Frage. Wie kann man den Kapitalismus überwinden?

Nur mit Gewalt, schreiben Sie.

Nein, nein. Das hat mir in Österreich gewaltigen Ärger eingetragen. Ich kann nur sagen, was ich als Soziologe beobachtet habe: Nie hat eine Oligarchie ihre Privilegien und ihre Macht freiwillig abgegeben. Ich kann mir nicht vorstellen, dass die Konzernchefs zur Einsicht fähig sind, dass sie auch Kinder haben, die überleben wollen.

Was ist in Wien abgelaufen?

Ich war im April zu einer Vorlesung im Rathaus. Tausend Besucher kamen. Da wurde die Frage der Gewalt angesprochen. Am Tag danach habe ich im Fernsehen das Gleiche gesagt: dass man der Oligarchie den Arm brechen müsse.

Das schreiben Sie im Buch.

Jede Revolution war gewalttätig. Als Gegen Gewalt. Und ich habe gesagt, dass man sich auf gewalttätige Auseinandersetzungen einstellen müsse. Ich kann mir nicht vorstellen, dass es anders gehen kann.

Terror, Terrorismus?

Nein. Ich erlasse keine Aufrufe zur Gewalt.

Aber seit Wien passen Sie auf, was Sie über Gewalt sagen?

Ich passe wahnsinnig auf. Der Vizekanzler Strache, der damals noch im Amt war, hat versucht, einen riesigen Skandal zu konstruieren: Wie kommt der sozialistische Stadtpräsident dazu, diesen Agitator einzuladen?

Aber Sie bleiben dabei: Ohne Gewalt geht es nicht?

Ich halte mich an die Frankfurter Schule. Wir kennen die effektive Gerechtigkeit, den Zustand unserer Welt und unsere Wirklichkeit: Die Ungleichheit nimmt rapide zu. Aber unsere Auffassung von Gerechtigkeit wird immer anspruchsvoller. Die Menschen wollen mehr Gerechtigkeit. Ich war Unberichterstatte für das Recht auf Nahrung. Noch vor ein paar Jahrzehnten war die schreckliche Theorie von Thomas Malthus ziemlich unbestritten: Der Hunger hat auch seine guten Seiten. Er ist schlimm, aber nötig und gottgewollt. Weil die demografische Entwicklung dazu führen wird, dass es

nicht genug Luft, Wasser und Essen für alle geben kann. Mit Malthus legitimierte der Kolonialismus sein Tun. Seine Lehre war in Kirchen und Universitäten verbreitet. Heute wagen es auch die zynischsten Reaktionäre nicht mehr, sich auf ihn zu berufen. Jeder weiss heute, dass Hunger keine Fatalität ist, sondern menschengemacht – und schon morgen überwunden sein könnte. Dieses Bewusstsein existiert. Wann aber wird es umgesetzt? Sartre

«Wenn sich der kategorische Imperativ durchsetzt, hat die Oligarchie keine Chance mehr.»

sprach von der «Inkarnation». Wann wird eine zur verändernden Kraft? Das weiss kein Mensch. Im 18. Jahrhundert haben Rousseau, Diderot, Voltaire ihre Vorstellungen in die Welt gesetzt. Sie beeinflussten das kollektive Bewusstsein, und am 14. Juli 1789 brachen die Arbeiter mit ihren selbstgemachten Waffen auf und stürmten die Bastille, in der ihre *copains* inhaftiert waren, deren Familien zu Hause verhungerten. Wie es weitergehen und was sie bewirken würden, konnten sie selbstverständlich nicht wissen.

Glauben Sie an eine neue Revolution?

Wir sind sehr nahe an der Inkarnation. Der Wahn der neoliberalen Ideologie, die den Menschen als historisches Subjekt zerstört, geht zu Ende. Aber noch gibt es die Entfremdung. Die Schweizer haben gegen einen Mindestlohn und gegen höhere Renten gestimmt. Gegen eine einheitliche Krankenkasse. Sie wollten keine zusätzliche Ferienwoche und keine Beschränkung der Managerlöhne. Eines der politisch reifsten Völker stimmt gegen seine ureigensten Interessen. Jetzt aber, dank der Zivilgesellschaft, kommt etwas in Gang. Unser zubetoniertes Kollektivbewusstsein regt sich.

Das erzählen Sie seit fünfzig Jahren.

Ja, aber jetzt konkretisiert es sich, mit den Gelbwesten und Greta. Die Mauern fallen. Wenn sich der kategorische Imperativ durchsetzt, hat die Oligarchie keine Chance mehr.



Jean Ziegler: Was ist so schlimm am Kapitalismus? Antworten auf die Fragen meiner Enkelin. Bertelsmann. 128 S., Fr. 24.90

Diverse Autoren: Jean Ziegler – citoyen et rebelle. Der lange Weg von Thun nach Genève pour un monde plus juste. Edition 8. 264 S.

Schweizer Klassiker

Das lustigste Schweizer Buch

Mit «Mein Name ist Eugen» setzte der Berner Pfarrer Klaus Schädelin 1955 völlig neue Massstäbe in der Jugendbuchliteratur. Von Christoph Mörgeli

Die fingierten Aufzeichnungen des dreizehnjährigen Eugen liegen mittlerweile in der 32. Auflage vor. Sämtliche Erlebnisse in Elternhaus, Berner Altstadtwohnung, Schule, Freizeit und Pfadi bilden ein wahres Feuerwerk an gerissenen Streichen eines munteren Bubenquartetts. Unmöglich, dass die ohne jede Schwäche durchgehaltene Komik bei jungen und älteren Lesern nicht immer wieder schallendes Lachen entlockt. In der Regel werden die haarsträubenden Abenteuer eingeleitet durch Ansprachen des grenzenlos fantasiebegabten Franz «Wrigley» Stalder, dessen Übername eine eigene Geschichte bildet. Zur Viererbande gehören sodann der Chronist Eugen, der robuste Eduard und das verwöhnte Milchgesicht Bäschтели. Selbstverständlich reagiert die Erwachsenenwelt mit Erschrecken, Entsetzen und nacktem Unverständnis auf die Streiche der Lausbuben.

Rotzfrech und scharfsichtig

Für eine Abendunterhaltung muss von Tante Melanie ein Festkleid «expropriert» werden – selbstverständlich in der (irrigen) Meinung, sie werde keinesfalls im Publikum sitzen. Die geräumigen Estriche eröffnen den Buben eine wahre Traumwelt, etwa die eines Steuermanns auf dem Titicacasee. Unvergesslich der Waber Werner, jener zünftige Sektionsschwimmer, der einem Lehrer den angeborenen Sadismus austreibt. Das einem alten Schulmeister entwendete Gebiss wird kurz vor Weihnachten wieder ausgegraben und zurückgebracht. Aus dem Pfadfinderlager im Tessin reissen die vier Unverbesserlichen bald aus und radeln via Gotthard und Zentralschweiz nach Zürich. Dabei vermissen sie die Maggi-Fabrik, wo laut Wrigley ganze Rinderherden in die Trichter getrieben würden, um sie zu Gewürzwürfeln einzustampfen. Einmal sei versehentlich ein Scheusal von einem Direktor in einen Trichter geraten, wonach die Maggi-Würfel eine volle Woche lang einen ungeniessbaren Nachgeschmack hatten.

Das Reiseziel Zürich galt dem Besuch des legendären Fritzeli Bühler, eines echten Tau-

sendsassas und Vorbilds aller Lausbuben. Diese Heldengestalt lebte wirklich, nämlich in der Person von Dr. h. c. Fritz Bühler, Skilehrer, Pilot und erster Präsident der Schweizerischen Rettungsflugwacht (Rega). Und der Episode des im Ritterhelm eingeklemmten Wrigley soll niemand Geringerer als Richard von Weizsäcker Pate gestanden haben, der als Diplomatensohn in Bern die Schulbank gedrückt hat. Darauf angesprochen, reagierte der deutsche Bundespräsident gewohnt souverän und diplomatisch: «Ich kann diese Meldung weder bestätigen noch dementieren.»

Bei «Mein Name ist Eugen» handelte es sich um eine völlig neue Art Jugendbuch: rotzfrech, aufmüpfig und scharfsichtig die Schwächen von Eltern und Pädagogen durchschauend. Die Schweizerische Lehrerzeitung reagierte mit einer vernichtenden Kritik («An der Grenze zu Schund und Kitsch»). Pfarrer Klaus Schädelin (1918–1987) schrieb die Abenteuer aus Ärger über die damalige Flut von braven, moraltriefenden Jugendbüchern. Die Matur – so bekannte er später – habe er nur bestanden, weil sich die Lehrer beim Addieren geirrt hätten. Schädelin studierte



Vorbild aller Lausbuben: Ausgabe von 1956.

Theologie, leistete Aktivdienst als Küchengehilfe, amtierte als Pfarrer an der Petruskirche in Bern, verheiratete sich glücklich und wurde Vater von drei Kindern. 1958 wählte das Stimmvolk Klaus Schädelin für das neugegründete Junge Bern völlig überraschend in die Stadtberner Exekutive. Dort betreute er die Ressorts Gesundheit und Fürsorge und sass daneben acht Jahre lang auch im Grossrat. Er kannte jeden und jede, war überaus populär und wurde immer wieder auf seinen «Eugen» angesprochen. Ein Herzinfarkt zwang Schädelin mit 55 in die von ihm als herrlich empfundene Frühpension. Sein Sohn Michael erinnert sich an familiäre Autoausflüge, in denen die Regeln «eins links, eins rechts» galten. So wurde entsprechend abwechselnd abgebogen, bis man an einem nie erwarteten Ziel anlangte.

Klaus Schädelin: Mein Name ist Eugen. Theologischer Verlag Zürich, 32. Aufl. 200 S., Fr. 32.90

Besser als Netflix

Nach über zwanzig Jahren bringt Don Winslow seine 2500 Seiten dicke Trilogie über den Drogenkrieg in Mexiko zu Ende. Ein erschütterndes Meisterwerk. *Von Rico Bandle*

Er ist der gefürchtetste Drogenfahnder Amerikas, hat während vierzig Jahren Hunderte hochrangige mexikanische Drogenbosse aus dem Verkehr gezogen. Doch jetzt, am Ende seiner Karriere, stellt Art Keller sein ganzes Lebenswerk in Frage. «Nur weil Drogen illegal sind, verdienen brutale Soziopathen an der Spitze der Kartelle jährlich an die sechzig Milliarden an uns [Amerikanern]. Mit dem Geld bestechen sie Polizei und Politiker und finanzieren Waffen, durch die bereits Hunderttausende starben – und ein Ende ist nicht in Sicht», sagt er desillusioniert, quasi als Abschiedsrede gegen Schluss der Trilogie.

Der Krieg gegen die Drogen ist schon seit Jahrzehnten im Gange, die Summe der Opfer ist mittlerweile höher als bei vielen konventionellen Kriegen. Und immer, wenn man das Gefühl hat, es sei ein wichtiger Schlag gegen die Kartelle gelungen, säumen danach noch mehr Tote die Strassen.

Wie es dazu kommen konnte, erzählt Don Winslow in seinem Drogen-Dreiteiler, für den kein Superlativ zu hoch gegriffen ist: Wie Shakespeare in seinen Königsdramen, seziert er die Machtstrukturen von Clans, Kartellen, ja ganzen Ländern; zeigt auf, wie sich die Bosse mit Einschüchterungen, zur Schau gestellter Brutalität und grosszügigen Geldzahlungen die Loyalität ihrer Gefolgschaft sichern. Und das alles in einer weitverzweigten Geschichte mit Hunderten von Akteuren auf insgesamt 2500 Seiten, die von einer kaum zu überbietenden Spannung sind.

Im Zentrum des Epos stehen der Drogenfahnder Art Keller und sein Hauptkontrahent, Drogenboss Adán Barrera. Im ersten Band («Tage der Toten») arbeitet sich Barrera hoch zum Chef des führenden Sinaloa-Kartells. Im zweiten («Das Kartell») vermehrt er Macht und Reichtum ins Unermessliche, bevor er im Urwald Guatemalas erschossen wird. Im neuen dritten Band («Jahre des Jägers») ist Art Keller zurück in den USA, wird Chef der US-Drogenbehörde DEA und stellt fest, dass die Drogenmilliarden mittlerweile auch in den USA höchste Machtkreise korrumpieren. «Seit vierzig Jahren führt er Krieg gegen die mexikanischen Kartelle. Jetzt führt er Krieg gegen die eigene Regierung. Aber eigentlich ist beides dasselbe», heisst es im Buch.

Die Geschichte ist zwar fiktiv, die Ereignisse und die Figuren haben aber reale Vorbilder. Adán Barrera steht unverkennbar für Joaquín «El Chapo» Guzmán, lange Zeit einer der

mächtigsten und meistgesuchten Drogenbosse der Welt. Die zum Teil in ihren detaillierten Schilderungen kaum erträglichen Gräueltaten, wie die Massakrierung von Kindern eines Schulbusses und die Entsorgung der Leichen auf einer Mülldeponie, entspringen wahren Begebenheiten.

Wie ein Krebsgeschwür

Dass der Kampf gegen die Drogen über die Jahrzehnte zunehmend ausser Kontrolle gerät, daran haben die Amerikaner im Buch wie in der Realität einen beträchtlichen Anteil. Immer wieder stellt DEA-Agent Art Keller nach Operationen frustriert fest, dass er von einem Kartell instrumentalisiert worden ist, um eine rivalisierende Bande auszuschalten. Auf die Politik ist selten Verlass. Die Iran-Contra-Affäre zeigte, dass die USA den Drogenschmuggel unter gewissen Umständen sogar befördern.

Die Jahre vergehen, Präsidenten wechseln, das Übel bleibt. Die Methoden der Fahnder gleichen sich zunehmend jenen ihrer Gegner an, ebenso deren Brutalität. «Die Schlacht gegen al-Qaida hat die Grenzen des Denkbaren, Erlaubten und Machbaren verschoben», heisst es etwa in «Das Kartell».

Erschütternd ist nicht nur das Meer von Blut, sondern auch wie die Milliarden aus dem Drogenhandel und die dazugehörige Korruption eine ganze Gesellschaft von innen zersetzen. Wie ein Krebsgeschwür breitet sich das Übel aus: Familien werden zerstört, überall hat es junge Menschen, die der Verlockung des Geldes nicht widerstehen können und sich selbst um ihre Zukunft bringen. Sofern sie überhaupt eine Wahl haben. Denn oft heisst es einfach: Entweder du bist dabei oder tot – *plata o plomo*, wie man auf Spanisch sagt, Silber oder Blei.

Über zwanzig Jahre lang hat Winslow recherchiert, wobei er nie eine Trilogie geplant hatte. Nach Band zwei sollte eigentlich Schluss sein, Winslow liess Drogenboss Barrera sterben. Doch die Realität holte ihn ein: Nachdem Barreras Vorbild, Chapo Guzmán, in die USA ausgeliefert worden war, beruhigte sich die Lage keineswegs, im Gegenteil. Die Gewalt in Mexiko nahm epidemisch zu. Parallel dazu überfluteten immer stärkere Drogen die USA. Beidseits der Grenze häuften sich die Toten, in Mexiko mit einer Kugel im Kopf, in den USA mit einer Spritze im Arm.

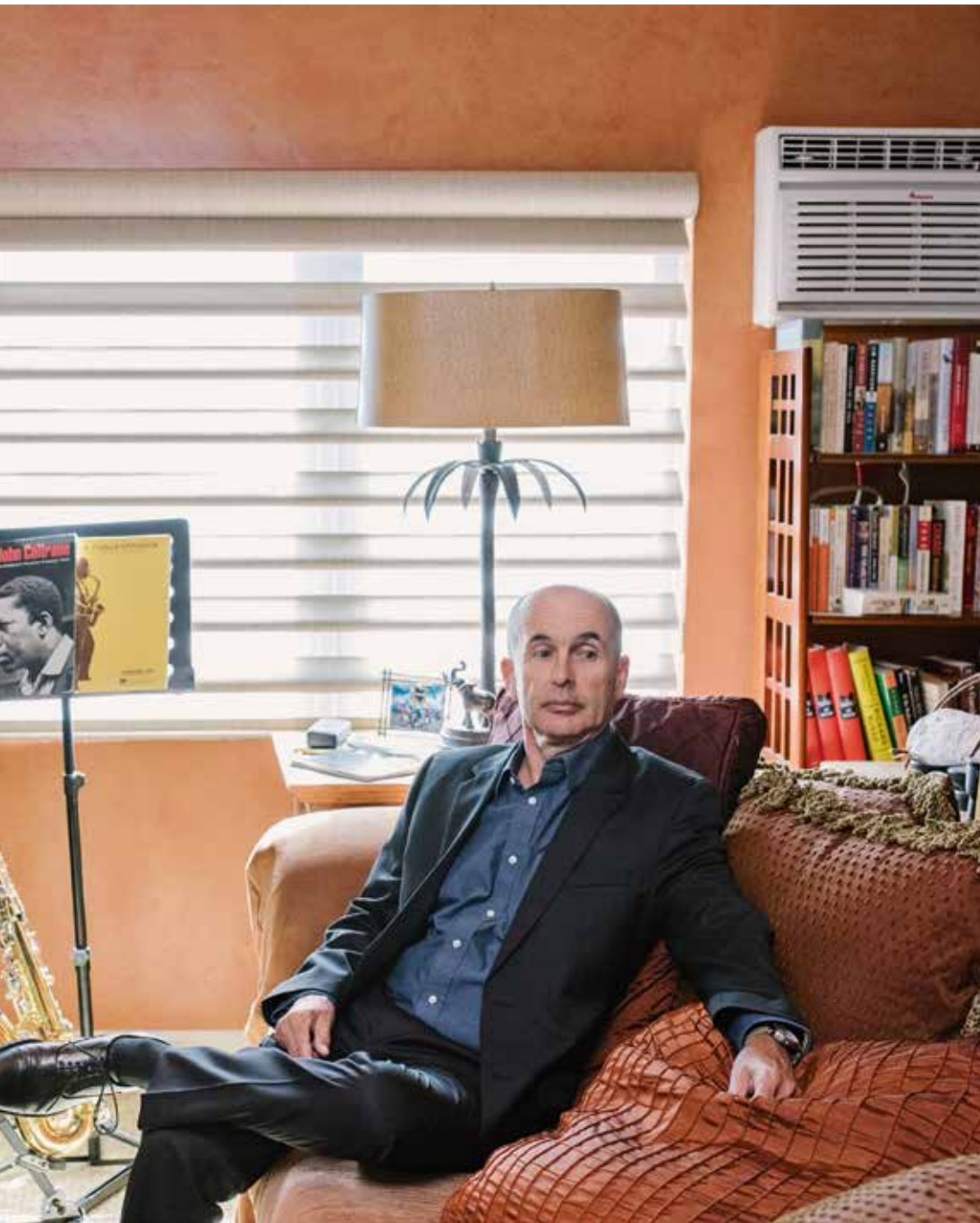
Im Buch ist eindrücklich geschildert, wie das Chaos ausbricht, nachdem der Hydra der Kopf abgeschnitten worden ist. So grassiert



«Es gibt keine Regeln mehr. Alles ist möglich»:

zum Beispiel plötzlich die Kinderprostitution, die früher verpönt war: «Zu Barreras Zeiten hätten sie einem Mann, der Kinder verkauft, Stacheldraht um den Schwanz gewickelt und ihn daran aufgehängt. Jetzt ist das anders. Jetzt wird alles toleriert, Hauptsache, es bringt Geld für die Finanzierung der eigenen Leute.» Die Situation gerät gänzlich ausser Kontrolle. «Es gibt keine Regeln mehr. Alles ist möglich.»

Das Machtvakuum führt zu einem Zustand der Anarchie, wie man ihn nach dem Sturz von Diktatoren immer wieder erlebt, zum Beispiel in Libyen nach Gaddafi. Don Winslow hat sich dabei tatsächlich an Shakespeare orientiert, wie er in einem Interview sagte: «Sie wissen, Shakespeares <Heinrich IV.> und <Heinrich V.> sind grossartige Dramen über einen mächtigen König. Aber <Heinrich VI.>, in dem es darum geht, was nach dessen Tod



Meistererzähler Winslow.

passiert, ist komplexer und in gewisser Weise auch interessanter.»

Nicht nur in Mexiko hat sich die Situation verändert, sondern auch in den USA: Plötzlich ist ein grossmäuliger Präsident an der Macht, der das Drogen- und Migrationsproblem mit einer Mauer und noch mehr Repression lösen will. Für Winslow ein Graus.

Trumps Wahl motivierte ihn erst recht, Teil drei in Angriff zu nehmen, den mit 992 Seiten umfangreichsten Band der Trilogie. Der Schriftsteller wurde zudem zu einem prominenten Anti-Trump-Aktivist. 2017 kaufte er eine ganze Anzeigenseite in der *New York Times*, um gegen die Drogenpolitik des Präsidenten zu protestieren, die zu «mehr Leid, mehr Kosten und mehr Toten» führe.

Erst kürzlich rief er Trump öffentlich zu einem Streitgespräch über die Mauer auf. «Wir

können das sogar auf Ihrem Sender tun, Fox News. Egal, in welcher Sendung, mit welchem Moderator, zu welcher Zeit.» Begeistert von der Idee, bot Stephen King, der König des Horrorromans und ein grosser Anhänger Winslows, seine Unterstützung an: «Ich wäre bereit, 10 000 Dollar zu bezahlen, um das zu sehen.» Trump allerdings stieg nicht darauf ein.

Der Aktivist drückt durch

Dass seine Aktivistinnenrolle manchmal spürbar ist, ist der grösste Makel in «Jahre des Jägers»: Winslows Stärke ist es gerade, die Ambivalenz der einzelnen Figuren herauszustreichen, so dass man zuweilen auch für einen Mörder Sympathie empfindet, dass der Held Art Keller zum Teil selber von Hass und Rachegefühlen getrieben ist. Der Mensch, so die Botschaft, ist grundsätzlich ein grausames Wesen, sofern

die Situation und das System es zulassen. Doch jetzt, vom Ekel vor dem Präsidenten getrieben, wird Winslow an gewissen Stellen leider zum Moralisten, verliert die kühle Distanz zum Geschehen.

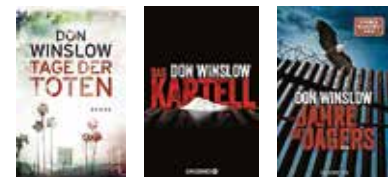
Dennoch gelingt es dem Meisterautor erneut, ein atemberaubendes Panoptikum des Drogenelends zu zeichnen, ohne dass dies die Spannung des Thrillers beeinträchtigte. Diesmal auch mit dem Fokus auf die USA: die Gang-Kriminalität, die durch Migration aus den lateinamerikanischen Slums in die US-Vorstädte importiert wird; die weisse Unterschicht, die sich selber ins Elend spritzt; die hilflosen Streifenpolizisten, die immer

Die Trilogie ist vielschichtiger und tiefgründiger als «Narcos» und vor allem als «El Chapo».

nur an die unterste Hierarchiestufe herankommen. Und natürlich auf die grosse Politik. Niemand hat ein Interesse, an der Situation etwas zu ändern, zu viele Leute verdienen daran: die DEA, die privatisierten Gefängnisse, die Immobilienbranche, wo ein Teil des Drogengelds hinfliesst, und so fort.

Die Trilogie ist bedeutend vielschichtiger und tiefgründiger als die beliebten Netflix-Serien «Narcos» (Kolumbien) und vor allem «El Chapo» (Mexiko), die in einem ähnlichen, wenn nicht gar im selben Umfeld spielen. Man ist zuweilen froh um das Personenverzeichnis am Ende, um die Übersicht über die vielen Figuren nicht zu verlieren. Winslow hatte 2015 die Filmrechte für die ersten zwei Teile für sechs Millionen Dollar verkauft, Ridley Scott hätte Regie führen sollen. Das Vorhaben scheiterte an der für einen Kinofilm zu komplexen Story.

Kürzlich wurde bekannt, dass der zu Disney gehörende Sender FX einen neuen Anlauf nimmt und aus der Trilogie nun eine ganze Fernsehserie machen möchte, was bestimmt das geeignetere Format für die Verfilmung dieses monumentalen Werks ist. Obschon für jemanden, der die Bücher tage- und nächtelang kaum mehr weglegen konnte, ist es schwer vorstellbar, dass eine Steigerung des Leseerlebnisses noch möglich ist.



Don Winslows Drogen-Trilogie

Tage der Toten (Original: *The Power of the Dog*, 2005). Suhrkamp. 689 S., Fr. 21.90.

Das Kartell (*The Cartell*, 2015). Droemer. 832 S., Fr. 23.90.

Jahre des Jägers (*The Border*, 2019). Droemer. 992 S., Fr. 39.90.

Geschäft der Gefühle

Die österreichische Schriftstellerin Julia Kröhn wechselt Namen wie Kleider. Eine schlaue Marketingidee.

Von Rolf Hürzeler

Eine Modeschau der deutschen Trümmerfrauen mit Zwischenfällen – das hat es angeblich gegeben. «Bei der letzten Probe sind zwei gestolpert, und das liegt nicht am Hunger. Den leiden wir alle», sagt die Protagonistin Lisbeth. Zwei Jahre nach dem letzten Weltkrieg veranstaltet die junge Frau eine Modeschau in Frankfurt, um das Kleidergeschäft ihrer Familie wieder in Gang zu bringen.

Das ist eine Episode aus dem neuen Roman «Das Modehaus – Töchter der Freiheit» der Schriftstellerin Julia Kröhn. Die 44-jährige Österreicherin beschreibt die Szene mit den spindeldürren Frauen in schäbigen Klamotten, um die Stimmung in den ersten Monaten nach dem Zusammenbruch zu illustrieren. Die Deutschen sehnten sich nach einer Normalität, die vorderhand unerreichbar sein sollte.

Ist der Untergrund sumpfig?

«Das Modehaus» ist das neueste, 528 Seiten starke Werk einer Frau mit unterschiedlichen Namen. Denn Julia Kröhn schreibt auch als Kiera Brennan über die irische Geschichte und als Catherine Aurel über die italienische Renaissance. Kurz vor dem «Modehaus»-Buch hat sie unter diesem Namen einen historischen Toskana-Roman herausgegeben mit dem Titel «Der Turm der Liebenden», eine Geschichte, die punkto Emotionen genau das hält, was sie verspricht.

Warum schreibt sie nicht alles unter ihrem richtigen Namen – ist er nicht stark genug? Julia Kröhn ist die Offenheit in Person und sagt im persönlichen Gespräch: «Das ist wie bei McDonald's, der Kunde weiss, was ihn unter diesem Label erwartet.» Etwas anderes also als im Sushi-Schuppen. So steht die Schreiberin Catherine Aurel im «Turm der Liebenden» für die weiche Linie. Die Autorin verknüpft die Liebesgeschichte geschickt mit einer Frage, die sich jeder schon einmal gestellt hat: Warum ist der Turm von Pisa schief? Steckte eine Verschwörung dahinter, Lug und Betrug, ein Fluch gar? Oder, banaler, ist der Untergrund sumpfig?



Zwischen feuriger Liebe und roher Gewalt: Erfolgsautorin Kröhn.

Die Antwort erfolgt auf 624 Seiten mit Gefühlen und dosierten Portionen von Mord und Totschlag. Dabei scheut die Autorin dick aufgetragene Klischees nicht: «Mit der Angst verhielt es sich für Aziza wie mit der Schönheit. Sie war etwas, das man nicht berechnen konnte», heisst es über die schöne und lebenswürdige Frau im «Turm der Liebenden», die auch ein mathematisches Genie ist.

Funktioniert ein Namenslabel nicht mehr, dann wirft sie es weg wie einen ausgelöffelten Joghurtbecher. So war die Autorin Leah Cohn mit romantischer Fantasy unter dem Titel «Der Kuss des Morgenlichts» eine Weile erfolgreich. Dann ging die Nachfrage zurück, und Kröhn legte den Namen im Einverständnis mit dem Verlag ab.

Daraus resultieren nicht etwa Identitätskrisen. «Wo denken Sie hin?», fragt sie rhetorisch. Denn für Kröhn ist das Schreiben eine professionelle Arbeit, der sie eine Etikette auf-

klebt, um eine möglichst grosse Leserschaft zu gewinnen. Dazu passt, dass sie die Bücher in verschiedenen Verlagen veröffentlicht, etwa bei Random House, Bastei Lübbe oder Droemer Knauer.

Die Schriftstellerin ist in Linz aufgewachsen und lebt heute mit ihrer Familie in Frankfurt. Sie habe schon mit vierzehn Jahren mit dem selbständigen Schreiben begonnen, denn sie fühlte sich wie so manches Kind allein und unverstanden. Da boten sich Fantasiewelten an, in die sie sich hineinflüchtete. Nach der Schule studierte sie Theologie und Geschichte, schrieb weiter, vorerst allerdings ins Leere.

Erst 2005 konnte sie sich mit dem Roman «Engelsblut», einer Schicksalsgeschichte aus dem 19. Jahrhundert, über den Durchbruch freuen. Seither gibt es kein Halten mehr. Julia Kröhn schreibt jährlich mindestens zwei Wälzer. «Ich habe eine preussische Arbeitshaltung, obschon ich Österreicherin bin», sagt sie. Sobald ihre Tochter in der Schule ist, beginnt die Autorin mit Denken und Dichten. Einen Nachmittag wöchentlich sitzt sie in der Deut-

schon Nationalbibliothek in Frankfurt, wo sie ihren Recherchen nachgeht: «In den meisten Fällen stütze ich mich auf ein Vorwissen über die damaligen Verhältnisse, weil ich mich schon mal damit beschäftigt habe», sagt sie. Kröhn hat den Ehrgeiz, dass ihre Bücher historischen Ansprüchen zumindest ansatzweise genügen. So schildert sie im «Turm der Liebenden» die Fehden in Pisa zwischen der Familie Gherardesca und den Ghibellinen ausführlich.

Wer über die Renaissance schreibt, hat allerdings Freiheiten, weil sich bei Ungenauigkeiten keine Zeitzeugen melden. Darum sagt Julia Kröhn mit der ihr eigenen Ehrlichkeit: «Die jüngste Vergangenheit ist für mich am schwierigsten.» So erlebte sie zwar die 1970er Jahre nur als Kleinkind, aber sie wollte im «Modehaus» dennoch die damalige gesellschaftliche Stimmung möglichst authentisch wiedergeben – von der aufkommenden Abtreibungsdebatte bis zum Baader-Meinhof-

Terror. Um sicherzugehen, gibt sie solche Romanpassagen Älteren zu lesen und fragt sie nach ihren persönlichen Erinnerungen.

Nur das Feuilleton ignoriert sie

Das erzählerische Muster von Julia Kröhn ist klar: Eine klassische Dreiecksbeziehung wie «zwei Männer lieben die gleiche Frau» lässt sich in allen Jahrhunderten und an allen Orten in den Grundzügen gleich erzählen. Sei es als Julia Kröhn in Deutschland, als Catherine Aurel in der italienischen Renaissance oder als Kiera Brennan in Irland: «Ich denke mir die Handlung aus und ordne sie in der Vergangenheit ein.» Denn eine Liebesgeschichte ist in jeder Epoche die gleiche Liebesgeschichte. Kröhn ist der Überzeugung, dass es etwa 25 Varianten von Lebensentwürfen gibt: «Was darüber hinausgeht, sind nur Ausschmückungen.» Und für diese ist sie als Autorin besorgt, damit die Leser kein Déjà-vu haben.

Diese Schriftstellerin hat im gesamten deutschsprachigen Raum Erfolg. Keine Buchhandlung, kein Bahnhofskiosk ohne Julia Kröhn & Co. Nur das Feuilleton ignoriert sie hartnäckig. Das kümmert sie nicht, denn für sie sind die Verkaufszahlen die harte Währung. Die Universität Salzburg hat ihr sogar einen Lehrauftrag für kreatives Schreiben erteilt. Hier unterrichtet sie Studenten im Handwerk des Dichtens und züchtet damit eigene Konkurrenz auf dem umkämpften Büchermarkt. Allerdings befürchtet Kröhn deswegen keine Nachteile: «Sie lernen zwar zu schreiben, aber für ein Buch braucht es etwas mehr.» Tatsächlich ist es eine Kunst, die Leserschaft über Hunderte von Seiten immer wieder von neuem zu packen und ihr damit steten Eskapismus zu liefern, so dass sie das Buch nicht nach den Anfangskapiteln weglegt. Kröhn variiert dazu mit den Erzählformen: Perspektivenwechsel des Erzählers, Zeitsprünge oder Handlungsgegensätze etwa zwischen feuriger Liebe und roher Gewalt.

Wer so zielgerichtet und effizient schreibt, muss sich dazu berufen fühlen. In den Worten von Julia Kröhn tönt das ganz bescheiden: «Das ist meine Identität.» An dieser arbeitet sie täglich stundenlang.



Julia Kröhn: Das Modehaus – Töchter der Freiheit. Blanvalet. 528 S., Fr. 16.90

Catherine Aurel: Der Turm der Liebenden. Penguin. 624 S., Fr. 15.90

Geschichte

Erster Blockbuster-Künstler der Welt

Maler, Erfinder, Dichter, Naturwissenschaftler – und für die Nachwelt ein Rätsel: Der Freiburger Historiker Volker Reinhardt legt eine kluge Betrachtung des Weltgenies Leonardo da Vinci vor. Von Peter Keller

Was war da Vinci für ein Mensch, was waren seine Ideale, Vorgehensweisen, Glaubensgrundsätze jenseits der von der Nachwelt seit Jahrhunderten vorgenommenen Verklärungen des wohl grössten Malers der Hochrenaissance? Darauf antwortet Reinhardts Biografie «Leonardo da Vinci. Das Auge der Welt» und rückt den Mythos da Vinci zurecht, ohne den Maler vom Sockel zu stossen. Reinhardt verzichtet auf die gegenwärtigen und pathetischen Charakterisierungen da Vincis, die den Maler und seine Erfindungen – Flugkörper, Fahrzeuge – als Visionär preisen, als Steve Jobs der Renaissance, Vordenker der ökologischen Bewegung oder Protovegetarier.

Leonardo da Vinci, 1452 als unehelicher Sohn in Anchiano bei Vinci geboren, lebte und arbeitete in Florenz, Mailand, Rom als Hofkünstler verschiedener italienischer Fürsten und am Ende dort, wo er wohl am glücklichsten war, am Hof des französischen Königs François I^{er} in Amboise an der Loire, wo er 1519 starb.

Als mathematisch veranlagter Geist war da Vinci der menschlichen Natur gegenüber kühl, unbeeindruckt vom theologischen Gedankengut der Zeit sowie herablassend angesichts alchemistischen Wunderdenkens. Er glaubte allein an die Gesetze und die Kraft der Natur, der sich der menschliche Geist durch den richtigen «Blick», eine genaue Betrachtungsweise, nähern kann. Zum Künstler wird, so sah es da Vinci und so arbeitet Reinhardt es in Bildanalysen heraus, wer aus dem Gesehenen Kunstwerke schafft.

Welt ohne Angst und Tod

Schon früh in der Karriere war da Vinci klar, dass es das richtige Image braucht, um erfolgreich zu sein. Er inszenierte sich als Künstler-Naturphilosoph und wurde zum Vorläufer des modernen Künstlertums: Dieser produziert nicht nur selbstvergessen Kunst im Kämmerlein, sondern schafft Blockbuster wie «Das letzte Abendmahl» (1495–98), das Leonardo im Auftrag des Mailänder Herzogs Ludovico



Aus dem Gesehenen Kunstwerke schaffen.

Sforza schuf und das ihm Landesruhm, wenn nicht Weltruhm einbrachte. Allerdings, so Reinhardt, zeigt sich gerade am «Abendmahl», dass da Vinci trotz aller Anstrengung stets weit entfernt davon war, professioneller Künstlerhölfling zu werden wie seine Zeitgenossen Michelangelo oder Donatello.

Leonardo, der penibel hygienisch war, gerne schön wohnte und feine Kleider trug, war unbeeindruckt von den Erfordernissen der Zeit, das Hofieren und Schmeicheln der Mäzene brachte er nicht

über sich, zu politischem Kalkül und Herrscherlob bei der Ausführung von Auftragsarbeit war er unfähig. Er lieferte zudem unzuverlässig und unpünktlich. Werke wie «Der heilige Hieronymus» (um 1480) blieben unfertig, oder er verwendete Materialien, die die Zeit nicht überdauern sollten: Farben verblassten wie die, die er für das «Abendmahl» verwendete, Mörtel bröckelte, Wachs schmolz.

Letztlich, so Reinhardt, lassen sich viele Werke da Vincis nicht gänzlich entschlüsseln. Seit der Antike gilt uns die hierarchische Kette des Seins: Mineralien, Pflanzen, Tiere, Menschen, Engel, Götter oder Gott. Da Vinci setzt einzigartigweise ganz unten an der Skala an, hinter Figuren wie der Mona Lisa, Johannes dem Täufer oder der Heiligen Anna und Maria wuchern und wachsen wundersam bewachsene Landschaften – und in zeitloser Grösse schuf Leonardo eine Welt ohne Angst und Tod darin.



Volker Reinhardt: Leonardo da Vinci. C. H. Beck. 383 S., Fr. 41.90.

Motor des Fortschritts

Die positiven Seiten des Kriegs hervorzuheben, gilt heute als Frevel. Dabei wäre die Welt eine schlechtere, hätte es die blutigen Kämpfe nicht gegeben, wie Historiker Dieter Langewiesche in seinem neuen Buch aufzeigt. *Von Heimo Schwilk*

Nation und Krieg haben im intellektuellen Diskurs ausgespielt. Wir leben im Zeitalter des globalen Miteinanders, des Multilateralismus, eines Welt-Ethos, das nationale Interessen als gefährlich und die kriegerische Konfrontation als überholt ansieht. Statt neue Waffensysteme zu entwickeln, soll abgerüstet und Konfliktvermeidung betrieben werden; die Milliardenkosten für Armeen sind besser als Entwicklungshilfe angelegt – oder zur Bekämpfung des Klimawandels, dem einzig wirklichen Feind, der die Menschheit als Ganzes bedroht.

Clevere Autoren, eng am Puls des Zeitgeistes, bedienen virtuos solch aktuelle Bedrohungsszenarien, die sich auch in den Wählerstimmen der Grünen niederschlagen. Der Tübinger Historiker Dieter Langewiesche dagegen provoziert mit einem Buch, das auf rund 500 Seiten belegt, dass es in der Menschheitsgeschichte «ohne Krieg keinen Fortschritt» gegeben hätte.

Der Autor beschränkt sich in seiner Darstellung des Krieges als Motor der Geschichte auf die Neuzeit. Aber im Grunde ist der Krieg der Normalfall aller Geschichte. So entlehnt der Autor seinen Titel der Geschichte des Peloponnesischen Krieges von Thukydides; er hätte auch Heraklit zitieren können, für den der Krieg der «Vater aller Dinge» war. Den zugleich zerstörenden wie aufbauenden Charakter des Krieges, seine «Gestaltungskraft», stellt Langewiesche anhand von drei Phänomenen dar: der Revolution, Nationswerdung und des Aufbaus von Kolonialreichen. Besonders eindrücklich sind die Aussagen von Zeitgenossen der Französischen Revolution, die der Autor zitiert. Zum einen schildern sie die Gräueltat und Massaker, die kollektive «Menschenschlächtere», die im Zuge von Revolution, Konterrevolution und der kriegerischen Ausbreitung der Revolutionsideologie zu beklagen waren.

Andererseits aber konstatierten so zivilisierte Beobachter wie der Naturforscher Georg Forster, dass man die Revolution keineswegs mit «Menschenglück und Unglück» in Verbindung bringen dürfe, denn die Franzosen seien nun einmal Märtyrer für das «allgemeine Wohl». Ganz ähnlich, wiewohl deutlich drastischer formulierte es der Revolutionär Robespierre: «Die Freiheit muss mit Gewalt geschaffen werden.» Selbst Immanuel Kant würdigte die Französische Revolution als weltgeschichtlich bedeutsa-



«Vater aller Dinge»: Schlacht um Verdun im Ersten Weltkrieg, 1916.

mes Versprechen auf Fortschritt, weil sie «ein Vermögen der menschlichen Natur zum Besseren aufgedeckt hat».

Bis heute feiert Frankreich den revolutionären Ursprungsmythos der Nation mit viel Pomp – und verteidigt seine Interessen im nachkolonialen Afrika mit Selbstbewusstsein

Alle supranationalen Gebilde sind im 20. Jahrhundert zerfallen.

und militärischen Mitteln. Ohne Zweifel ist das Kapitel IV («Ohne Krieg kein Nationalstaat und keine Nation») der spannendste Abschnitt des gesamten Buches. Dieter Langewiesche scheut auch unbequeme Konklusionen nicht, die quer stehen zu dem, was auf den Podien und in den Medien tagtäglich vermittelt wird:

«Im Krieg wird getötet, gequält, geraubt, verwüstet, und dennoch werden immer wieder Kriege begonnen, um hehre Ziele anzustreben. Mit Revolutionen wollen Menschen Freiheit und ein besseres Leben erzwingen. Doch ohne Krieg keine erfolgreiche Revolution. Nationen und Nationalstaaten galten immer und gelten weiterhin als Garanten für staatsbürgerliche Selbstbestimmung und fairen Zugang zu den Ressourcen, die eine Gesellschaft erzeugt.»

«Idee der Nation»

Nicht multinationale Vereinigungen wie die Europäische Union, sondern der Nationalstaat ist der Raum von Demokratie und sozialer Teilhabe. Alle supranationalen Gebilde sind im 20. Jahrhundert zerfallen: das Osmanische Reich, das Habsburgerreich, das Commonwealth, die Sowjetunion, Jugoslawien.

Dafür entsprangen diesen Nationalitätenstaaten und Zwangsvereinigungen quicklebendige Nationen, die zum grössten Teil auch heute noch lebensfähig sind. Zwar gehört und gehörte zur Entstehung von Nationen, sei es durch Abspaltung, Vereinigung (wie in der Schweiz) oder Unabhängigkeitskrieg, auch die berüchtigte «ethnische Säuberung», die auf das Ideal des homogenen Nationalstaats zurückgeht. Sie ist meist Folge einer jahrhundertelangen Unterdrückung von Minderheiten. Auch hier hält der Autor eine provozierende Formulierung bereit: «Ethnische «Säuberung» ist in dieser Perspektive kein Unglücksfall in der Geschichte, sondern im nationalen Einheitsgebot angelegt.»

Die «Idee der Nation», durch Befreiungskriege wie zuletzt auf dem Balkan oder im nachkolonialen Afrika auratisch aufgeladen, hat bis heute ihre Faszination nicht eingebüsst. So schreibt Botho Strauss in seinem vieldiskutierten Essay «Anschwellender Bocksgesang» vorausschauend: «Dass ein Volk sein Sittengesetz gegen andere behaupten will und dafür bereit ist, Blutopfer zu bringen, das verstehen wir nicht mehr und halten es in unserer liberal-libertären Selbstbezogenheit für falsch und verwerflich. Es ziehen aber Konflikte herauf, die sich nicht mehr ökonomisch befrieden lassen.» Osteuropa mit seinen durch Zwangsumsiedlungen und Russifizierungen geprägten Staaten dürfte vielleicht bald zum Schlachtfeld ethnischer Konflikte werden. Der Ukrainekrieg ist das erste Wetterleuchten dieser Art von Auseinandersetzung.

Für seine Einschätzung, dass der Nationalstaat auch künftig nicht entwertet werden wird, beruft sich Dieter Langewiesche auf eine Oxford-Studie von 2015, die sich als Bilanz einer globalen Erhebung zu den momentanen Veränderungen von Staatlichkeit versteht: «Der Nationalstaat ist weiterhin das wirksamste Instrument, um Teilhabeansprüche und Mitwirkungsrechte durchzusetzen und Eingriffe in die Lebenswelt der Bürgerinnen und Bürger abzuwehren oder demokratisch zu rechtfertigen.» Das Mantra vieler Politiker, nur die Europäische Union mache fit für den globalen Wandel, der Nationalstaat allein sei dafür nicht gerüstet, wird von durchaus überlebendigen Staaten wie der Schweiz schlagend widerlegt.

Auf den Krieg bezogen, bedeutet der Zusammenschluss der europäischen Staaten allerdings eine neue Qualität, einen Bruch mit dem jahrhundertelangen – militärischen – Konkurrenzkampf. Nun geht es (wie im Falle der Konflikte auf dem Balkan) allenfalls noch um «humanitäre Intervention» im Sinne des «gerechten Krieges», wie er sich als Leitbild im Europa des 18. Jahrhunderts herausgebildet hat. Die Einbindung der EU-Staaten in die Nato schliesst eine gegenseitige militärische Bedrohung aus. Insofern sei ein künftiger

Krieg zwischen europäischen Staaten ausgeschlossen, glaubt Langewiesche.

Der weitgehende Verzicht auf staatliche Souveränität im Militärischen ist zweifellos ein tiefer Einschnitt in der Geschichte der europäischen Nationen. Ob aber die «innerstaatliche Konfliktregulierung» stark genug ist, die erkennbaren Gegensätze besonders zwischen den alten und den neuen EU-Mitgliedern auszutarieren, darf man bezweifeln.

Bruch mit militärischer Tradition

Zum Ost-West-Gegensatz kommt jetzt – vor allem in der Flüchtlingsfrage und bei der Staatsverschuldung – ein Nord-Süd-Antagonismus hinzu. Die Schaffung einer europäischen Armee würde diese tiefgreifenden, die EU als Ganzes bedrohenden Gegensätze nicht neutralisieren – sie könnte sie vielleicht sogar verschärfen, weil der Einsatz der gemeinsamen Armee zu einem Extra-Streitpunkt würde.

Zwar machen die Nationen nicht mehr gegeneinander mobil. Aber sie bleiben gefangen in ihren nationalen Interessen, die auf Dauer «supranational» kaum zu bändigen sind. Was

Der Ukrainekrieg ist das erste Wetterleuchten dieser Art von Auseinandersetzung.

die künftige Gestalt der Europäischen Union betrifft, beruft sich der Autor hoffnungsfroh auf Jürgen Habermas, der als Lösung eine «doppelte» Souveränität vorschlägt, bei der «die höhere politische Ebene die niedrigere nicht überwältigen» könne.

Was immer diese wenig konkrete Staatskonstruktion in der Realität bedeuten soll: Der Ausstieg aus der europäischen Kriegsgeschichte ist nicht das Ende aller geopolitischen und ökonomischen Gegensätze. So eindrucksvoll der Tübinger Historiker die Genese der Nationen aus Revolution, Kampf und Krieg herauspräpariert: Die Lösung, die er für die Europäische Union der Zukunft vorschlägt, ist wenig einleuchtend und widerspricht seiner eigenen These von der Lebendigkeit des Nationalstaats. Die Vereinigten Staaten von Europa als «Imperium» (Langewiesche) wird es nicht geben, dafür sind die zentrifugalen Kräfte viel zu stark.



Dieter Langewiesche: Der gewaltsame Lehrer – Europas Kriege in der Moderne. C.H. Beck. 512 S., Fr. 45.90

Sprache

Vergissmeinnicht

Gedenken wir des Genitivs.

Von Max Wey

Es wird viel gedacht heutzutage. Da ein Amoklauf, dort ein Terroranschlag. Man zündet Kerzlein an, legt Blumen nieder und gedenkt der Opfer. Oder den Opfern. Darf man eingedenk des Elends überhaupt die Frage stellen, ob der Dativ hier richtig ist? Man darf nicht nur, man muss, denn – nicht wahr? – die Menschen wollen doch in diesen unsicheren Zeiten wenigstens in dieser Frage Gewissheit. Allenthalben wird geklagt, der Genitiv sei auf dem Rückzug. Und es stimmt ja, die Zahl der Verben mit Genitivobjekt nimmt weiter ab. Das Verb «vergessen» zum Beispiel wurde früher mit dem Genitiv gebraucht. Deshalb erfreuen uns weiterhin Vergissmeinnicht statt Vergissmichnicht. «Mein» ist hier der verkürzte Genitiv von «meiner».

Hat es jetzt «gedenken» erwischt? Jedenfalls konnte man in *20 Minuten* online lesen: «Sie gedenken dem getöteten 7-jährigen Jungen.» Das Online-Magazin *Unipress* der Universität Bern gedachte zum 100. Geburtstag von Maurice E. Müller «dem grossen Visionär». Bevor sich jetzt unsere Freunde im grossen Kanton über die komischen Schweizer mokieren, sei ihnen gesagt: Der Dativ gilt in der Schweiz als richtig. Im Duden-Sonderband «Die Besonderheiten der deutschen Schriftsprache in der Schweiz» aus dem Jahr 1970 ist dies bereits beschrieben. Die Heuer-Grammatik aus dem Hause NZZ meint, «gedenken» werde normalerweise mit Genitiv gebraucht. Der Grosse Duden und Duden online geben ausser dem Genitiv auch an: «jemandem gedenken (besonders schweizerisch)».

Wie man liest und hört, ist der Dativ auch in Deutschland auf dem Vormarsch. In der *Kölnischen Rundschau* gedachte man dem Ende des Ersten Weltkriegs. Selbst das Auswärtige Amt gedachte auf Twitter dem ehemaligen Aussenminister Guido Westerwelle; umgehend folgten die Belehrungen, «gedenken» verlange den Genitiv. Wenn dem so ist, dass sich der Dativ auch in Deutschland weiter ausbreitet, wären wir Schweizer ja eine Art Vorreiter. Oder Vorreiterinnen. Oder Vorreitende. Ob wir darauf stolz sein sollen, ist eine andere Frage. Ich rate von einer geschwellten Brust ab. Immerhin verweigert der Grammatik-Duden «gedenken» mit Dativ vorläufig noch die Absolution.

Zum Schluss möchten Sie sicher noch eine persönliche Empfehlung. Nein? Ich gebe sie Ihnen trotzdem: Brauchen Sie «gedenken» nicht mit dem Dativ. Warum? Es gefällt mir nicht.



Die Bibel

Populismus

Von Peter Ruch

Die einflussreichsten Männer fanden nichts, was sie hätten tun können, denn das ganze Volk hing Jesus an und hörte auf ihn (Lukas 19,48). «Populist» ist ein Schimpfwort. Populisten machen sich beliebt, indem sie dem Trend hinterherreden. Deshalb ist der Populismus ein Risiko für die Demokratie. Denn was auf Griechisch «demos» heisst, nannte der Römer «populus», und beides heisst «Volk». Will ich Zustimmung gewinnen, muss ich grosse Teile des Volkes überzeugen. Meine Botschaft muss einleuchtend und populär sein. Auch Jesus war volksnah. War er ein Populist? Träfe das zu, so hätte das Volk schwerlich seine Hinrichtung gefordert. Jesus gewann die Aufmerksamkeit und die Sympathie nicht durch Anbiederung, sondern durch tröstliche Inhalte und weil er die Wahrhaftigkeit der Elite in Zweifel zog. Folgerichtig klagte diese Elite ihn beim römischen Statthalter an, er habe das Volk aufgewiegelt. Er sei also ein Populist.

Als im Herbst 1789 revolutionäre Gruppen zum Königspalast nach Versailles marschierten, um König Louis XVI und seine Gemahlin nach Paris zu bringen, liess der König gerade sein Jagdpony satteln, und Marie Antoinette pflückte im Park die letzten Herbstblumen. Die beiden waren keine Populisten. Verdienen sie ein Lob, weil sie so realitätsblind waren? Jesus suchte zwar die Nähe der einfachen Leute, zog sich aber oft auch vom Volk zurück und stiess es gelegentlich vor den Kopf. Der wohlfeilste Populismus besteht darin, den Stimmbürgern zu versprechen, sie könnten auf fremde Kosten leben, zum Beispiel auf Kosten von Ausländern, Juden oder Reichen. Das versprechen rechte und linke Populisten. Um die Wählerschaft zu überzeugen, genügt das auf Dauer nicht. Ebenso wenig genügt es, politische Konkurrenten als angebliche Populisten beiseitezumobben. Hochmütige Parteien verschwinden oftmals von selbst. Parteien sind ohnehin nicht der Zweck, sondern das Mittel. Sie sind nur dazu da, dass das Volk zwischen verschiedenen Überzeugungen vergleichen kann.

Peter Ruch war reformierter Pfarrer in drei Gemeinden.



Asche der Untoten: Tilda Swinton in «The Dead Don't Die».

Kino

Die Gräber schliessen schlecht

Der Independent-Guru Jim Jarmusch wagt mit der Zombie-Groteske «The Dead Don't Die» eine Polit-Parabel.

Von Wolfram Knorr

Centerville ist ein bizarres Kaff. Im Herzen der USA. Verschnarcht. Als würde es gleich wegsacken – und mit ihm die Einwohner, besonders die Cops Cliff Robertson (Bill Murray), Ronnie Peterson (Adam Driver) und Mindy Morrison (Chloë Sevigny). Im vergilbten Diner sorgt starker Kaffee wenigstens für Gequatsche zwischen Hank Thompson (Danny Glover) und Farmer Miller (Steve Buscemi). Miller – auf seiner roten Mütze steht «Keep America White Again» – mag den Kaffee nicht, er ist ihm zu schwarz, und schielt rüber zu Hank, dem Afroamerikaner. Die Cops, die unterwegs sind, gestohlenen Federvieh zu finden, treffen im Wald auf den Rauschbart-Einsiedler (Tom Waits), der «Moby Dick» liest und sie zum Teufel wünscht. Auf der Rückfahrt wundern sich Cliff und Ronnie, warum es noch nicht dunkel ist, sie finden eigentlich alles sehr, sehr seltsam – auch die neue Bestatterin Mrs Zelda Winston (Tilda Swinton). «Schottin», ergänzt Cliff staubtrocken und mit müdem Gleichmut.

Radio und TV beruhigen die Bevölkerung, Fracking sei harmlos, auch wenn sich die Rotation der Erdachse verändert hat und der Boden toxisch geworden ist. Alles Fake News. Cliff und Ronnie ahnen, dass «es böse enden wird». Und als es endlich dunkel wird, entsteigen die Toten ihren Gräbern und verwandeln Centerville in ein Inferno.

Keine Frage: Wir sind in der absurden Welt von Jim Jarmusch («Night on Earth»), die bei ihm eine undurchschaubare ist. Deshalb sind seine Figuren cool und minimalistisch, nach dem Motto: Nichts rankommen lassen! Sie bewegen sich, als hätten sie ständig Schwerkraftfallen vor den Füßen, die es zu meiden gilt, und reden, als suchten sie in der Ferne einen Ereignishorizont, um sich daran festzuhalten. In seiner Zombie-Groteske «The Dead Don't Die», die das diesjährige Filmfestival in Cannes eröffnete, breitet Jarmusch sein komplett schräges Weltbild aus. Das macht in seinem filmischen Zerrspiegel enormen Spass, aber in «The Dead Don't Die» überreizt er es und landet bei Penälerwitzen. So etwa, wenn Ronnie gesteht, das Drehbuch gelesen zu haben, deshalb wisse er, dass es böse ende, oder wenn Cliff sich über den Song «The Dead Don't Die» ärgert, der ständig abgespielt werde. «Es ist nun mal der Titelsong», kontert Ronnie. Die politische Intention bleibt dabei weitgehend harmlos.

Denn Centerville wird von der Vergangenheit heimgesucht. Sie steigt aus den Gräbern und will nur das wieder machen, womit sie sich früher beschäftigte. So stürmen untote Kinder als Erstes einen Comic-Laden, um die Hefte mit ihren Helden zu suchen. Schon in den frühen 1960er Jahren warnte der Surrealist Jacques Audiberti in seinem Roman «Die Gräber

schliessen schlecht» vor dem Vergangenen, das in allen Ecken und Nischen lauere und nur darauf warte, das Leben wieder dominieren zu können. Ein Zombie-Ulk als Politmetapher: die Geistervororte amerikanischer Städte, die Rückkehr des Rassismus, Kinder, in Lager gesperrt, Abwiegeleien der Medien, Farmer Miller, der Trumpianer, der seinen Hund Rumsfeld nennt; der Einsiedler, der vom Wald aus das Abschlagen beobachtet und den Konsum-Irrsinn anprangert, und schliesslich Mrs Zelda Winston, die mit ihrem Samurai-Schwert die Zombies köpft, keine Angst vor ihnen hat, sie nur lästig findet und sich deshalb am Ende dem Schlamassel auf der Erde entzieht. Alles prima, stellenweise originell, grotesk und witzig, aber oft eben auch nur albern. Bleibt Jarmuschs Lust am Zitieren aus dem Zombie-Genre: Da wird, natürlich, George A. Romero gehuldigt, der mit «Night of the Living Dead» (1968) den ultimativen Klassiker schuf. Bei Jarmusch wufft Asche aus den Untoten, hat man ihnen die Köpfe abgehauen. Denn nur so bleiben sie wirklich tot. Bald ist alles aschgrau, und Cliff und Ronnie stellen sich zum letzten Gefecht. ★★★☆☆

Weitere Premieren

Le jeu — Sieben Freunde und Freundinnen treffen sich zu einem gemeinsamen Dinner. Die Konversation beginnt etwas steif und holprig und nimmt erst Fahrt auf, als einer aus einer Laune heraus vorschlägt, alle sollten doch ihre Handys auf den Tisch legen und jede Nachricht, jeder Anruf, jedes SMS müsse dann laut vor allen ausgebreitet werden. Ein Spiel, bei dem niemand etwas zu verlieren habe. Doch dann, nach den ersten Anrufen und SMS, wird's bald heikel und schliesslich gar nicht mehr lustig. Der Plot ist uralt und erinnert an das Party-Spiel «Wahrheit oder Pflicht». Hier geht es natürlich um die ganz aktuelle Datenschutzproblematik – oder sollte es zumindest gehen. Leider wird das Thema nicht wirklich angegriffen, und alles bleibt ein wenig lau. Aber weil die Besetzung prima aufspielt, langweilt man sich nicht; man wartet ständig auf einen grossen Knall, der nicht kommt. Die Komödie von Fred Cavayé («Mea Culpa») ist nun die fünfte Version des Themas. Das Original kam 2016 aus Italien und wurde dann von den Spaniern, den Türken und den Südkoreanern adaptiert. ★★★☆☆



Warten auf den grossen Knall: «Le jeu».

Britt-Marie war hier — Sie hat immer bestens funktioniert, hat geputzt, gewaschen und gekocht. Wenn der Gatte um sechs Uhr nach Haus kam, war alles picobello. Dann erleidet er einen Herzinfarkt, und als sie ihn besucht, sitzt ein blondiertes Weibsstück bei ihm im Krankenhauszimmer. Britt-Marie (Pernilla August) packt daraufhin ihre Koffer und verlässt den Mann. Sie braucht Arbeit, hat aber als 63-Jährige nur gelernt, einen Haushalt zu führen. In einem Dorf bietet man ihr einen Job als Fussballtrainerin eines Kinderklubs an. Das Kaff ist heruntergekommen, Fussball hasst sie, und Kinder mag sie eigentlich auch nicht. Aber was soll's? Sie braucht eine Beschäftigung. Aus diesem Kontrast – ein alles andere als taufrisches Konzept – bezieht der schwedische Film über eine grimmige Lady und unangepasste Kinder seinen humanistischen Witz. In Schweden war der Film, nach einem nicht weniger erfolgrei-



Humanistischer Witz: «Britt-Marie war hier».

chen Roman von Fredrik Backman, aus dessen Feder auch «Ein Mann namens Ove» stammt (ebenfalls verfilmt), ein Riesenhit. Ob sich das hierzulande wiederholt, bleibt abzuwarten. Trotzdem: Pernilla August als bärbeissige, zur Exzentrik neigende Nörglerin, die jeden Laden auf Vordermann bringt, sorgt für kurzweilige Unterhaltung. ★★★☆☆

Knorrs Liste

| | | |
|----|---|-------|
| 1 | Missing Link Regie: Chris Butler | ★★★★☆ |
| 2 | Rocketman Regie: Dexter Fletcher | ★★★★☆ |
| 3 | Dolor y gloria Regie: Pedro Almodóvar | ★★★★☆ |
| 4 | Avengers: Endgame Regie: Anthony u. Joe Russo | ★★★★☆ |
| 5 | Aladdin Regie: Guy Ritchie | ★★★★☆ |
| 6 | Van Gogh: At Eternity's Gate Regie: Julian Schnabel | ★★★★☆ |
| 7 | X-Men: Dark Phoenix Regie: Simon Kinberg | ★★★☆☆ |
| 8 | Stan & Ollie Regie: Jon S. Baird | ★★★☆☆ |
| 9 | Roads Regie: Sebastian Schipper | ★★★☆☆ |
| 10 | Monsieur Claude 2 Regie: Philippe de Chauveron | ★★★☆☆ |

Jazz

Der verkannte Prophet

Von Peter Ruedi

Nur ein toter Schriftsteller ist ein guter Schriftsteller. Manchmal gilt die Sottise auch für Jazzmusiker. Die Wertschätzung des Multiinstrumentalisten Eric Dolphy, gleichermassen ein Jahrhundertkünstler auf seinem angestammten Altsaxofon, der Flöte und der Bassklarinetten, hat sich nach seinem ebenso tragischen wie lächerlich unnötigen frühen Tod (1964 war er gerade mal 36 Jahre alt) werkwürdig zweigeteilt. In Europa, wohin er vor der Missachtung in den USA geflohen war (hochgeschätzt von einer kleinen Gruppe von auf Neues neugierigen Musikern, war er kaum imstande, regelmässig Arbeit zu finden, und war konfrontiert mit einem grotesken Unverständnis der Kritik) – in Europa wurde der *sideman* von Grössen wie unter anderen John Coltrane, Charles Mingus oder Ornette Coleman bald verklärt als Pionier eines neuen, freien Jazz.

Ein «Free Jazzer» war Dolphy allerdings nur bedingt. Seine immer swingende Spielweise war (wie anders auch die von Ornette Coleman) eine Radikalisierung der Erfindungen von Charlie Parker, mit melodischen Aufschwüngen, die ebenso eindringlich intensiv waren wie dank unverhoffter weiter Intervallsprüngen vermeintlich abstrakt intellektuell (dabei ergaben die sich wie von selbst aus dem virtuosen und emotionalen improvisatorischen Fluss). Dolphys Handicap: Er war zu vielseitig, an allem interessiert – an Jazzgeschichte – wie sie bis in die volksmusikalischen Roots, an neuer Musik, an vom Sound geführter Improvisation und an komplexer Harmonik. All das ist dank eines Drei-CD-Packs zu erleben, in welchem die beiden marginalsten der wenigen Studioproduktionen Dolphys neu aufgelegt werden («Conversations» und «Iron Man» vom Label FM), nebst nicht weniger als 83 Minuten unveröffentlichter Musik: solo, im Duo mit dem Bassisten Richard Davis, im Quartett-, Quintett- und sogar Tentett-Format, aufgenommen wenig mehr als ein Jahr vor Dolphys Tod und somit eine skizzenhafte Auslegeordnung all dessen, was von diesem genial polyvalenten Musiker ohne den absurden Tod (ein nicht erkanntes diabetisches Koma) noch zu erwarten gewesen wäre.



Eric Dolphy: Musical Prophet. The Expanded 1963 New York Studio Sessions. Resonance Records HCD-2035



Thiel

Flugklima

Von Andreas Thiel

Klimapolitikerin: Fliegen ist viel zu billig.

Unternehmer: Wieso? Ist es nicht ein soziales Anliegen, den Armen den gleichen Zugang zu Konsumgütern und Dienstleistungen zu ermöglichen wie den Reichen?

Klimapolitikerin: Es fliegen schon viel zu viele Menschen in der Welt rum. Diese unsinnige Fliegerei muss eingeschränkt werden. Das Fliegen muss teurer werden.

Unternehmer: Du willst eine Steuer auf Flugtickets einführen?

Klimapolitikerin: Genau.

Unternehmer: Bei den heutigen Flugpreisen müsste eine solche Steuer schon 1000 Prozent betragen.

Klimapolitikerin: Dann besteuern wir die Flugtickets halt mit 1000 Prozent.

Unternehmer: Entscheidend dabei wäre allerdings, den Menschen die Möglichkeit zu nehmen, ihre Flugkosten über irgendein Spesenkonto abzurechnen.

Klimapolitikerin: Das ist ja wohl klar!

Unternehmer: Selbst Geschäftsreisen müssten aus der privaten Tasche bezahlt werden.

Klimapolitikerin: Unbedingt! Die Leute können ihre Geschäfte heute doch viel einfacher online abwickeln.

Unternehmer: Und damit auch niemand auf die Idee kommt, die Löhne von Geschäftsreisenden entsprechend zu erhöhen, müsste man allen Reisenden das Doppelte ihrer Flugspesen vom Lohn abziehen.

Klimapolitikerin: Sehr gut. Daran hatte ich noch gar nicht gedacht.

Unternehmer: Und das Wichtigste ist, dass das dann auch wirklich ausnahmslos für alle gilt.

Klimapolitikerin: Unbedingt, sonst bringt es ja nichts!

Unternehmer: Also auch für Klimapolitikerinnen, Umweltbeamte, Klimawissenschaftler und Umweltaktivistinnen. Auch sie müssten künftig selbst offizielle Flugreisen privat doppelt bezahlen.

Klimapolitikerin: Nein, halt, das geht mir jetzt etwas zu weit.

Andreas Thiel ist Schriftsteller und Kabarettist.

Namen

Es lebe die Party

Shawne Fielding lädt zum Geburtstag; Cocktail zu Ehren von Tyler Brûlé; «Art in the Park XVII» im Zürcher Hotel «Baur au Lac».

Von Hildegard Schwaninger

Shawne Fielding wird 50 – und Shawne wäre nicht Shawne, wenn das nicht mit einem grossen Fest gefeiert würde. Gastgeber der Party ist der immer für jeden Spass offene Michel Péclard. Die Party steigt in dessen Restaurant «Coco» am Paradeplatz. Die Gästeliste ist eindrücklich, schliesslich hat die einstige Beauty-Queen aus Texas einmal unser Land in Deutschland repräsentiert (sie war die Ehefrau des damaligen Schweizer Botschafters Thomas Borer in Berlin). Tempi passati – heute ist sie mit dem ehemaligen Eishockey-Torwart Patrick Schöpf zusammen, und so nimmt auch Eishockey-Mäzen Walter Frey mit Ehefrau Barbara an der *birthday party* teil. Ausserdem werden erwartet: Unternehmer Klaus-Michael Kühne (Kühne & Nagel) mit Frau Christine, DKSH-Verwaltungsratspräsident Jörg Wolle mit Ramona. Motto der Party ist «Burlesque» – und so kommt zwar nicht Dita Von Teese, aber immerhin die schrill aussehende Dianne Brill mit ihrem Mann, Medienunternehmer Peter Voelkle. Und «RTL Exklusiv» wird einen Beitrag über die Party drehen. Auch über Ljuba Manz und Irina Beller hat «RTL Exklusiv» schon Filmchen gedreht – damit wäre das Trio infernal der Schweizer Partyköniginnen komplett.

Wer am Pfingstwochenende in Zürich blieb, statt sich im Stau in Richtung Süden zu bewegen, kam voll auf seine Kosten. Falls er gern Party macht und das Exklusive zu schätzen

weiss. In der Parfumerie Spitzenhaus vis-à-vis der Schweizerischen Nationalbank gab Parfümhändler Werner Abt einen kleinen Cocktail zu Ehren von Tyler Brûlé, dem Spezialisten für Luxus und Brands. Der Kanadier, der in der Schweiz schlagartig berühmt wurde, als er 2001 der Swiss ein neues Image verpasste (aus Swissair wurde Swiss), stellte die neueste Ausgabe des *Monocle*-Magazins vor, des Führers durch «das Beste» an Geschäften weltweit, von Tokio bis New York. *Monocle* ist der Brand von Tyler Brûlé, er steht für ein Magazin, für Cafés und Shops, in Zürich befindet sich das «Monocle Kioskcafé» im Seefeld. Werner Abt war jahrzehntelang der Schönheitsberater betuchter Goldküsten- und Zürichbergdamen, die sich in der Parfumerie Oswald gleich neben dem Café «Sprüngli» mit den teuersten Cremes und Düften eindeckten. 2015 eröffnete er in dem Spitzenhaus, wo früher kostbare Tischwäsche und Spitzentaschentücher verkauft wurden, die Parfumerie Spitzenhaus. Extrem exklusiv – und so was hat natürlich seinen Preis. Die Spezialität: Er kriert jedem Klienten sein individuelles Parfüm – 85 Prozent der Produkte, die man bei Spitzenhaus kaufen kann, findet man nirgends sonst in der Schweiz. Die Gäste schlürften coole Drinks und assen Haute-Couture-Hamburger und Hummer-Hotdogs (Catering: Marco Pfeleiderer) und standen Schlange für ein Autogramm von Tyler Brûlé. Im *Monocle* wird der Parfumerie Spitzenhaus eine ganze Seite gewidmet.



Fast verliebt

Frauen auf Tinder

Von Claudia Schumacher

Mir kam es immer so vor, als wäre Tinder ein Ort für zwei Sorten von Menschen: Frauen, die Bestätigung suchen, und Männer, die Sex wollen. Eine liierte Freundin von mir meldete sich mal in einer

schwierigen Beziehungsphase auf Tinder an. Sie dachte nicht daran, ihren Freund zu betrügen. Sie wollte nur ihren Marktwert testen und genoss die Aufmerksamkeit, die ihr fremde Männer dort entgegenbrachten. Sie liess alle abblitzen – und hatte nie andere Pläne gehabt. Ich selbst war Ende zwanzig mal kurz auf Tinder. Die vielen Schmeicheleien, die man dort als Frau für ein hübsches Foto bekommt, fand ich schon nett. Aber die meisten Nachrichten, die mir die Tinder-Männer schrieben, waren so niveaulos und eindeutig aufs Körperliche aus, dass ich die App schnell wieder löschte – ohne auch nur einen der Männer getroffen zu haben. Meinen nächsten Freund fand ich dann auf anderem Weg, wie die meisten meiner Freundinnen. Kann man Frauen, die ernsthaft einen Partner suchen, also nur von Tinder abraten?

«Ach was, ich bin Fan!», meint Fabienne, eine alte Freundin von mir, die mich neulich übers



Rauschendes Fest im Ansturm: Fielding, Schöpf.



Extrem exklusiv: Parfümhändler Abt.



Gute Stimmung: Hotelière Kracht.

Wochenende besuchte. Vor zwei Jahren kam sie aus einer langjährigen Beziehung raus und nahm sich erst mal ausgiebig Zeit für sich selbst. Vor ein paar Monaten hat sie sich dann auf Tinder angemeldet – und ist hellaufbegeistert. Die ganze Zeit trifft sie Männer, und offenbar ist einer netter als der andere. Es gibt keinen Druck, miteinander ins Bett zu gehen. Sie gehen essen oder ins Kino, die Männer treffen nebenher auch noch andere Frauen, aber angeblich sind alle ebenso wie Fabienne erst mal am Kennenlernen interessiert, bis man sich dann vielleicht auf jemanden festlegt.

Wie kann das sein? Und stören sie die ganzen Anzüglichkeiten nicht? «Nein, ich bekomme nämlich keine», sagt sie. Die Antwort verblüffte mich, denn Fabienne ist attraktiv. Ich bat sie also, mir ihr Tinder-Profil zu zeigen – und da wurde mir plötzlich einiges klar. Fabienne macht etwas Entscheidendes anders. Sie hat Bilder von sich aus dem Alltag hochgeladen.

Zur 17. Ausgabe von «Art in the Park» lud Gigi Kracht ins Hotel «Baur au Lac» am Pflingstsonntag. Leider regnete es, aber das tat der guten Stimmung keinen Abbruch. Die Gäste flanierten im Garten zwischen den Skulpturen des baskischen Bildhauers Eduardo Chillida, und die Frauen wirkten entspannter als sonst. Die Sneakers haben die High Heels abgelöst, man trägt keine hochhackigen Sandalen mehr, sondern Turnschuhe, so lässt es sich unbeschwerter spazieren. Elegante Kellner schenkten Philipponnat (den Haus-Champagner) aus, Fingerfood vom Feinsten wurde gereicht. Wem es auf dem Rasen zu kalt wurde, der flüchtete in das Petit Palais, wo Bilder der Künstlerinnen Louise Bourgeois und Rita Ackermann gezeigt wurden. Gigi Kracht hat die Ausstellung zusammen mit der Galerie Hauser & Wirth realisiert. Die Gästeliste zu «Art in the Park» ist jeweils handverlesen, Gigi Kracht wählt jeden Gast persönlich aus. Die Gesichtskontrolle ist streng. Man sah: den ehemaligen Bankmanager Lukas Mühlemann mit Dorothea, Pelzdesigner André und Lisa Bisang, Skin-Care-Spezialistin Jacqueline Piotaz («Luxuriöse alpine Hautpflege»), Medienmann Tobias Trevisan, Bloggerin Sandra Bauknecht mit Finanzunternehmer Patrick Liotard-Vogt (A Small World). Mit «Art in the Park» hat sich Gigi Kracht in der Kunstszene, unabhängig von ihrem Mann, «Baur au Lac»-Besitzer Andrea Kracht (der sie aber mit aller Kraft unterstützt), einen Namen gemacht. Sie ist im Board des Guggenheim-Museums.

Im Internet

www.schwaningerpost.com

Mal beim Klettern, mal entspannt auf einem Stuhl in die Sonne grinsend, ganz ohne Make-up. Von mir hingegen gab es damals nur ein einziges Bild – auf dem ich betont hübsch aussah: grosse Augen, grosser Mund. Ein bisschen ein stilisiertes Modelfoto, das keine Rückschlüsse auf meinen Charakter oder mein Bildungsniveau zulies, es fokussierte einzig auf die Optik – da brauchte ich mich vielleicht auch nicht über die Reaktionen zu wundern.

Fabienne hingegen wirkt auf den Fotos vor allem sympathisch, optisch stapelt sie sogar eher ein bisschen tief. «Ist doch besser, wenn ich die Männer beim Treffen noch positiv überraschen kann», findet sie. Ein Selbstbewusstsein, das ihr offenbar eine sehr positive Erfahrung beschert. Vielleicht ist Tinder weder gut noch schlecht, sondern einfach das, was man selber draus macht.



Unten durch

Teppichklopfer

Von Linus Reichlin

Heute geht es um etwas Triviales: um das Saugen von Staub. Das Triviale daran ist nicht der Staub, es ist das Saugen selbst. Dieser Vorgang ist nervtötend, egal, was gesaugt wird. Bei Pornofilmen drücke ich bei den offenbar obligatorischen Saugszenen immer *fast forward* – wenn man das doch nur beim Staubsaugen auch machen könnte! Natürlich habe ich eine Putzfrau, sie heisst Jadwiga, aber sie hat vom Staubsaugen keine Ahnung, so was lernt man in Polen nicht in der Schule. Das polnische Bildungsministerium sollte in den Primarschulen unverzüglich das Pflichtfach «Odkurzac» einführen, Lektion 1: «Odkurzac spod lozka» (Staubsaugen unter dem Bett). Wie oft habe ich Jadwiga nicht schon gesagt: «Jadwiga! Odkurzac spod lozka!» Ich habe sie sogar gebeten, sich vor dem Bett hinzuknien («Jadwiga! Ukleknij!»), damit sie sieht, dass die Staubfuseln im Badezimmer nur eine Art Migrations-Staubfuseln sind, deren Heimat die Staubfelder unter dem Bett sind.

Aber Jadwiga hat für solche Zusammenhänge kein Auge. Sie behauptet, Staub unter dem Bett bringe Glück in der Liebe. Und was ist, wenn ich mit meinen Frauen gern unter dem Bett kopuliere? Daran denkt Jadwiga nicht, sie kommt aus der Bialowiezer Heide und kann sich nicht vorstellen, dass Menschen irgendwo anders Sex haben als am Kröteenteich. Natürlich würde ich gern einen dieser Staubsaugroboter unters Bett schicken, aber dafür sind meine Altbau-Türschwelle zu hoch. Und es kann ja nicht der Sinn der Robotisierung sein, dass man umziehen muss, damit der Roboter funktioniert! Ich warte, bis es einen Roboter gibt, der fähig ist, Jadwiga voll und ganz zu ersetzen, inklusive ihres bezaubernden Lächelns, wenn sie sagt: «Heute neuer Sack!» Niemand weiss, was sie damit meint. Hat sie neue Kehrriechtsäcke gekauft? Nein. Neue Staubsaugerbeutel? Das schon gar nicht, sie benutzt seit zwei Jahren denselben: Wenn er voll ist, schüttelt sie ihn auf dem Balkon aus. Es ist kein Wunder, dass die Stauballergie von Leon, dem kleinen Sohn meiner Nachbarin, in Schüben verläuft: Alle zwei Monate geht es ihm besonders schlecht – immer dann, wenn Jadwiga den vollen Beutel auf den Balkon trägt. Ein Roboter

>>> Fortsetzung auf Seite 64

würde sich nie so asozial verhalten. Aber so lange ich keinen habe, muss ich meinen Staub selbst unter dem Bett wegsaugen, und natürlich reicht das Kabel nicht. Zwischen den Elektrikern, die in meiner Wohnung die Steckdosen angebracht haben, und den Konstrukteuren meines Staubsaugers ist es meiner Meinung nach zu einer geheimen Absprache gekommen. Ihr Ziel war es, zu verhindern, dass ich das ganze Zimmer saugen kann, ohne die Steckdose wechseln zu müssen. Wenn ich das meinen Freunden erzähle, sagen sie: «Die Leute in Afghanistan wären froh, wenn sie so lächerliche Probleme hätten wie du!» Aber ich denke beim Staubsaugen eben nicht an die Leute in Afghanistan! Beim Staubsaugen denke ich nur an das Kabel, das entweder zu kurz oder im Weg ist, und an den Saugschlauch, der aus der Halterung rutscht, wenn man zu stark daran zieht, und an die komplizierte Teppichbürste, von der man nie weiss, wie man sie einstellen soll. Im Übrigen besitzen die Leute in Afghanistan sehr schöne, niederflorige Knüpftteppiche, die sie nie staubsaugen müssen, sie klopfen sie einfach mit den Teppichklopfern aus, die die deutsche Bundeswehr aus einem Versorgungsflugzeug abgeworfen hat.

Was soll also diese Denk-an-Afghanistan-Scheisse? Man sollte lieber mal an die Leute denken, die staubsaugen müssen, weil ihre Putzfrau dafür nicht ausgebildet wurde. Jadwiga ist nur gut im Verschieben von Dingen: Nachdem sie geputzt hat, steht immer alles am falschen Ort, und ich muss es wieder ans richtige stellen. Und danach muss ich das verdammte Kabel aus dem Staubsauger ziehen, weil es nämlich immer noch keine Kabelauswurf-Automatik gibt. Dagegen ist Afghanistan doch eine Wellness-Oase!

Linus Reichlin ist Schriftsteller und lebt in Berlin.



Wein

Exot von fast nebenan

Von Peter Rüedi

Der Schweizer Weinhandel zeichnet sich durch ein besonders dichtes Netz an Detaillisten aus. Das ist ein Privileg, um das uns Weinliebhaber aus aller Welt beneiden. Nicht nur sind hierzulande ungefähr alle Provenienzen greifbar; was irgendwo auf der Welt gepflanzt wurde, landet irgendwann im Angebot des Schweizer Sortiments. Nicht genug: Das nötige Kleingeld vorausgesetzt, kann der geneigte Weinfreund hier auch Flaschen erstehen, die eindeutig in den Fachbereich Antiquitäten gehören. Die Kehrseite: Für Otto oder Anna Normaltrinker ist es fast unmöglich geworden, einen auch nur vagen Überblick zu behalten, zumal seit der «Vinfox», der Schweizer Wein-Einkaufsführer, sein Erscheinen eingestellt hat.

Mehr als je zuvor sind sie (sind wir alle) auf den Weinhändler unseres Vertrauens angewiesen. Dessen Preise liegen oft ein paar Prozentpunkte über dem Angebot der Grossisten (die sich gegenseitig mit Sonderangeboten überbieten; da lohnt sich gelegentlich durchaus ein

Seitenblick in Broschüren, die wir vor Durchsicht der täglichen Post aussortieren). Dafür ersetzt er in der Regel anstandslos eine Flasche, bei der wir ihm Zapfen melden (kann ja beim besten Produzenten vorkommen). Und: Mehr denn je sind (auch für den Kolumnisten) Weinhändler gefragt, die sich auf ein Thema spezialisieren und diese Spezialität mit besonderer Aufmerksamkeit und Sorgfalt pflegen.

Bernhard Furler von der Firma Paphos-Weine in MuttENZ ist ein solcher. Sein Feld ist der Import von Weinen aus Zypern, und sein Angebot lehrt uns, dass die kleine Insel mit einer jungen Geschichte in der auf Qualität bedachten Weinmoderne eine erstaunliche Vielfalt an beachtlichen Kreszenzen hervorbringt. Furglers Verdienst ist es, dass uns Maratheftiko und Xynisteri, die Namen zweier zypriotischer autochthoner Sorten, schon fast flüssig über die Lippen gehen. Letzterer Autochthoner (Winzer Michalis Constantinides keltert neben bemerkenswerten Roten und einem Rosé neuerdings auch einen Viognier), ein wunderbar eigenständiger, eigenwilliger, cooler Weisser, sei hier wärmstens empfohlen: der Xynisteri 2018 der relativ jungen Ezousa Winery in Kannaviou (im Hinterland der Küstenstadt Paphos) – eine subtile eigene Balance zwischen explosiver, zitroniger, nach weissen Blüten duftender Frische (auch Pfirsich und nicht zu reife Birnen lassen sich am vollen, komplexen, aber transparenten Gaumen ausmachen) und , andererseits, schöner Säure und unaufdringlicher Substanz. Und: *Mind the price!* Wenn das kein *best buy* ist!

Ezousa Winery Xynisteri 2018. 12,5%. Paphos-Weine, MuttENZ. Fr. 14.–. www.paphosweine.ch



Salz & Pfeffer

Essen im Haus des Kaffees

Von Andreas Honegger

Dallmayr ist vor allem als internationaler Kaffeelieferant bekannt. In der bayrischen Hauptstadt aber ist Dallmayr der Ort, wo man delikateste Delikatessen

einkauft. In den letzten Jahren hat sich Dallmayr über den Tempel der Leckerbissen hinaus entwickelt und führt ein elegantes Lokal mit gehobener Gastronomie – es trägt den Namen «Alois», den Vornamen jenes Dallmayr, der das Geschäft 1870 gekauft und berühmt gemacht hat. Küchenchef Christoph Kunz ist es gelungen, das Renommee des Hauses auf das Restaurant zu übertragen. Er hat bei Alain Ducasse und bei Andreas Caminada gekocht und bietet eine leichte, elegante Küche an.

Tatsächlich kann man im Laden von Dallmayr kaum einkaufen, ohne dass sich sofort der Hunger oder die Lust meldet. Die Charcuterie ist eine Klasse für sich, und man muss meist in der Reihe warten, bis man bedient wird – und je länger man auf die Auslage blickt, umso mehr will man dann kaufen. Gleiches gilt für die Seafood-Abteilung: Vom Hummer über diverse Fische bis zu den Süsswasserkrebsen im Brunnen reicht das prächtige Angebot. Gleich dane-

ben im Erdgeschoss gibt es ein bistroartiges Café, das einem die Dinge zubereitet, die daneben zum Kauf ausgestellt sind – wie das heute in fast jeder Lebensmittelabteilung von grossen Kaufhäusern der Fall ist.

Die Austern werden in einer grossen, eisgefüllten silbernen Schale mit einem Pulpo als Griff serviert, das Gefäss ist so hinreissend wie die Fines de Claire. Der Shrimps-Cocktail ist hervorragend, aber so riesig, dass man beim Hauptgang – in unserem Fall eine Variation eines Coq au Vin – kaum mehr ausreichend Hunger hat. Natürlich gibt es in dem eleganten Imbiss auch gute Champagner und Weine – und das Mineralwasser Aqua Monaco stammt nicht aus der Isar, sondern aus der Tiefe der Gesteinsschichten der Münchner Kiesebene.

Restaurant Alois, Dienenstrasse 14–15, München. Tel. +49 89 2 13 50.



Auto

Ruhige See

Der VW Touareg wird in der neuen Variante zum luxuriösen SUV für das komfortable Vorankommen mit Übersicht. *Von David Schnapp*

Der VW Phaeton war immer ein hervorragendes Auto, nur leider war es das falsche Auto für VW. Die Marke steht in den Augen der meisten Kunden nicht für Luxuslimousinen. Auf dem Occasionsmarkt gibt es deshalb erstaunlich günstige Phaetons zu kaufen. Wer lieber Neuwagen fährt, sollte sich den neuen VW Touareg ansehen. Schon wenn die Türen mit dem schweren, satten Klang schliessen, der die akustische Grenze zwischen automobiler Ober- und Mittelklasse markiert, ist klar: Das ist nicht bloss ein praktischer, grosser Wagen mit guter Übersicht und Geländetauglichkeit.

Der neue Touareg ist die neue Luxusklasse mit VW-Emblem im Kühlergrill. Das beginnt bei den edlen Chromleisten in der exakt modellierten Karosserie und zeigt sich vor allem im Innenraum und beim Fahrverhalten. Im Armaturenbrett dominiert ein Display etwa so gross wie diese Zeitschrift (im Querformat). Nur noch wenige Funktionen wie Fahrprogramme oder Lautstärke können über –

hochwertig gearbeitete – Dreh-Drück-Regler bedient werden, alles andere macht der Touareg-Pilot via Bildschirm. Auch die zentrale Tacho-Anzeige ist digital und bietet verschiedene Layouts.

Massage inklusive

Dass mehr Rechenkapazität in diesem Auto steckt als in einem Apollo-Raumflieger eingesetzt wurde, zeigt sich schon daran, dass es einen schönen Moment dauert, bis alle Systeme nach Drücken des Startknopfs komplett hochgefahren sind. Danach bietet der Wagen ziemlich alles, was man in einem luxuriösen Fahrzeug erwarten kann – vom vollvernetzten Navigationssystem bis zu kamerabasierten LED-Matrix-Scheinwerfern. Vieles davon ist aber natürlich aufpreispflichtig: Massagesitze, die wahlweise gekühlt oder geheizt werden können, ein Dynaudio-Soundsystem oder ein Nachtsichtsystem mit Wärmebildkamera.

Am Ende geht es aber gar nicht so sehr um die vielen kleineren und grösseren elektroni-

schen Helfer oder Assistenzsysteme, die den Touareg zu einem hochmodernen Fahrzeug machen. Das Schöne am neuen grossen VW ist diese Gesamterscheinung mit der Aura entspannten Komforts. Ganz nach dem Motto: Alles kann, nichts muss. Und angetrieben von einem V6-Turbodieselmotor, der die neuesten Abgasvorschriften erfüllt und sich mit rund 7,5 Liter Treibstoff auf 100 km zufrieden gibt, wirkt der Touareg bei aller Opulenz volksnah.

Wenn die Luftfederung das mächtige SUV sanft wie ein Schiff bei ruhiger See über Asphaltstörungen schaukeln lässt, der Innenraum bei Nacht in ein feines (natürlich einstellbares) Licht getaucht ist und einem die Sitze die kleinen Verspannungen des Alltags aus dem Rücken massieren, gibt es – jedenfalls für die nächsten zwei-, dreihundert Kilometer – keinen Grund, irgendwo anders Platz nehmen zu wollen.

VW Touareg Elegance 4Motion

Motor: V6 TDI Diesel; Leistung: 286 PS/210 kW
Hubraum: 3000 ccm; max. Drehmoment: 600 Nm
Höchstgeschwindigkeit: 235 km/h
Beschleunigung 0–100 km/h: 6,1 sec
Verbrauch: ab 6,6 l/100 km
Preis: Fr. 80 400.–, Testwagen: Fr. 106 427.–



Tamaras Welt

Frauenstreik: Es nervt langsam

Bei der *Weltwoche* herrscht das knallharte köpplische Patriarchat. Da wird nicht gemeutert, da müssen Kolumnen raus! Der Frauenstreiktag muss ohne mich auskommen. *Von Tamara Wernli*

Das ist natürlich ein Witz. Ich habe einen anderen Grund, warum ich da nicht hingehere. Ein Frauenstreik setzt ja gravierende Missstände voraus, solche, die explizit die weibliche Bevölkerung betreffen. Ich sehe in der Schweiz keine Missstände, die einen Streik rechtfertigen. Im Gegenteil: Wir sind privilegiert, in einem Land zu leben, wo absolute Chancengleichheit herrscht. Wir Frauen können alles erreichen – wenn wir es nur wollen.

Hier eine Frage mit Schnappatmungspotenzial: Hätten Männer nicht Anlass für einen Männerstreik? Sie müssen länger arbeiten, obwohl sie früher sterben, sind zum Militärdienst gezwungen und dazu verdonnert, praktisch jeden gefährlichen Job der Welt auszuüben – eine geschlechtliche Unausgewogenheit, die von den Protest-affinen Zeitgenossinnen gerne inbrünstig übersehen wird. Die Schweiz eine frauenfeindliche Bastion, ist stattdessen das Bild, das man vermittelt: Die Gesellschaft verwehrt Frauen ihre Chancen, hält sie in ihrer Selbstverwirklichung zurück. Männer sind die Verhinderer, Frauen die Opfer. Man spricht von «systematischer» Diskriminierung – während im Bundesrat drei Ladies sitzen, die Mehrheit der Hochschulabsolventen weiblich ist und Frauen praktisch in jedem Sektor in den Genuss von Förderprogrammen kommen, von Technik und Informatik bis Wirtschaft, Forschung, Wissenschaft und Luftfahrt.

Zu den zentralen Beschwerden gehört der Lohnunterschied. Der Pay Gap steht für Demütigung, ja für die vorsätzliche Ausbeutung der weiblichen Spezies. Weil es aber inzwischen längst belegt ist, dass Lohnunterschiede in den meisten Fällen nicht aufgrund von Diskriminierung zustande kommen, sondern beeinflusst sind durch Faktoren wie Leistung,

Qualifikation, Position oder Arbeitspensum, ist das Pay-Gap-Argument mittlerweile so stabil wie ein Jenga-Turm kurz vor dem Einsturz.

«Gender Pay Gap: Diskriminierungsthese steht auf tönernen Füßen», schrieb jüngst Economiesuisse auf ihrer Website. Dass die Autoren Männer sind, macht sie natürlich anfällig für den Vorwurf der Verschwörung – vielleicht sollte man solche die Frauendiskriminierung entmystifizierenden Beiträge besser von Damen schreiben lassen. Nur ändert ein Penis nichts an den Fakten: Laut dem Bundesamt für Statistik (BFS) liegt der unerklärte Lohnunterschied in der Privatwirtschaft bei 8,1 Prozent, jener im öffentlichen Sektor bei 5,9 Prozent. Bei staatlichen Institutionen aber machen fixe Lohntabellen die Diskriminierung eines Geschlechtes unmöglich. Darauf beziehen sich die Ökonomen von Economiesuisse und schreiben: «Geht man davon aus, dass es keine Diskriminierung im öffentlichen Sektor gibt, schrumpft die unerklärte Differenz im Privatsektor auf zwei Prozent. Die Resultate stützen also vielmehr die ökonomisch plausible These, dass die Unternehmen eben nicht nach dem Geschlecht diskriminieren.» Zwei Prozent? Solche Unterschiede gibt's auch bei Löhnen unter Männern.

Persönlich habe ich in den letzten zwanzig Jahren (als Selbständige) von jedem Auftraggeber das Honorar erhalten, das ich für angemessen halte. Im Jobumfeld wird mir eine gewisse Arroganz nachgesagt – das nehme ich gerne in Kauf, wenn ich mich dafür nicht ständig über meinen Lohn beklagen muss. Ich habe auch noch nie Diskriminierung erlebt, weil ich eine Frau bin – vielmehr waren es meist Frauen, die mich auf unprofessionelle Weise ausgebremst haben.

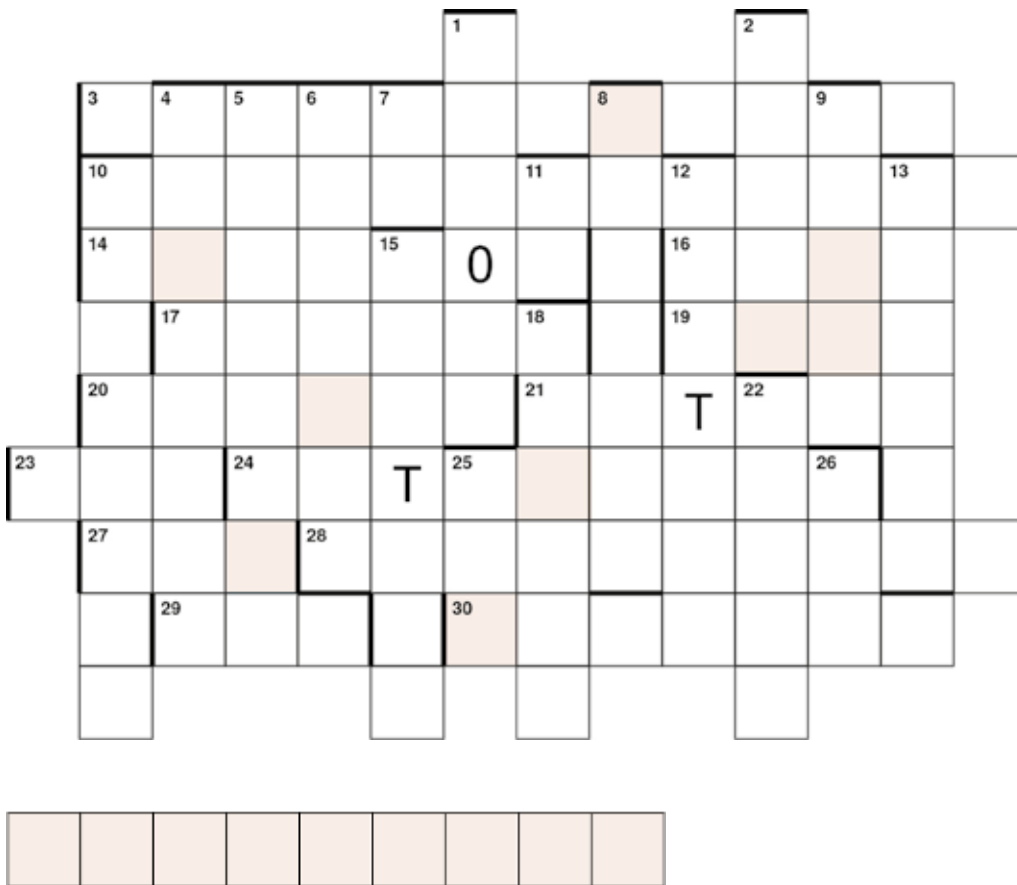
Neulich erzählte mir ein Unternehmer frustriert, dass er einem Mitarbeiter einen überdurchschnittlichen Lohn bezahlen müsse. «Warum lässt du ihn nicht einfach gehen?», wollte ich wissen. «Ich kann nicht auf seine grossartige Arbeit verzichten. Das hat er beim Verhandeln gewusst.» Eine Entscheidung hängt eben häufig auch davon ab, wie wertvoll jemand für ein Unternehmen ist oder welches Preisschild man an sich selbst heftet.

Viele Frauen verkaufen sich unter ihrem Wert, weil sie sich von Selbstzweifeln aufhalten lassen. In einem Essay in *The Atlantic* von 2014 mit dem Titel «The Confidence Gap» haben zwei US-Journalistinnen über das Selbstvertrauen von Frauen geschrieben. Ihr Fazit: Selbstvertrauen im Job ist genauso wichtig wie Kompetenz, und der «akute Mangel an Selbstvertrauen» hält Frauen oft zurück, die gläserne Decke zu durchbrechen – oder höhere Löhne zu verlangen. Studien zeigen, dass Frauen bei Lohnverhandlungen 30 Prozent weniger Geld fordern als Männer. Verantwortlich für das verminderte Selbstvertrauen sind laut den Autorinnen Faktoren wie Erziehung und Biologie.

Selbstverständlich treffen diese Befunde nicht auf alle Frauen zu, auch gibt es Lebensumstände, in denen man nicht einfach sagen kann: Verhandle du mal besser, dann klappt's auch mit dem Lohn. Aber es sind realistische Erklärungen, wie Lohndifferenzen zustande kommen.

Wir Frauen sind vielleicht nicht mit einem exorbitanten Selbstbewusstsein geboren, das heisst aber nicht, dass wir das nicht ändern können. Ein selbstbewusstes Auftreten kann man sich antrainieren, ein besseres Verhandeln auch. Das Arbeitspflaster wird immer ein hartes sein. Aber statt sich auf vermeintliche Diskriminierung zu fixieren, scheint es sinnvoller, den Fokus vermehrt auf Lösungsansätze für frauenspezifische Problemzonen zu legen. Ich wage zu behaupten, dass Frauen, die wissen, was sie wert sind, nicht weniger verdienen als Männer.

Tamara Wernli, Video-Bloggerin, lebt bei Basel.
Aktuelles Video auf www.weltwoche.ch



Lösungswort — Für manch einen das Gesellenstück
Die rosa eingefärbten Felder ergeben waagrecht fortlaufend das gesuchte Lösungswort.

Waagrecht — **3** Arbeitsplatz von Beat Feuz oder Charaktereigenschaft von Zigeunern. **10** Biologisch beim Koffein 4.5 Stunden, finanziell beim Auto 4.5 Jahre und physikalisch beim U-238 4.5 Mrd. Jahre. **14** Namentlich äquatoriale und ebenso gelegene Republik. **16** Sollte man sich für ein sicheres und bequemes Leben nehmen und geben. **17** Wappennarr bei Hofe, auch by name teilweise veraltet. **19** In Hollywood hungern Möchtegernstars danach, in Mailand wird dabei bloss gehungert. **20** Stattlich städtischer Stadtteil der Kanalstadt. **21** Ermöglicht Aufsteigern und Dekadenten seit Dekaden internationale Eskapaden. **23** Von kosmischer Bedeutung, doch am Tag Einerlei. **24** Beschreibt das Wallis ohne Hauptort oder Walliser ohne Manieren. **27** Schillernder Abschluss von Beethovens Neunter ist eine Ode an diese englische Dame. **28** Von Elvis besungen und von Gangsterrappern als Ehrentitel anerkannt. **29** Diese Grundfarben bilden die Grundlage für solchen additiven Farbraum. **30** Gemischte Signale: Ermöglicht Gebrauch vor vollendetem Kauf.

Senkrecht — **1** Torisches «Ohrnament» von See- und Zimmermännern. **2** Für die Wüstenbilder (zusammengeschrieben!) bekannte, peruanische Stadt. **4** Büffelei oder non-marriage zu verdankender Titel. **5** Bei der Sublimation übersprungener Zustand mit Salatzutat im Aggregat. **6** Unerhört (und) normwidrig, jedoch fast vollständig folgsam. **7** Kurz und bündig: Softwarekomplement. **8** Vermehrt auch an Unis und letztlich Gewässern anzutreffen. **9** Rezept: Man __ bloss nicht alles so ernst. **10** Als Manöver – Erstickender dankt! – schwierig so durchzuführen. **11** Scipiones Blutdruck und was mit mittigem and ratsam bei zu hohem. **12** Schlaffi, alte Orange oder Schuhsohlenplätzli sind's. **13** Bierzahl, die «llaw eht no reeb fo selttob 19» folgt. **15** Hierhin kommt ebendies, bestandteilweise invertiert. **18** Die eine Hälfte der einen Hälfte von Modern Talking. **22** Kommt mit Unterkunft immer wieder in den Charts unter; beherbergt auch den Tenno. **25** An net im Net ein Urprotokoll, ansonsten kurzer Fernsprechapparat. **26** Wegezoll für den Highway to Hell, ausser für Pablo.

I=J=Y © Andri Martinelli – Rätselactory

Lösung zum Denkanstoss Nr. 621



Waagrecht — **5** VERSCHREIBEN **9** (Maus-) ZEIGERPOSITION **14** DEHIDRIERT **16** LEHRLING **17** AORTA: Hauptschlagader **19** Der UROBOROS symbolisiert u.a. Selbstreferenzialität. **21** LED aus Halbleiterkristall **23** SO(EBEN) **26** GALLIER: Asterix **27** S(RAM) **28** DRUIDEN **30** IENES **31** LEER **32** E(SAU)

Senkrecht — **1** HEIDEROSE alias Hundrose **2** ACRIL(glas): Anagramm von Lycra **3** BIIEARLI: engl. alle zwei Jahre oder zweimal im Jahr **4** WEIT weit weg **5** VERLUSTIG **6** SEH(e)R **7** HP: H.P. Lovecraft und Hewlett-Packard **8** NOT **10** GEHOERN **11** OR: engl. oder **12** SIG(SAUER): SIG steht für «Schweizerische Industrie-Gesellschaft» **13** TROLL **15** DIRNDL **18** REIES: span. Königspaar und los Reyes Magos= die Heiligen Drei Könige **20** OGRE: engl. Oger (Shrek) **22** DENAR: Vorläufer des Pfennigs und Anagramm von Rande **24** BAER: «Do bears shit in the woods?» **25** EMS **29** DEO: Dativ von Deus (lat. Gott) und kurz für Deodorant

Lösungswort — **GRUNDRISS**

Leserumfrage

Bewerten Sie die neuen Rätsel auf:
www.raetselfactory.ch/weltwoche.html

EMS
WIR DENKEN WEITER

EMS – Innovativ, weltweit
erfolgreich in den Geschäftsbereichen
Hochleistungspolymere
Spezialchemikalien



**Alle reden
über's Klima.
Wir sagen:**

**SEAT CNG
Gasmodelle.**

**JETZT Fr. 2'500.-
CNG-Förderbeitrag!***



Besser für Umwelt und Portemonnaie.

z. B. SEAT Leon ST SWISS FR TGI



Mehr erfahren unter: seat-cng.ch

*CNG Förderbeitrag für SEAT Leon. SEAT Leon ST SWISS FR 1.5 TGI 130 PS 7-Gang DSG, Normalverbrauch CNG 3.6 kg/100 km [5.7 l/100 km Benzinäquivalent], klimarelevant 88 g CO₂/km (Ø 137 g, Neuwagen), 15 g CO₂/km Eng. Bereitstellung, EEK: A, Netto-Tankinhalt CNG: 17.7 kg, Benzin: 9 l, Vergleichsfahrzeug; SEAT Leon ST SWISS FR 1.5 TSI (Benzinmotorisierung) 130 PS 6-Gang manuell, Normalverbrauch 5.1 l/100 km, 116 g CO₂, 27 g CO₂/km Eng. Bereitstellung, EEK: D, Berücksichtigte Treibstoffpreise: Erdgas (Gasverband Mittelland) Fr. 1.46/kg, Benzin (Stand per 24.04.2019): Fr. 1.64/l, Berechnungsbeispiel CO₂ inkl. Eng. Bereitstellung: Leon ST SWISS FR TSI 143 g CO₂/km, Leon ST SWISS FR TGI klimarelevant 103 g CO₂/km [-27.9%]. Berechnungsbeispiel Stickoxid NOx: Leon ST SWISS FR TSI 55.8 mg NOx/km, Leon ST SWISS FR TGI 25.3 mg NOx/km [-54.7%]. Berechnung Treibstoffkosten: Distanz 100 km, Benzinkosten Vergleichsfahrzeug Fr. 8.36, CNG Kosten Fr. 5.26 [-37%]. Abgebildetes Modell enthält Mehrausstattungen. Berechnungsbeispiel (Modelljahr '20): SEAT Leon FR ST 1.5 TGI DSG: Basispreis Fr. 33'750.- + Mehrausstattungen Fr. 5'050.- = Fr. 38'800.-, Preisvorteil SEAT SWISS FR Sondermodell Fr. 4'800.-, ADVANTAGE-Prämie Fr. 2'500.-, Cash-Prämie 1'500.- CNG Förderbeitrag Fr. 2'500.- = Fr. 27'500.- = Kundenvorteil Fr. 11'300.-/29.1%. Sämtliche Preisangaben sind unverbindliche Preisempfehlungen des Importeurs AMAG Import AG. Angebot gültig bis 30.06.2019.